

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

»Programm Weltmacht« der EU – eine Rechnung ohne den Wirt

Am 18. Juni beklagt die FAZ in ihrem Leitartikel die fehlende »Weltmachtfähigkeit« der EU. Das zeige sich deutlich beim Bruch des Iran-Abkommens durch die USA, »wenn Washington den Stecker zieht und europäische Argumente dort nicht ernst genommen werden«. Europa sei »machtlos und getrieben«. Um nicht mehr weltpolitischer Spielball zu sein, sei ein »Programm Weltmacht« nötig, wirtschaftlich, militärisch, außenpolitisch.

Die am 16. Juli nach langem Postengezerre vom Parlament auf "Vorschlag" des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs zur künftigen Kommissionspräsidentin gewählte ehemalige Verteidigungsministerin von der Leyen bestätigte umgehend diese Sichtweise, indem sie schnelle Fortschritte bei der militärischen Integration der EU-Staaten in Aussicht stellte. Mindestens eine "Generaldirektion für Verteidigung" solle es geben, möglichst aber auch einen "EU-Kommissar für Verteidigung". Damit würde zum ersten Mal in der Geschichte der EU das Militär der Zuständigkeit der Kommission zugewiesen, also "vergemeinschaftet". Bisher wehren sich die Mitgliedstaaten energisch dagegen, diesen Zentralbereich ihrer "Souveränität" zu opfern, und organisieren dies, wenn überhaupt, dann zwischenstaatlich oder gleich in der NATO.

Das Postengezerre zeigt die strukturellen Schwächen der EU

Die Entstehung der EU mit ihren Vorläufern EWG und EG nach dem 2. Weltkrieg erfolgte unter Führung und Duldung der westlichen Vormacht USA. Die USA hatten ein Interesse an einem stabilen Europa gegenüber dem sozialistischen Lager, weshalb sie die westeuropäischen Staaten mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen und militärischen Mittel mehr oder weniger zwangen, sich zusammen zu schließen. Der Zusammenschluss entsprach grundsätzlich dem Interesse der kapitalistischen europäischen Staaten in ihrem desolaten Zustand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs: der Zerstörung durch die Weltkriege, dem Verlust der Kolonialreiche; vor allem der Bedrohung des westlichen Kapitalismus durch den Anteil der Sowjetunion am Sieg über

den Faschismus, die Ausbreitung ihres Einflussgebietes, die gesellschaftlichen Umwälzungen in den eroberten Ländern sowie die Infragestellung des Kapitalismus durch politische Strömungen auch in Westeuropa.

Die USA waren 1945 der hegemoniale Faktor, der in der Situation des "Kalten Krieges" durchsetzte, was als letzte Rettung des europäischen Kapitalismus notwendig schien.

Aus den Bedürfnissen der Bevölkerung heraus entstand 1945 die Forderung, dass es keine Kriege mehr in Europa (mindestens, aber auch weltweit) mehr geben dürfe und dass eine europäische Integration, für viele auch verbunden mit der sozialistischen Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft, umgesetzt werden müsse. Die herrschenden Klassen und ihre Regierungen nutzten diese weit verbreiteten Stimmungen aus, verdrehten sie aber in etwas ganz anderes. Die verschiedenen (west-) europäischen Einigungsverbände der Nachkriegszeit (EWG/EG/EU, Europarat u. a.) waren und sind Projekte der herrschenden Klassen.

Die EU mit ihrer komplizierten Institutionenstruktur ist weder ein Staat noch ein Nicht-Staat, sondern ein völkerrechtliches und realgeschichtliches Unikum, das jeder systematischen Einordnung spottet. Ihr gegenüber stehen wirkliche Weltmächte (USA, Rußland, China), die ihre Zentralregierungen haben und vergleichsweise schnell und verbindlich Beschlüsse fassen und umsetzen können. Die föderale Gliederung der USA ist etwas fundamental anderes als der Staatenbund, den die EU darstellt. Neben den vielfach mit Einzelvetorechten belasteten Strukturen der "normalen" EU (Rat, Kommission, Parlament) kommen noch Sonderstrukturen hinzu wie die Eurozone und PESCO (Permanent Structured Cooperation, militärische Zusammenarbeit von 25 Einzelstaaten, die z. B. ständige Erhöhung der nationalen Rüstungshaushalte vorschreibt).

Zentrale Schwäche der EU bis heute und auf absehbare Zeit ist, dass sie davon nicht loskommt und sich immer noch aus Nationalstaaten zusammensetzt, die die letzten Reste ihrer "Souveränität" und ihre spezifischen Interessen (vgl. etwa den Umgang mit der Migration, mit Fragen militärischer Organisation und eben das Postengezerre) verteidigen und sich damit blockieren. Ein weiterer Ge-

sichtspunkt ist, dass die USA, China und auch Russland ihre Stärke nachhaltig aus dem eigenen riesigen Binnenmarkt ziehen, während zumindest einige der wichtigsten EU-Staaten viel stärker auf den Weltmarkt angewiesen sind.

Geschichtliche Entwicklung mit veränderten Vorzeichen

Die Gründung und Erweiterung der EWG/EG/EU stand unter veränderten Vorzeichen: Die Entstehung der EG war noch in US-hegemoniale Strukturen eingebettet, während spätere Integrationschritte darauf abzielten, diese herauszufordern.

Im antisozialistischen Militärbündnis NATO unter dem Kommando der USA durfte der ehemalige Kriegsgegner Deutschland teilnehmen und sich wieder bewaffnen. Der 2. Weltkrieg hatte mit dem Sieg und der Ausdehnung der Sowjetunion nach Mitteleuropa gezeigt, dass ein innerimperialistischer Krieg das Überleben des Kapitalismus als Ganzes gefährdet.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers schien diese Vormachtrolle der USA nicht mehr nötig. Fragen nach der weiteren Existenzberechtigung der NATO kamen auf, die EU dehnte sich nach Osteuropa aus, im Krieg gegen den Irak 2003 verweigerten Deutschland und Frankreich den USA die Gefolgschaft. Der Begriff von der »Multipolaren Weltordnung« kam auf. Der soll bedeuten, dass die zwei Machtpole des kalten Krieges, USA und Sowjetunion, durch mehrere Pole abgelöst wurden, wovon einer die EU sein soll.

Zumindest militärisch war dies aber weitestgehend Wunschdenken. Militärisch war die Welt nach 1990 zunächst unipolar, nämlich mit der dominierenden Rolle der US-Militärmacht. Für die EU und insbesondere Deutschland ist die US-Militärmacht geradezu die Voraussetzung für ihre ökonomische Ausbreitung und ihren Erfolg, nach dem Motto: Die USA machen die Drecksarbeit, sprich Krieg, wir machen Geschäfte.

Als 1989 das sozialistische Lager unter Führung der Sowjetunion kollabierte, verkündete der US-amerikanische Politikwissenschaftler Fukuyama »Das Ende der Geschichte«. Da der Kapitalismus unter Führung der USA den kalten Krieg gewonnen habe, gebe es keinen ebenbürtigen Gegner mehr und der Siegeszug der liberalen Demokratie sei nun unaufhaltsam.

Tatsächlich dehnte sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung weltweit aus, »globalisierte« sich. Champions dieser Globalisierung waren zunächst vor allem große US-Konzerne, vor allem aus dem High-Tech-Sektor wie Microsoft, Google, Apple, Facebook, Amazon, die nahezu eine Monopolstellung in ihrem Markt erreichten.

Die EU, allen voran Deutschland, nutzte den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und breitete sich nach Osteuropa aus und gliederte diesen neuen Wirtschaftsraum in den Produktionskreislauf ihrer großen Industriekonzerne ein. Alle ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas außerhalb der Sowjetunion und die drei baltischen Staaten, früher Sowjetrepubliken, sind mittlerweile EU- und NATO-Mitglieder.

Die EU in der Weltpolitik

Die EU ist einerseits der weltgrößte Binnenmarkt, andererseits nimmt sie hinter China den zweiten Platz im Welthandel ein. Die zwei größten Exportländer für die EU sind die

USA und China. Insbesondere der Handel mit China sorgte für die Verdoppelung des Außenhandels der EU in den elf Jahren von 1999 bis 2010. Es gibt mittlerweile wohl kein größeres Unternehmen mehr, das nicht eine Niederlassung in China hätte. Auf der anderen Seite nimmt die schon lange enge Verflechtung zwischen der europäischen und US-Wirtschaft weiter zu, siehe z.B. den Kauf des weltgrößten Saatgutherstellers Monsanto durch den Bayer-Konzern.

Die Konfrontationsstrategie der US-Regierung gegen China erwischt die EU sozusagen auf dem falschen Fuß. In dieser Situation tauchen jetzt die Stimmen auf, die nach einem stärkeren Europa rufen. Unter anderen stellten z.B. Anfang des Jahres die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, der bayrische Ministerpräsident Söder und der damalige EVP-Fraktionsvorsitzende Weber fest, »dass die EU die einzige Lebensversicherung für eine gute Zukunft Deutschlands ist.(...) Wer glaubt, dass Deutschland allein Handelsauseinandersetzungen mit China gewinnen oder gar gegen Asien unsere Sozialstandards behaupten kann? Wie soll Deutschland allein globalen Konzernen die Stirn bieten und auf faire Besteuerung dringen?« (Mit den letzteren sind natürlich Apple, Google & Co gemeint) (FAZ, 15.2.19)

INHALT · Heft Nr. 3/4 · NOVEMBER 2019 · Jg. 60

»Programm Weltmacht« der EU –	
eine Rechnung ohne den Wirt	1
Alte Widersprüche – neue Widersprüche	5
Außenpolitische Lage und Interessen der deutschen Bourgeoisie	7
Ist die Zukunft der EU vorbestimmt?	9
Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie	12
Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: Debakel im Osten	15
Skolstrejk för klimatet – Ende Gelände – Die Klimaerwärmung mobilisiert die Jugend:	18
Korrespondenzen:	
»Globaler Klimastreik« am 20. September in Paderborn und Darmstadt	23
Die letzte Betriebsversammlung im Wombat`s Hostel	26
Die Lage in Frankreich bleibt explosiv	31
So geht's – Streik bei der finnischen Post	35
Thessaloniki: Wochenlanger Arbeitskampf im Stahlwerk Sidenor	36

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

Der französische Präsident Macron sagte in einer 2017 gehaltenen Rede, in der er eine »Initiative für Europa« vorschlug, dasselbe, er drückte es nur etwas wolkiger und pathetischer aus: »Was Europa darstellt, können wir nicht blind übertragen, weder auf die andere Seite des Atlantiks noch auf die Grenzen zu Asien. Es liegt an uns, es zu verteidigen, und es in der Globalisierung aufzubauen.«¹

In diesen Zusammenhang gehören auch die Vorschläge von Wirtschaftsminister Altmaier, der die Schaffung von »europäischen Champions« fordert, also europäischen Monopolkonzernen, die mit den großen chinesischen und amerikanischen Konzernen konkurrieren sollen. Ihn stört, dass die EU-Kartellwächter eine Fusion der Bahnunternehmen von Siemens und Alstom untersagt hatten. Das neue Unternehmen sollte mit der chinesischen Bahngesellschaft China Railway mithalten können.

Dass Europa »unsere Zukunft« sei, sehen aber nicht alle so. Schon innerhalb der einzelnen Länder nehmen die EU-feindlichen Kräfte zu wie die AfD oder RN in Frankreich. Großbritannien will mit dem Brexit ganz aus der EU ausscheiden, womit diese auf einen Schlag ein Sechstel ihrer Wirtschaftsleistung verlieren wird. In anderen Ländern, zuallererst Italien, regt sich Widerstand gegen die dominierende Rolle Deutschlands in der EU, das mit seiner Wirtschaftskraft die südeuropäische Konkurrenz aussticht und für die entstehenden sozialen Folgen nicht aufkommen will. Diesen Kurs hat schon Griechenland zu spüren bekommen, das zunächst mit geliehenem Geld Waren importierte und dann, als es die Schulden nicht mehr bezahlen konnte, einem gnadenlosen Spardiktat unterworfen und die Mehrheit seiner Bevölkerung innerhalb von wenigen Jahren in die Armut gestoßen wurde.

Die ehemaligen Ostblockstaaten wiederum sehen die EU vor allem als Rückversicherung gegen Russland und haben Regierungen, deren oberstes Anliegen die eigenen nationalen Interessen und nicht die Weltmarktambitionen deutscher oder französischer Konzerne sind. Konsequenter blockieren sie eine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Während Deutschland auf der einen Seite mit Russland die Ost-

seepipeline Nordstream 2 zur Gasversorgung baut, versucht z.B. vor allem Polen diese zu verhindern, weil es darin eine Stärkung Russlands sieht und einen eigenen Bedeutungsverlust als Transitland für russisches Gas nach Westeuropa.

Während die französische und die deutsche Regierung ein starkes Europa wollen, blockiert wiederum Berlin französische Vorschläge z.B. für einen eigenen Eurozonenhaushalt, der soziale Ungleichheiten zwischen EU-Ländern abmildern soll. Dafür revanchiert sich Macron wiederum, indem er androhte, seine Unterstützung für die Nordstream 2-Pipeline zurückzuziehen. Usw. usf.

Auf der einen Seite stehen also für die europäischen Regierungen Notwendigkeiten der europäischen Einigung und Vertiefung, auf der anderen Seite zunehmende Widersprüche und Konflikte, die genau diese Einigung und Vertiefung verhindern.

Russland ist weiterhin ein Gegner

Mit den vor allem von den USA massiv unterstützten Majdan-Unruhen in Kiew 2014 und dem nachfolgenden Putsch gelang es, eine Regierung in der Ukraine zu installieren, die offen den Anschluss an die EU und die NATO anstrebte. Für Russland kam dies einer Kriegserklärung gleich und es reagierte mit dem Anschluss der Krim mit dem Schwarzmeerhafen für seine Kriegsmarine und der Unterstützung der abtrünnigen Gebiete im Osten der Ukraine. Seither wird Russland vom Westen, d.h. den USA, der EU und der NATO, als Aggressor bezeichnet und mit Sanktionen überzogen. Ein nicht unbedeutender Teil der deutschen Wirtschaft büßte daraufhin unter Murren sein Russlandgeschäft weitgehend ein, unterwirft sich aber der Politik. Die NATO hat mittlerweile Truppen in den baltischen Staaten mit Grenzen zu Russland stationiert, wobei sich Deutschland führend beteiligt.

Die EU-Sanktionen sind jedoch von den führenden EU-Staaten auch aus eigenem Interesse durchgesetzt worden: Dass Moskau es wieder wagte, offensiv in andere Staaten einzudringen und Teile davon zu annektieren oder zumindest der eigenen Kommandogewalt unterzuordnen (Ost-Ukraine / Krim), war aus Sicht von Berlin, Brüssel, London

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Macrons_Initiative_für_Europa

 <p>WESTBLOCK-OSTBLOCK Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg</p> <p>Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer Erweitert durch Briefe und Dokumente</p> <p>Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik 1992</p>	<p>August Thalheimer</p> <p>Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</p> <p>Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern</p> <p>Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik</p>	<p>August Thalheimer</p> <p>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</p> <p>Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik</p>
<p>Westblock – Ostblock Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992</p>	<p>August Thalheimer Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion 1946, Gruppe Arbeiterpolitik</p>	<p>August Thalheimer Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik</p>
<p>460 Seiten A5 Broschur 7,50 EUR</p>	<p>43 Seiten A5 1,50 EUR</p>	<p>32 Seiten A5 1,50 EUR</p>

und Paris ein ganz fundamentaler Bruch: Rückkehr zur Kriegspolitik, eine Zäsur, die man auf keinen Fall akzeptieren wollte.

Den USA ist es also gelungen, mit der Zuspitzung des Ukraine-Konflikts die EU in eine gemeinsame Frontstellung zu Russland zu bringen und deren Ostgeschäft stark zu beschneiden. Dass Deutschland die Gaspipeline Nordstream 2 mit Russland weiterbaut, ist mittlerweile ein Angriffsziel der US-Regierung, die damit droht, beteiligte Firmen auf ihre Sanktionsliste zu setzen.

Wie die Verflechtung der EU-Wirtschaft mit den USA funktioniert, wird auch deutlich an der Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA im Jahr 2018. Obwohl die USA nur einer von sechs Vertragspartnern sind (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland, China sind die anderen), kündigten sie an, alle Unternehmen, die mit dem Iran weiterhin Handel treiben, auf ihre Sanktionsliste zu setzen und zu bestrafen. Obwohl die Europäer lauthals protestierten, brachen alle Firmen ihre Handelskontakte ab, um ihr US-Geschäft nicht zu gefährden.

Der Aufstieg Chinas verändert das weltpolitische Gleichgewicht

Die drei Staaten Asiens, die ihren gesellschaftlichen Aufbau auf sozialistischer Grundlage organisiert hatten, China, Vietnam und Nordkorea, kollabierten -anders als die osteuropäischen- 1990 nicht. In China und Vietnam änderten die herrschenden kommunistischen Parteien allerdings ihren Kurs: Um technologisch zum Westen aufzuschließen zu können, ließen sie eine kapitalistische Wirtschaft zu. Damit wurden sie auch Teil der Globalisierung, zunächst vor allem als Billiglohnstandorte für westliche Konzerne.

Insbesondere der riesige chinesische Markt, der sich nun öffnete und mit der industriellen Entwicklung aufnahmefähiger wurde, bot den westlichen Konzernen Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital und Absatzmöglichkeiten für ihre Industrieprodukte.

Die USA waren 1990 als westliche Führungsmacht der große Sieger des Systemwettkampfs. Mit China ist ihnen nun ein weltpolitischer Gegner erwachsen, der ihre weltweite Führungsrolle bedroht. Ein zentraler Wendepunkt im globalen Machtverhältnis war die Weltfinanzkrise 2007/8. Während die Staaten in den Regionen Nordamerika, Westeuropa, Japan damit beschäftigt waren, ihre Banken durch umfangreiche "Rettungsprogramme" zu stabilisieren, steckte China sein Konjunkturprogramm weder in den Finanz- noch den Produktionssektor, sondern v. a. in die Infrastruktur (Verkehr, Wohnungsbau), stabilisierte damit die Nachfrage und die gesellschaftliche Stimmungslage und verminderte die weiteren Anzeichen der Überakkumulation.

Mittlerweile ist es China gelungen, aus einem abhängigen Billiglohnland zu einer aufstrebenden Industrienation zu werden; es ist mittlerweile die zweitgrößte Volkswirtschaft. Aus dem »Ende der Geschichte« Fukuyamas ist der Aufstieg Chinas geworden. Chinesische Konzerne wie Alibaba, Tencent mit Wechat, Huawei, Lenovo können sich an Größe und Innovationskraft mit den amerikanischen Riesen messen. Der chinesische Automarkt ist mit Abstand der größte der Welt. VW, als größter Autoproduzent, will bis 2028 die Hälfte seiner Autos in China produzieren lassen. Mit dem Seidenstraßenprojekt versucht China, offensiv seinen globalen Einfluß auszudehnen. Es greift damit bereits in die EU-Sphäre (Griechenland, Italien) ein.

Spätestens mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas droht für die USA nun tatsächlich die Multipolarität Wirklichkeit zu werden. Schon unter der Obama-Regierung wurden Stimmen laut, die verlangten, dass die Europäer, insbesondere Deutschland, militärisch mehr tun müssten, um die USA zu entlasten. Die republikanische Trump-Regierung versucht nun zusammen mit den oppositionellen Demokraten Chinas Aufstieg zu stoppen. Mittel der Wahl sind bislang Strafzölle auf chinesische Importe und der Boykott des führenden Netzausrüsters Huawei und weiterer IT-Firmen. Dem Boykott sollen sich die EU und die anderen westlichen Staaten anschließen. Trump hat das mit seiner »America first«-Kampagne zur offiziellen Politik gemacht: China ist der Rivale und die EU und besonders ihr stärkstes Mitglied Deutschland sind auch Gegner, wenn sie die US-Politik nicht mitmachen und ihre Militärausgaben nicht erhöhen.

Die EU zwischen den Weltmächten

Diese Beispiele zeigen, dass die Vorstellungen absurd sind, die EU könnte sich in dem weltpolitischen Konflikt zwischen den USA und China mit einem »Programm Weltmacht« zur Großmacht entwickeln und eine eigenständige Rolle spielen. Dafür sind einmal die Verflechtungen mit den USA zu dicht und zum anderen die militärischen Möglichkeiten viel zu bescheiden.

Im Gegenteil, die inneren Widersprüche der EU treiben geradezu dazu, mit einem äußeren Feind diese Widersprüche zu übertünchen und die EU zu vereinen. Der äußere Feind ist erst einmal Russland. Dafür sprechen zwei Gründe: Der erste ist die militärische Kraft Russlands als einziger Staat, der den USA als Atommacht auf Augenhöhe gegenübertritt und damit auch die EU bedroht; der zweite ist die geografische Nähe. Aber eben deswegen und wegen ökonomischer Interessen (z. B. Gasimport für Deutschland, landwirtschaftlicher Export für Griechenland) sind die EU-Staaten auch gezwungen, mit Russland immer wieder den Kompromiss zu suchen (z. B. im Ukraine-Konflikt).

Als zweiter äußerer Feind tritt mehr und mehr China auf den Plan. Dafür spricht die ökonomische Stärke der neuen Weltmacht. Für US-Präsident Trump ist offensichtlich China, das wirtschaftlich sehr viel stärker als Russland ist und mit dem Seidenstraßenprojekt offensiv auftritt, der Hauptgegner. In diesem globalen Konflikt muss die EU sich positionieren, weil auch ihre Interessen betroffen sind, nicht zuletzt wegen ihrer Abhängigkeit von einer stabilen Weltwirtschaft, aber auch weil China zunehmend als Konkurrent auch in den Territorien der EU-Staaten selbst auftritt.

Diese gemeinsamen Feindschaften sind jedoch nicht allein die Gründe, die die EU an der Seite der USA halten, der sie sich machtpolitisch unterordnen muss. Viel schwerer wiegt die seit dem Zweiten Weltkrieg anhaltende Erfahrung, dass sich die USA in der Sicht der herrschenden Klassen und breiten Bevölkerungsmehrheiten in den kapitalistischen europäischen Staaten als "Weltpolizist", d. h. als Garant der kapitalistischen Weltordnung und der bürgerlichen Demokratie "bewährt" haben. Das galt zu Zeiten des Systemgegensatzes gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Es setzte sich fort in der gewollten Durchsetzung einer ökonomisch ("Washington-Konsens") und militärisch (Kriege gegen Irak, Jugoslawien, Afghanistan, noch einmal Irak, "Krieg gegen den Terror" etc.) gesicherten Weltordnung. Nur die USA sind in der Lage, diese Rolle auszufüllen.



Alte Widersprüche – neue Widersprüche

»Zwischen dem Vollzug einer historischen Entwicklung und ihrer Anerkennung durch die Herrschenden klafft immer eine Lücke, eine Zeit voller Fallen und Gefahren.«

Barbara Tuchmann, *Der ferne Spiegel – Das dramatische 14. Jahrhundert*, München 1995, S. 189

Seit Jahren sorgen insbesondere der drohende Brexit sowie das aggressive Verhalten der US-Regierung gegenüber Verbündeten wie gegenüber weltpolitischen Rivalen und der Aufstieg Chinas zur Weltmacht für Schlagzeilen in den Medien. All dies weist auf zunehmende Konflikte in den weltpolitischen Beziehungen hin und es löst Ängste aus, weil wirtschaftliche und politische Krisen bis hin zu Kriegen in deren Folge eintreten könnten.

Der angekündigte Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die Ankündigung von Strafzöllen auf europäische Produkte seitens der USA, der Zwist innerhalb der EU um Staatsfinanzen und die Aufnahme von Flüchtlingen erscheinen in der deutschen Presse als Ursachen eines Zerfalls von gewohnten, selbstverständlichen internationalen Beziehungen. Tatsächlich sind sie jedoch Folgen jeweils sehr eigener weltpolitischer Konstellationen:

Die Entstehung und das Aufwachsen der EU unter US-amerikanischer Hilfestellung hatten zu ihrer Voraussetzung die Existenz der Sowjetunion. Für die westeuropäischen Regierungen wie für die USA war die SU der gemeinsame, alle einigende, Feind. Und speziell für die USA war insbesondere die Bundesrepublik die vordere Hauptkampflinie im Falle eines – von ihr mit viel eigenem Militär und Atomwaffenarsenal vorbereiteten – Krieges gegen den Ostblock unter Führung der SU. Dies rechtfertigte für die US-Politik alle militärischen Aufwendungen, egal in welcher Höhe.

Die heutigen Veränderungen in der Welt, die Drohkulisse der US-Regierung gegen ihre Verbündeten mit Strafzöl-

len und Aufforderungen, die eigenen Rüstungsausgaben erheblich zu steigern, haben zu ihrer Voraussetzung dagegen den Fall der Sowjetunion Ende der 80er Jahre.

Die nassforschende Art des gegenwärtigen US-Präsidenten Trump, die zu einem Gutteil Innenpolitik und Wahlwerbung ist, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Entfremdung der USA von Westeuropa bereits unter den Präsidenten Bush Senior und Junior und Barack Obama begonnen und sich fortgesetzt hatte. So hatte die deutsche Regierung sich an beiden Irak-Kriegen nicht militärisch beteiligt (am ersten nur finanziell) und am von Frankreich und Italien initiierten Krieg gegen Libyen »führten« die USA nach den Worten Obamas »aus der zweiten Reihe«.

War die Nato unter Führung der USA das militärische Pendant zum Warschauer Pakt unter Führung der SU – was ist sie nun nach dessen Ende? Ist sie jetzt das US-geführte Militärbündnis gegen Russland oder gegen China? Wollen alle ihre Mitglieder das? Eher nicht. Diese veränderte Situation spiegelt sich gegenwärtig im Streit der Nato-Partner um den Umgang mit Iran, um die Gasleitung North Stream 2, um das chinesische wirtschaftliche und politische Projekt der Neuen Seidenstraße, wo wichtige Partner, darunter Deutschland, den USA die Gefolgschaft verweigern. Waren zu Zeiten der Sowjetunion die USA die Garanten des Gesamtinteresses der kapitalistischen Klassen, so sind sie heute nur noch Vertreter ihres nationalen Eigeninteresses.

Was aber bedeutet es für Existenz und weitere Entwicklung der Europäischen Union, wenn mit dem Fall der SU wichtige Voraussetzungen ihrer Entstehung entfallen sind? Diese Voraussetzungen waren neben der Blockkonfrontation der Wille der französischen Regierung, nach drei deutsch-französischen Kriegen (1871, 1914, 1939) es zu einem vierten nicht kommen zu lassen, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den gefährlichen Rivalen in einem westeuropäischen Gefüge unter französischer (Mit-)Kontrolle auf Dauer unschädlich machen würden. Diese Absicht setzte viel mehr als eine nur wirtschaftliche Verflechtung voraus – sie zielte zwangsläufig auch auf politische Integration. Auf der militärischen Seite war Frankreich durch die eigenen Atomwaffen (*Force de frappe*) vor unangenehmen Überraschungen geschützt. Diese starke Position innerhalb eines westeuropäischen Bündnisses mochte der französische Staatspräsident de

Gaulle nicht gefährdet sehen, als er die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs (UK) in der EWG ablehnte. Tatsächlich war und ist für wichtige Teile der britischen und vor allem englischen Bourgeoisie das Interesse an einem gemeinsamen (west-)europäischen Wirtschaftsraum groß – und ebenso groß die Abneigung gegen politische Integration, d. h. den Verlust von politischer und rechtlicher Autonomie an übergeordnete Gremien, seien sie nun in Brüssel oder in Straßburg angesiedelt. Diese Haltung ist auch unter britischen Lohnabhängigen verbreitet. Auch dafür gibt es historische Gründe, die mit der Insellage des Königreichs, seinen staatlichen Traditionen und der jahrhundertelangen Ausrichtung seines Handels im Schwerpunkt auf die eigenen kolonialen Einflusssphären zusammen hängen.

Tatsächlich ist die Europäische Union nur unter dem Primat der Politik möglich, d. h. auf Basis von vertraglichen Verabredungen und Kompromissen. Wäre sie rein oder überwiegend ökonomischer Natur, dann würde unter der Voraussetzung der kapitalistischen Konkurrenz wirtschaftliche Vormacht (vor allem in Verbindung mit militärischen Zwangsmitteln) die Schwächeren mehr oder weniger zu Befehlsempfängern der Starken degradieren. Die Verabredung und Einhaltung von Regeln kann diesen Druck, der selbstverständlich vorhanden ist und nicht wegdiskutiert werden kann, in einem Maße mildern, dass auch für die schwächeren Mitglieder in der Summe die Vorteile des gemeinsamen Projektes die Nachteile überwiegen. Allerdings profitieren auch die Stärkeren deutlich von diesem gemeinsamen, politisch regulierten Markt, der für zwischen 50 und knapp 70 Prozent des Außenhandels seiner Mitglieder steht. Das schließt nicht aus, dass es über die Gestalt der jeweils ökonomischen oder politischen Kompromisse Interessen- und Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedern oder den Mitgliedergruppen geben kann oder sogar muss, wenn und weil die jeweils eigenen materiellen und historischen Ausgangsvoraussetzungen unterschiedlich sind und Festlegungen daher unterschiedliche Auswirkungen haben müssen. Das macht sich sofort bemerkbar, wenn Kräfte von außerhalb der Union, seien es die USA oder in den letzten Jahren zunehmend China, mit Wünschen und Forderungen an sie selbst oder gar an einzelne Mitgliedsstaaten herantreten: beispielsweise der Beteiligung an Militärmissionen der USA, an Abschnitten des Seidenstraßen-Projekts der chinesischen Regierung oder diversen Erdgas-Durchleitungsprojekten Russlands.

Andererseits ist es genau dieser Druck von Seiten mächtiger Verbündeter/Konkurrenten, die im kapitalistischen Konkurrenzkampf mal das Eine, mal das Andere sein können, der zumindest teilweise den Druck durch die ehemalige Blockkonfrontation ersetzt und den Zusammenhalt der EU sowohl fördert als auch gefährdet. Es ist diese objektive Widersprüchlichkeit der tatsächlichen Verhältnisse, die sich durch das Brexit-Dilemma des Vereinigten Königreichs zieht: Ist es schon schwierig, für jedes einzelne Unternehmen die Vor- und Nachteile einer Nicht-/Mitgliedschaft auf längere Sicht vorherzusehen, so wird es noch viel schwieriger, das Gleiche für die Gesamtwirtschaft zu tun. Sind die Fakten so unklar, bleibt dann nur der Glauben und nichts spaltet eine Gesellschaft mehr als eine solche Situation.

Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Europäische Union das Werk der herrschenden (kapitalistischen) Klassen Westeuropas war – solange die SU existierte, mit Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Solange sie mit ihren Regeln auch den lohnabhängigen Klassen Vorteile gegenüber der früheren gegenseitigen Abschottung der

Nationalstaaten brachte, genoss und genießt sie auch dort Zustimmung. Gleichwohl gilt weiterhin das Prinzip der Marktkonkurrenz: Können z. B. die schlecht(er) bezahlten osteuropäischen Lohnabhängigen in die besser bezahlenden Unternehmen Westeuropas ausweichen, so verhindern sie unter Umständen höhere Löhne dort, weil sie den Arbeitsmarkt »entspannen«, d. h. die Konkurrenzsituation unter den Beschäftigten weiterhin hoch halten. Dieses Argument bewirkt unter vielen Lohnabhängigen des Vereinigten Königreichs eine ablehnende Haltung zur EU.

Unter den europäischen Regierungen, die in erster Linie die Interessen ihrer jeweiligen nationalen Industrie- und Finanzbourgeoisien vertreten, gibt es kontroverse Auffassungen u. a. über die Grenzen des gemeinsamen Europas: Gehört die Türkei mit dazu? Und wichtiger noch: Ist Russland Teil des europäischen Hauses? Geographisch ist es das ohne Zweifel. Bleibt die »Demokratiefrage« – aber: Wie demokratisch nach den Maßstäben vieler westeuropäischer Parteiführer sind Länder wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien? Tatsächlich ist es kaum vorstellbar, dass eine Europäische Union ohne Russland auf Dauer ein wirtschaftliches und politisches Gegengewicht gegen ein mächtiges China bilden könnte. Sie bliebe auf Dauer von den USA abhängig, die aufgrund ihrer eigenen Interessenlage in wachsende Distanz zu ihren europäischen Partnern/Konkurrenten geraten und ihre europäischen Stützpunkte vorwiegend zur Wahrnehmung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen im Mittleren und Nahen Osten unterhalten. Aber auch hier sind Positionen unter den EU-Mitgliedsstaaten nicht einheitlich. Vor allem ehemalige Ostblockstaaten wie Polen und Ungarn fürchten, auch aus historischen Gründen, aber mehr noch, weil sie wahrscheinlich zu Recht annehmen, dann noch mehr an den Rand gedrängt zu werden, Einfluss zu verlieren, eine engere Einbindung oder gar Mitgliedschaft Russlands in der EU. Für andere, etwa die französische oder deutsche Bourgeoisie, böte ein (dieses Mal) friedlicher Zugriff auf die Energie- und Rohstoffreserven Moskaus eine Verringerung der internationalen Handelsrisiken und -abhängigkeiten. Allerdings würde ein solcher Schritt eine weitgehende Veränderung des transatlantischen Bündnisses bis hin zum Ende der Nato zur Folge haben.

Bei einer weiterhin aggressiven Außen- und Wirtschaftspolitik Washingtons »America First«, die sicherlich nicht die persönliche Erfindung oder das Steckenpferd Donald Trumps ist, dürfte eine zunehmende Unabhängigkeit der EU von den USA allerdings für die herrschenden Klassen Europas von Vorteil sein.

Gleichwohl bliebe ein politisch bestimmender Faktor erhalten: Bei den Vereinigten Staaten und bei China handelt es sich um etablierte Nationalstaaten mit zentraler Außen- und Militärpolitik, die Europäische Union, in welcher Gestalt auch immer, bliebe ein aus vielfältigen Elementen zusammengesetztes Bündnis häufig unterschiedlicher Voraussetzungen und Interessen. Das muss in friedlichen Zeiten und bei leidlich guter Konjunktur kein großes Manko sein, wird es aber bei großen politischen oder wirtschaftlichen Krisen, wo die sozialen und politischen Spannungen in und zwischen den Mitgliedsstaaten wachsen.

12.10.2019 ■



■ ZUR DISKUSSION

Außenpolitische Lage und Interessen der deutschen Bourgeoisie

Es gibt eine Tradition in Teilen der Linken, in der »Deutschland« ein geradezu genetisch implantierter Drang zur »Weltmacht« unterstellt wird. Da seit Ende des Zweiten Weltkriegs offensichtlich ist, dass das in der nationalen Beschränkung nicht wiederholbar ist, wird ein »deutsch dominiertes Europa« dafür herangezogen. Die Opposition gegen deutsches Weltmachtstreben, sei es national begründet oder im europäischen Verbund, entspringt einem prinzipiell richtigen Gefühl, aus der Geschichte der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, Deutschland betreffend, wie auch aus der heutigen Situation weltweiter sozialer Ungerechtigkeit Lehren zu ziehen, die den Weg aus der kapitalistischen Vergesellschaftung weisen könnten. Aber mit einer materialistischen Analyse der Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie in der Weltpolitik von heute hat das oft nichts zu tun. Es widerspricht auch den Bedürfnissen und Einstellungen der Arbeiterklasse und anderer Gesellschaftsschichten, wie sie beispielhaft immer wieder in Umfragen, die Themen von Krieg und Frieden berühren, zum Ausdruck kommen.

Das Kapital, wo auch immer in der Welt, will Ordnung und einen verlässlichen Rechtsrahmen, damit es seinen Geschäften nachgehen kann. Wer immer das garantieren kann, ist ihm willkommen. Nationalistische Engstirnigkeit ist ihm im allgemeinen fremd. Ob ein einzelner Nationalstaat für eine solche Rolle in Frage kommt, hängt daher entscheidend von seinen Machressourcen und seiner internationalen Stellung ab. Er muss ökonomische, politische und militärische Macht mobilisieren können und weltweit präsent sein. Im 19. Jahrhundert galt das für Großbritannien und sein Weltreich. Im 20. Jahrhundert übernahmen die USA. Deutschland hat um diese Position zweimal gekämpft und verloren. In heutiger Zeit ist es erst recht zu klein dazu.

Die deutsche Wirtschaft ist stark, im europäischen Rahmen und global. Wenn in Berlin bzw. Frankfurt Entscheidungen getroffen werden, hat das für andere Länder

Konsequenzen. Das hat sich etwa in der Krise in und um Griechenland gezeigt: An Berliner Forderungen kamen die EU und Athen nicht vorbei. Umgekehrt ist die deutsche Position jedoch nicht die eines unumschränkten Befehlshabers. Das zeigte zuletzt das Postengeschacher nach den EU-Wahlen 2019. Die deutsche Hegemonie (Vorherrschaft, die auf Akzeptanz stößt) hängt an der deutschen Wirtschaftskraft und diese wiederum ist auf einen europäischen Wirtschaftsraum, noch weiter auf den Weltmarkt angewiesen. Das ist für die deutsche Situation existenziell. Es kann nicht durch politische Vorgaben geändert oder umgangen werden. Die deutsche Wirtschaft braucht einen großen europäischen Binnenmarkt und einen freien Zugang zum Weltmarkt. Das zu garantieren, kann ein einzelner Nationalstaat mittlerer Größe nicht leisten.

Für andere zentrale Ökonomien der EU dagegen gilt die Weltmarktabhängigkeit so nicht: Zwar spielt für sie alle der globale Absatz eine wichtige Rolle, weshalb die EU nachhaltig Weltmarktinteressen im Auge hat. Aber dennoch gibt es Unterschiede zu Deutschland: Italien verkauft zwar eine Menge im Ausland, aber erstens vor allem in die EU und zweitens nicht mehr so sehr im Industriesektor wie noch vor ein paar Jahrzehnten. Großbritannien ist so deindustrialisiert, dass es kaum Waren auf dem Weltmarkt absetzen kann. Entscheidend sind dort nur noch der Ölmarkt und vor allem, weit vorneweg, der Finanzmarkt der Londoner City. Frankreich hat zwar immer noch ein paar Konzerne, die Global Player sind, aber zugleich – gerade wegen der Schwäche der übrigen Wirtschaft – immer noch einen nicht zu unterschätzenden Binnenmarkt: Nur dort werden die anderen französischen Unternehmen ihre Produkte los.

Üblicherweise erwächst zwar die politische Macht aus der ökonomischen. Die Ideologen des Kapitals fordern daher, dass Deutschland endlich wieder eine stärkere politische Rolle in Europa und international spielen müsse. Das gehe freilich nur im Rahmen der EU. Wenn Deutschland

mit den Weltmächten mithalten wolle, müsse die EU gestärkt werden und Berlin darin mehr »Führung« übernehmen. Aber es müsse einhergehen mit der Übernahme größerer militärischer »Verantwortung«, also mit Aufrüstung. Hier liegen aber die Grenzen einer politisch offen auftretenden deutschen Machtposition. Eine deutsche Regierung, welcher Couleur auch immer, kann ökonomische Macht nicht so direkt in politische ummünzen wie Großbritannien, Frankreich oder die USA. Auch diese müssen in heutiger Zeit stärker Rücksicht nehmen auf Erwartungen, die etwa an geltendes Völkerrecht geknüpft werden, und sich darauf ggf. einrichten, ihr Verhalten gegenüber Kritik aus der eigenen Bevölkerung oder international zu legitimieren. Für Deutschland aber liegen die Maßstäbe noch einmal höher.

Das große Problem der herrschenden Klasse in Deutschland sind zwei selbst verursachte und verlorene Weltkriege und die dabei begangenen Verbrechen. Daraus erwuchs ein Misstrauen der Welt gegen deutsches Auftreten und deutsche Politik, das nicht enden wird. Das bestimmt die deutsche Staatsräson auf Schritt und Tritt. Ein permanentes Beispiel hierfür ist die bedingungslose Unterstützung Israels. Dass eine Kritik an Israels Besatzungspolitik mit Antisemitismus rein gar nichts zu tun hat, sondern eine Frage internationaler Solidarität mit einer unterdrückten Bevölkerung ist, muss dabei von den Regierenden und der Hauptströmung der öffentlichen Meinung ausgeblendet werden. Eine weitere Folge des Zweiten Weltkriegs ist in der Verfassung der Vereinten Nationen, dass Deutschland als eine der vier stärksten Nationalökonomien keinen ständigen Sitz mit Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat hat, während diese Mandate für Frankreich und Großbritannien anachronistisch wirken (nach der reinen Logik der Großmächtedominanz kämen heute andere Mächte in Frage). Die über die NATO kontrollierte deutsche nichtnukleare Wiederbewaffnung, die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags, die Begrenzung der Personalstärke der Bundeswehr als eine Bedingung im 2+4-Vertrag zur Eingliederung der DDR in die BRD, die vorwiegend logistischen Einsätze in Bündnis Konflikten am Balkan, im Nahen Osten oder sonst wo: Für all das war und ist der Spielraum der Bundesregierung jedweder Zusammensetzung jeweils sehr eng gesetzt.

Vor dem historischen Hintergrund der Weltkriege wird nicht nur die militärische Seite, sondern auch die gegenwärtige ökonomische Machtstellung Deutschlands in der EU und in der Welt misstrauisch bewertet. So ist Deutschland am besten von allen EU-Staaten durch die Finanzkrise 2007/8 gekommen. Es ist immer noch das industrielle Schwergewicht der EU. Der deutschen Bundesregierung und der Bundesbank wird vorgehalten, den stärksten Einfluss auf die neoliberale Gestaltung der europäischen Verträge seit Maastricht genommen zu haben, in denen die deutsche Wirtschaftsmacht mehr Vorteile genießt als andere. Ähnliches gilt auch für politische Regelungen wie in der Frage der Zuwanderung, wo Deutschland ein Profiteur des Dublin-Abkommens ist. Dieses schreibt vor, dass für die Registrierung und Unterbringung von Flüchtlingen der erste Ankunftsstaat zuständig ist. Damit wurden die Lasten zentral auf die südeuropäischen Küstenländer Griechenland, Italien und Spanien abgewälzt, während das mitteleuropäische Deutschland ohne EU-Grenzen davonkommt. Aber es zeigt sich auch, dass vereinbarte Regelungen nicht in Stein gemeißelt sind, wenn sie den sich ändernden Bedingungen nicht standhalten können. Dann muss erneut verhandelt werden, um die erforderliche Mehrheit zu gewinnen. Ein Beispiel hierzu bildet die Migrationsfrage (vgl. Kasten).

Das alles kann nicht par ordre du mufti aus Berlin angeordnet oder in verräucherten Hinterzimmern ausbaldowert werden, sondern muss durch die komplizierten Strukturen der europäischen Gipfeltreffen und Institutionen gehen. In diesem Zusammenhang wird zwar häufig das Auftreten deutscher Regierungs- und Interessenvertreter als hart und überdurchschnittlich präsent beklagt. Aber es erfordert eben nach außen taktische Zurückhaltung, und die Strukturen setzen auch einem ökonomisch mächtigen Deutschland Grenzen. So ist schon das Auftreten im EU-Rahmen davon gezeichnet, dass Berlin eher äußerlich zurückhaltend und im Bunde mit anderen, vor allem Paris, agieren muss. Hätte z. B. die Bundesregierung die Memorandumspolitik gegen die griechische Bevölkerung direkt durchgesetzt, wären die Griechen sehr viel stärker auf die Barrikaden gegangen. Es hat so schon immer wieder Anspielungen auf den Besatzungsterror der Nazis in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs gegeben.

Daher lässt sich im Großen und Ganzen (nicht durchgängig in allen Fällen) eine Arbeitsteilung zwischen Paris und Berlin feststellen: Deutschland (Bundesregierung, Bundesbank, Wirtschaftsverbände) sieht sich für die ökonomischen Vorgaben in der EU zuständig, während Frankreich im politischen Raum offensiver auftritt. Eine deutsche Dominanz ist praktisch unmöglich. Das gilt ganz besonders militärisch. Großbritannien konnte in der Tankerkrise mit dem Iran einen weiteren Zerstörer in den Golf entsenden. Verglichen mit den USA ist das zwar wenig – aber immerhin etwas. Als Trump in diesem Zusammenhang mehr NATO-Bodentruppen in Syrien einforderte, konnten Paris und London einwilligen. Berlin hingegen musste innerhalb eines Tages absagen.

An dieser Gesamtsituation wird sich sowohl für die EU als auch speziell für Deutschland perspektivisch nichts ändern. Deutschland rüstet zwar auf, angesichts des US-Drucks, mehr zur NATO beitragen zu müssen, sogar recht stark. Aber es wird immer hinter Frankreich und Großbritannien herhinken (ganz zu schweigen von den USA). Zunächst einmal steht wiederum die Geschichte im Weg: Da mag es noch so viele Forderungen geben, Deutschland müsse militärisch mehr tun. Würde Berlin aber wirklich entscheiden, einen Flugzeugträger zu bauen oder gar den Bau einer Atombombe angehen (was allerdings unmöglich ist, weil es mit der Schließung der Atomkraftwerke kein Ausgangsmaterial gibt), dürfte es einen weltweiten Aufschrei geben. Der wäre dem Verkauf deutscher Güter sicherlich abträglich. Das Kapital braucht aber in erster Linie Ruhe und Ordnung, um seinen Geschäften nachzugehen. Also wird man allein deswegen solche Schritte unterlassen.

Das alles kann nicht heißen, dass wir beruhigt zur Tagesordnung übergehen können. Auch ohne eine wirklich eigenständige Rolle in der Weltpolitik beteiligen sich Deutschland und die EU an dem Erhalt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zu Hause und global. Jeder in die Rüstung gesteckte Euro fehlt für sinnvolle soziale und infrastrukturelle Ausgaben. Der Ruf nach stärkerer internationaler »Verantwortung«, ob national oder im EU-Rahmen, bedeutet für die Lohnabhängigen aller Länder generell nichts Gutes.

F/HU, 15.10.2019 ■



■ ZUR DISKUSSION

Die Schwächen der EU liegen in ihrer Geschichte und in ihren Strukturen

Der Artikel »Programm Weltmacht der EU – eine Rechnung ohne den Wirt« geht davon aus, dass es ein Gesamtinteresse der herrschenden Klassen in den EU-Staaten gebe, dass ihr Staatenbund zwischen anderen großen Staatsgebilden der Welt, also USA, China und Russland, ein gehöriges Wort mitsprechen müsse, kurz: zur Weltmacht werden müsse. In Diskussionen zu dieser Thematik wird daraus häufig gefolgert, dass die EU hierzu keine Alternative habe und deshalb auf dem Weg zur Bildung eines den traditionellen Nationalstaaten vergleichbaren Bundesstaates mit einer eigenen,

wirksamen Zentralregierung zwangsläufig fortschreiten werde. Tatsächlich sind prinzipielle Zweifel angebracht, dass eine abstrakte Logik ausreicht, den Lauf der Geschichte zu bestimmen.

Strukturfragen

Zur Kennzeichnung der EU findet sich in dem Artikel der folgende Satz: »Die EU mit ihrer komplizierten Institutienstruktur ist weder ein Staat noch ein Nicht-Staat, son-

Beispiel Migrationspolitik

Brandkatastrophe in Moria

Die Brandkatastrophe im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos am 30. September verdeutlichte erneut die verfehlte Zuwanderungspolitik der EU-Staaten – verfehlt im zweifachen Sinne, dass sie Probleme nicht löst und auch für die Regierungen immer wieder Legitimationsdefizite schafft. Bekanntlich war im sogenannten Dublin-Abkommen geregelt, dass Flüchtlinge in dem EU-Staat zu registrieren seien, in dem sie zuerst EU-Boden betreten. Damit hatten zentrale EU-Staaten die Verantwortung auf Randstaaten wie Griechenland, Italien und Malta abgewälzt, die damit völlig überfordert waren. Die damit erzeugten Probleme führten in verschiedenen Ländern zum Anwachsen rechtspopulistischer und – in deren Schatten – faschistischer Strömungen. Ein Ausweg wurde schließlich in der Festlegung von Verteilungsquoten der Neuankömmlinge unter den EU-Staaten gesucht.

Besonders die Visegrad-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) verweigerten dies. In Italien bekamen Rechtspopulisten die Regierungsgewalt. Nach deren Sturz setzten sich die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Italien und Malta zusammen, um eine vorläufige Regelung unter sich auszuhandeln und diese (nach dem Muster des »Europa der zwei Geschwindigkeiten«) den übrigen Mitgliedstaaten schmackhaft zu machen. Auch nach der Brandkatastrophe in Moria (einem Lager, das für 3000 Personen ausgelegt ist, in dem aber 12000 unter elenden Verhältnissen derzeit leben müssen) war es der deutsche

Innenminister (der französische war kurzfristig verhindert), der mit dem Migrationskommissar der EU die Region besuchte, um mit Vertretern Griechenlands und der Türkei über eine Lösung zu verhandeln. Am 15. Oktober kam es unter ähnlichen Umständen zu einer Brandkatastrophe im Flüchtlingslager der Insel Samos.

Die Migrationspolitik befeuert in den EU-Staaten den Rechtspopulismus. Dieser verschärft die Probleme, spaltet die herrschende Politik und die Stimmungslagen in der Bevölkerung und lenkt die Emotionen von Frust und Hass gegen Minderheiten ab. Ein uraltes Rezept der Herrschenden und ihrer Handlanger ist es, innergesellschaftliche Konflikte nach außen zu wenden.

Türkischer Einmarsch in Rojava

In der aktuellen, durch den türkischen Einmarsch in Rojava (Nordsyrien) erzeugten Krise zeigt sich die EU insgesamt völlig hilf- und einflusslos. Erdogan hat sie mit der Drohung, Flüchtlinge in ihre Richtung zu treiben, in der Hand. Bezahlen muss das die Bevölkerung Rojavas, deren für viele auch hiesige Linke hoffnungsvolles Selbstverwaltungsprojekt zwischen den Interessen, Intrigen und Aktionen der lokalen (Erdogan, Assad) und überregionalen (Trump, Putin) Machthaber völlig zerrieben wird. Gleichzeitig zeigt der voreilig für geschlagen erklärte IS, dass er weiterhin und wieder stärker in der Lage ist, brutal zuzuschlagen.

«*den ein völkerrechtliches und realgeschichtliches Unikum, das jeder systematischen Einordnung spottet.*» Was macht sie so besonders? Die EU hat die – teils Jahrhunderte alte – Souveränität ihrer Mitgliedstaaten gründlich beseitigt, weil in dem seit Gründung ihrer Vorgängergemeinschaften in den fünfziger Jahren laufenden Integrationsprozess immer mehr Kompetenzen auf »Brüssel« übertragen wurden. Im Ergebnis ist der einzelstaatliche Gesetzgebungsprozess nunmehr zu rund 80 % von Vorgaben durch EU-Richtlinien und -Verordnungen festgelegt. In wichtigen Politikbereichen ist sogar die Alleinzuständigkeit der EU – also der Kommission, des Parlamentes und des Europäischen Gerichtshofs – geregelt: Hierzu gehören die Funktionsregeln des Binnenmarktes, die Zollunion, der Außenhandel, die Agrar- und Fischereipolitik und internationale Verträge in diesen Bereichen. Dazu gehört auch – aber nur für die Eurozone, der perspektivisch alle Mitgliedstaaten beitreten sollen – die Währungspolitik. Also sind wichtige Bereiche »vergemeinschaftet« und in diesem Maße Voraussetzungen zur Bildung eines Staates gegeben.

Das ist so weit richtig. Aber auf der anderen Seite steht eben alles, was nicht von »Brüssel« geregelt wird. Hierzu gehören vor allem Kernbereiche der Sozialpolitik und damit zusammenhängende Rechtsfragen, die also die große Masse der Bevölkerung betreffen. Weiter gehören dazu »hoheitliche Aufgaben«, in denen die Staatsmacht nach innen und außen sich darstellt und geltend macht. Die vielfältigen europäischen und globalen Zwänge zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet sind natürlich unübersehbar wirksam. Aber die EU setzt in ihrer Konstruktion an die Stelle der aufgelösten Souveränität der Nationalstaaten keine eigene aus »Brüssel«. Statt einer zentralen Bundesregierung mit einem kompetenten bürgerlichen Parlament steht hier eine anachronistische Versammlung fast feudalen Zuschnitts: der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs. Er – und nicht ein zentraler Premierminister, gewählt von einer Mehrheitskoalition – setzt die Rahmenrichtlinien der Politik, die die EU-Instanzen zu befolgen haben, und bemüht sich um Koordination der Aktivitäten der Mitgliedstaaten. In diesem Gremium hat jeder Staat ein Vetorecht.

Dieses Vetorecht ist ein Instrument, einzelstaatliche Interessen und Widersprüche zum Ausdruck zu bringen und damit ggf. einheitliche Aktionen, Stellungnahmen und Prozesse zu blockieren oder gar zu verhindern (Beispiele lassen sich leicht finden, etwa in migrations- und klimapolitischen Fragen). Ein zumindest zeitweiliger Ausweg kann organisiert werden in dem Vorgehen einzelner Staatengruppen (hervorstechende Beispiele sind die Eurozone, der militärische Verbund PESCO – Permanent Structured Cooperation von 25 Einzelstaaten, das begrenzte Seerettungsabkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und Malta).

Hier lautet ein Einwand, dass solche Integrationsprozesse eben kompliziert sind und Jahrzehnte erfordern. Das ist natürlich richtig. Aber solange das Vetorecht gilt, ist es ein ernsthaftes Hindernis für einheitliches außenpolitisches Handeln und für die Schaffung einer großen und schlagkräftigen Militärmacht. Das ist die Wurzel der Schwäche der EU in der Weltpolitik. Sie kann nur unzureichend durch ökonomische Macht ausgeglichen werden. Ein qualitativer Fortschritt in der Integration der EU zu einer Weltmacht kann nur erreicht werden, wenn das Vetorecht fällt und Mehrheitsvoten im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs zugelassen werden. Wir können nicht

darauf spekulieren, dass das irgendwann kommt, weil es angeblich im Interesse der herrschenden Klassen in der EU liege. Wir können nur feststellen, was ist.

Es ist auch nicht vorauszusehen, was in einer großen – ökonomischen oder sonstigen – Krise passieren wird. Wird die europäische Integration einen Sprung nach vorn machen? Wird der Euro – und damit ein wesentlicher Anker der Gemeinschaft – zerbrechen? Werden die sozialen Widersprüche zur Auflösung der EU in Blöcke oder einzelne Staaten führen? Wird nichts von alledem passieren, sondern es geht »einfach« so weiter? Wir können es nicht sagen. Wir können nur versuchen, die jeweiligen Entwicklungen zu untersuchen und eine Position darin vom Standpunkt der Interessen der Lohnabhängigen zu bestimmen.

Die EU ist ein geschichtlich junger Verband von Nationalstaaten, die teilweise Jahrhunderte alt sind, teils erst in der Auflösung früherer Universalreiche wie Österreich-Ungarn, russisches Zarenreich, Osmanisches Reich, später im Untergang der Sowjetunion und Jugoslawiens ihre »Souveränität« erreicht haben. Sie haben ihre jeweiligen Traditionen und Gründe, daran festzuhalten. Das zu überwinden, ist schwer und vom heutigen Stand völlig offen. Auch die weitgespannten sozialen Unterschiede kommen dazu. Die Nordstaaten der EU sind im allgemeinen wirtschaftlich mächtig und von daher an weiteren Integrationsritten interessiert. Allerdings sind diese Interessen selektiv, bezogen auf die Bereiche und Methoden weiterer Vergemeinschaftung, und davon geprägt, dass sie ihre Vorherrschaft innereuropäisch weiter stärken und nach außen wirksamer werden lassen wollen. Die ökonomisch schwächeren südeuropäischen Staaten sehen das natürlich mit Misstrauen, Griechenland und Portugal, auch Italien und Spanien können ein Lied davon singen. Die osteuropäischen Staaten betrachten die EU etwa wie die NATO: als Schutz vor Russland. Im übrigen möchten gerade sie sich nicht von Brüssel – und schon gar nicht von Berlin – in ihre neu gewonnene »Souveränität« – und sei es auch nur, um den Schein zu wahren – reinreden lassen.

All das sind Gegentendenzen zur Tendenz einer Fortsetzung der europäischen Integration. Was sich durchsetzt, kann nur die Wirklichkeit ergeben.



Vergleich mit USA, Russland, China

Demgegenüber stehen die USA, Russland und China ganz anders da. Sie verfügen über Zentralregierungen und entsprechend gefestigte Traditionen, die in ihrer jeweiligen, durchaus wechselvollen Geschichte frühzeitig auftauchten. Obwohl gerade auch in diesen riesigen Flächenstaaten jeweils große Regionen mit eigenständigen Entwicklungen, Kulturen, politischen Verhältnissen existieren, gab es im-

mer eine Klammer, die das Ganze zusammenhielt bzw. bei vorübergehender Desorganisation (China – Zeiten der streitenden Reiche und der »Warlords« der Republik, Russland – Invasoren von den Mongolen über Napoleon bis Hitler, USA – der Sezessionskrieg) wieder zusammenführte.

Die USA entstanden als überschaubare Vereinigung von 13 britischen Kolonien. Sie führten 1776 den Unabhängigkeitskrieg (auch als bürgerliche Revolution gegen die Krone), der sie zur Unterordnung unter ein militärisches Kommando zwang. Sie gründeten 1783 einen losen Staatenbund (mit Vetorecht für alle 13 Mitglieder). Aber schon 1789 ersetzten sie ihn durch die heute noch gültige Verfassung mit klaren Zuständigkeiten und einheitlichem Auftreten durch die Bundesorgane in Washington. Die Gebiete, die sie in der Ausbreitung nach Westen dann gewannen, konnten sie auf dieser gefestigten Basis eingliedern, bevor sie ein zu starkes Eigenleben entwickelten. Bekanntlich beruht der amerikanische Staat auf dem Völkermord an der Urbevölkerung.

Ein Beispiel für die Integration bisher selbständiger 25 Einzelstaaten in Europa ist die Gründung des Deutschen Reiches 1871. In dieser Geschichte kann man viele Parallelen zur Bildung und Organisation der EU finden, aber auch klare Unterschiede, die wiederum deutlich machen, wo Schwierigkeiten der EU liegen. Die deutsche Einigung gelang, weil 1. sie einen geografisch überschaubaren Rahmen mit einer Sprach- und Kulturgemeinschaft umfasste, 2. der Boden ökonomisch durch den 1834 von Preußen gegründeten Deutschen Zollverein schon bereitet war und 3. nach der Ausschaltung Österreichs Preußen ökonomisch, militärisch, bevölkerungsmäßig und territorial doppelt so stark war wie alle übrigen 24 Bundesstaaten zusammen. Das bereits bestehende Machtzentrum in Berlin musste nur durch Überhöhung des preußischen Königs zum deutschen Kaiser, Bildung des Bundesrates als Vertretung der Einzelstaaten, Wahl des deutschen Reichstags und weitere ähnliche Maßnahmen ergänzt werden. Dabei zielte die Reichsgründung für viele ihrer Befürworter gerade aus dem ökonomischen Interesse auch auf die weitere Bildung einer mindestens Mitteleuropa umfassenden Zoll- und Wirtschaftsunion ab. Der Griff zur europäischen Vormacht, dann Weltmacht ging allerdings schief.

Was der Vergleich ausdrücken soll, ist dies: Der EU in ihrer weiträumigen Dimension fehlt ein vergleichbares Machtzentrum, wie es der preußische Staat im deutschen Einigungsprozess darstellte. Die ökonomische Stellung Deutschlands in der Welt oder die Mandate Frankreichs und Großbritanniens im UN-Sicherheitsrat und ihre Atomwaffen können das nicht ersetzen.

Geschichte ist offen

Geschichte ist grundsätzlich ein offener Prozess. Zwar ist es für die marxistische Analyse immer notwendig, herrschende Tendenzen festzustellen und diese zu bewerten, um sich im Interesse der Arbeiterklasse dazu positionieren zu können. Aber in einer verwickelten Thematik wie der EU sind immer viele unterschiedlich mächtige und einander gegenläufige Tendenzen festzustellen. Wenn also gesagt werden kann, dass die EU-Staaten gegenüber weltpolitischen Akteuren wie USA, China und Russland ökonomisch, politisch und militärisch keine Alternative haben als ihre Integration zu einem aktiven Bundesstaat weiterzutreiben, ist das eine richtige und wichtige Feststellung. Sie kann aber nicht als Prognose gelten, dass sie sich unvermeidlich durchsetzen wird.

Geschichte ist umkehrbar. Wir haben das am Beispiel der Sowjetunion erlebt. Wie viele politisch kundige und aktive Menschen hätten noch in den achtziger Jahren ihren Zerfall vorausgesehen? Frühe WarnerInnen gab es natürlich, einer davon war Thalheimer. Wenn es der Arbeiterklasse nicht gelinge, ihre »Atomisierung« zu überwinden und sich die sozialistischen Grundlagen, die sie in schweren Kämpfen aufgebaut hatte, gegen die Widerstände der Bürokratie erneut anzueignen, sei die Rückkehr zum Kapitalismus in Russland nicht mehr auszuschließen¹. Er war damit aber nur einer der wenigen »Rufer in der Wüste«.

Selbstverständlich ist auch die EU nicht in Stein gemeißelt

Die Vorstellung, dass die herrschenden Klassen in Europa zur europäischen Integration keine Alternative hätten und diese also bis zu ihrem angeblich logischen Ende zwangsläufig fortgesetzt werde, erinnert in ihrer Abstraktheit an eine Wiedereinführung des Hegelschen Weltgeistes in die Analyse. Wir müssen natürlich darauf bestehen, die Analyse vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Großenteils handelt es sich hier um grundsätzliche Überlegungen. Sie liefern aber einen praktischen Erkenntniswert: Die EU in ihrer labilen Konstruktion und in der vor uns liegenden ökonomischen, ökologischen und politischen Krisendynamik wird weiterhin hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt sein. Darauf müssen wir uns einstellen.

Die Erwartungen an die EU sind unterschiedlich. Für die Kapitalisten ist sie ein großer Binnenmarkt mit seinen Vorteilen der Vereinheitlichung der Normen, Vereinfachung der grenzüberschreitenden Bürokratie, Senkung der Produktionskosten und Ausweitung der Produktmassen. Für die Regierenden der Mitgliedstaaten ist sie ein Instrument zur Verstärkung ihres Gewichts in der Weltpolitik – mit den hier beschriebenen Möglichkeiten und Einschränkungen. Für die Lohnabhängigen ergeben sich Fragen der Angleichung von Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen: Demokratisierung der EU-Institutionen, europaweite Zusammenarbeit der Gewerkschaften, z. B. durch Aufstellen vergleichbarer Mindestforderungen in Tarif- und Sozialpolitik, Schaffung einer politischen Interessenvertretung. Solche Punkte grob benennen ist noch keine Strategie (sie kann unter gegebenen Umständen in diesem Artikel nicht geleistet werden). Ansätze dafür können nur in Bedingungen gefunden werden, wenn sie herangereift sind.

F/HU, 3. 11. 2019 ■

¹ "Die Umkehrung kann nur erfolgen, wenn die atomisierten Arbeiter ein selbstbestimmtes und kollektiv handelndes Ganzes werden im Widerstand und Kampf gegen die allmächtige Staatsmaschine (in der Sowjetunion, F/HU). ... Eine Lösung des Widerspruchs ist auch der Untergang dieses ersten Versuches, in großem Maßstab, den Horizont der kapitalistischen Gesellschaft zu überschreiten." (Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst. Ein Versuch, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschrieben; hier zitiert nach München 2008, hrsg. von H. Jestrabek, S. 52 f.)



■ NACHDRUCK AUS DER »ARBEITERSTIMME«, NR. 205/2019

Die EU – Beiträge zu einer linken Strategie

Bei den linken Parteien und Bewegungen in Europa kann man drei grundsätzlich verschiedene Positionen zur EU finden:

- Orientierung auf Reform der EU,
- Plan A und B,
- Lexit (Left Exitt=Linker Austritt)

Die häufigste Position ist die Forderung nach einer Reform der EU. Der Änderungsbedarf wird vor allem bei der Neoliberalisierung, Militarisierung und dem Demokratiedefizit gesehen. Die geforderten Änderungen sind grundlegend. Ihre Realisierung würde eine wesentliche Umgestaltung der EU bedeuten. Sie sind nicht mit den Reformvorschlägen zu verwechseln, wie sie von Politikern wie Macron gemacht werden, die nicht auf eine Umgestaltung, sondern auf eine verbesserte Funktionalität der bestehenden EU abzielen.

Die Forderung nach einem Umbau der EU, »für ein anderes Europa« wird von vielen Mitgliedern der »Europäischen Linken« z. B. auch von der Partei Die Linke vertreten. Unter Berücksichtigung des vorhandenen Kräfteverhältnisses dürfte es in absehbarer Zeit eher um die Sichtbarmachung der eigenen Positionen gehen, als um die reale Durchsetzung dieser Forderungen.

Den Kontrapunkt zur Reformstrategie setzen die Anhänger eines Lexit. Sie teilen mit den Reformern weitgehend die inhaltliche Kritik an der EU. Insofern besteht Konsens. Aber sie halten die Strukturen der EU und/oder des Euro für von Grund auf neoliberal und für nicht reformierbar. Sie rufen dazu auf, die Illusion der Reformierbarkeit der EU aufzugeben und sich prinzipiell für einen Austritt aus der EU mit einer linken Begründung einzusetzen. Nur so könne wieder Spielraum für eine linke Politik gewonnen werden. Auch diese Position hat eine relevante Anhängerschaft, oft

als Minderheit in reformorientierten Parteien. Von den größeren Organisationen vertritt in Deutschland die DKP diesen Standpunkt, sonst etwa auch die griechische KKE und die portugiesischen PCP.

Eine Zwischenposition stellt in gewisser Hinsicht die Strategie von La France Insoumise dar, die sie »Plan A und Plan B« nennen.

Eine Regierung von La France Insoumise würde zuerst in Verhandlungen mit den anderen EU Mitgliedern treten, um eine Änderung der EU Politik (im Sinne von weg vom Neoliberalismus) zu erreichen. Das wäre Plan A.

Sollte Plan A scheitern, wären auf nationaler Basis einseitig Schritte in der Sozial- und Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die neoliberalen EU-Regeln bewusst missachten und bis zum Austritt aus dem Euro und eventuell auch aus der EU führen könnten (Plan B). Nach ihrer Einschätzung würde der Austritt eines großen und zentralen Landes wie Frankreich (besser wäre natürlich ein koordiniertes Vorgehen von mehreren Ländern) ein erhebliches Drohpotential darstellen, das die anderen Länder zum Einlenken bei Plan A bewegen könnte. Das setzt voraus, dass man gegebenenfalls bereit und darauf vorbereitet ist Plan B durchzuziehen. Eine erkennbar leere Drohung wäre natürlich wirkungslos.

Diese Strategie wurde aufgrund der Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen zwischen der EU und Griechenland erarbeitet. La France Insoumise wirft Syriza vor, nicht genügend vorbereitet gewesen zu sein bzw. im entscheidenden Augenblick Verrat geübt zu haben und hat deswegen auch den Ausschluss von Syriza aus der »Europäischen Linken« verlangt. Inzwischen haben sich Podemos in Spanien und der Bloco de Esquerda in Portugal dieser Strategie angeschlossen. Diese drei Organisationen bilden auch den Kern der neuen politischen Allianz »Maintenant le Peuple« bzw. »Now the People«, »Jetzt das Volk«.

Die Basis für eine Strategie ist die Einschätzung des Stellenwerts der EU für die vergangene und zukünftige Entwicklung, ökonomisch und gesellschaftlich. Dabei stellt sich die Frage:

Ist die EU die Folge einer notwendigen Entwicklung im Kapitalismus?

Ohne Zweifel kommt die EU den Bedürfnissen des Kapitals, und insbesondere international konkurrenzfähigen Kapitalien, wie sie z.B. in Deutschland gehäuft vorhanden sind, entgegen. Das Kapital und seine Vertretungen haben dementsprechend immer für die Zusammenarbeit in der EU, ihre Erweiterung und Vertiefung plädiert. Seine Interessen sind ja auch gut bedient worden. Ist die EU aber die Folge einer notwendigen Entwicklung?

Der Kapitalismus hat allgemein die Tendenz sich auszudehnen und dabei Beschränkungen, die sich einer Ausdehnung entgegenstellen, zu überwinden. Eine Art von Beschränkung stellen dabei Staatsgrenzen dar. Staatsgrenzen sind aber für das Kapital widersprüchliche Beschränkungen. Denn das Eingrenzende und damit Hemmende ist nur die eine Seite, die andere Seite liegt darin, dass Staaten (mit-)verantwortlich sind, geeignete Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung im Inneren zu schaffen. Dies geschieht durch die Bereitstellung von Infrastruktur und durch die Errichtung einer Rechtsordnung und ihre Durchsetzung mit dem Gewaltmonopol des Staates. Des weiteren kann ein Staat auch die Interessenvertretung nach Außen gegenüber anderen Staaten übernehmen. Die Kapitalisten sind und waren immer (das lässt sich historisch zeigen) auf ein in ihrem Sinne gut funktionierendes Staatswesen angewiesen. Diese, sehr verkürzt dargestellten, Verhältnisse fanden in der Epoche der Nationalstaaten ihren typischen historischen Ausdruck.

Aber Staatsgrenzen sind eben auch einengende Grenzen für das Kapital. Der Kolonialismus war z.B. ein historischer Weg solche Grenzen zu überwinden. Es wäre falsch, die Epoche der Nationalstaaten jetzt einfach für überwunden zu erklären und die entsprechenden Triebkräfte für nicht mehr existent. Aber offensichtlich ist, dass die feindliche bis kriegerische Konkurrenz von Nationalstaaten, auch im Kapitalismus und im ureigenen Interesse des Kapitals, nicht die einzige Möglichkeit eines Zusammenwirkens von kapitalistischen Ländern ist. Für den (west-) europäischen Raum waren dabei neben der speziellen weltpolitischen Situation nach dem 2. Weltkrieg auch folgende Fakten wesentlich. Die traditionellen Nationalstaaten sind eher klein (oder mittelgroß), bieten also nur einen engen Heimmarkt, und in ihnen konzentrieren sich viele hochentwickelte Kapitale, die nach einem größeren Markt als ihrem nationalen Heimatmarkt verlangen. Der sich mit der EWG, EG und EU herausbildende gemeinsame Wirtschaftsraum entsprach und entspricht diesem Interesse nach größeren Märkten. Die supranationale EG/EU trat ergänzend und variierend an die Seite der Nationalstaaten. Es bildete sich neben den traditionellen Marktebenen lokal, regional, national, global die neue Ebene EU-europäisch heraus, zwischen national und global. Der Unterschied zwischen national und global besteht in der staatlichen Einbettung des nationalen Marktes (Rechtssystem, Gewaltmonopol des Staates, Zusammenfassung des politischen Willens), während der globale Markt keine solche Vereinheitlichung aufweist. Mit dem gemeinsamen europäischen Markt hat sich nach und nach auf supranationaler Ebene ein staatsähnliches Gebilde

mit eigenen Institutionen und einer immer weiter fortschreitenden einheitlichen Verrechtlichung herausgebildet.

Es gibt Kapitale, die hauptsächlich global ausgerichtet sind, und solche die den europäischen Raum (eher) nicht überschreiten, und selbstverständlich sind auch Interessenskonflikte zwischen diesen Gruppen möglich. Aber im Allgemeinen haben auch die global ausgerichteten Kapitale ein Interesse an der Ausdehnung ihres Heimmarktes, hier im Sinne von national auf europäisch zu verstehen. Nebenbei bemerkt, auch auf globaler Ebene macht sich das Bedürfnis nach einheitlichen Regelungen immer stärker bemerkbar, was sich in den Freihandelsverträgen (realisiert oder nicht realisiert) wie TPP, TTIP, CETA usw. sichtbar wurde. Die Besonderheit beim europäischen Projekt liegt im Ausmaß der Vergemeinschaftung und in den auf Dauerhaftigkeit hin konzipierten Regelungen und Institutionen. Keine Fall-zu-Fall-Regelung, sondern eine Rechtsordnung, keine ad-hoc-Kommissionen, sondern staatsähnliche Organe.

Die Entstehung der EU entspricht einer inneren Logik des Kapitalismus. Ist deshalb die EU notwendig? Bis zu einem gewissen Grad ja, aber sicher nicht in exakt der Form, in der sie historisch entstanden ist. Das für das Kapital dienliche Ausmaß an Vereinheitlichung hätte auch in einer anderen Art und Weise erreicht werden können. Es soll mit dieser Feststellung auch nicht gesagt werden, dass analoge Entwicklungen weltweit für alle anderen Nationalstaaten zu erwarten sind. Die Bedingungen, sowohl innerhalb der Staaten, als auch bezüglich der Beziehungen zu anderen Staaten, sind sehr unterschiedlich. Eine schematische Verallgemeinerung ist nicht sinnvoll.

Die Gründer und Propagandisten haben auf die Friedenssehnsucht und Hoffnungen, die mit der Idee eines vereinigten Europas verknüpft waren, zurückgegriffen. Gleichzeitig eröffnete nach der Zeit des extremen Nationalismus die Aussicht auf gleichberechtigte Zusammenarbeit eine freundliche Perspektive. Es ist auch unbestritten, europäische Einigung ist einem aggressiven Nationalismus vorzuziehen. Man kann das europäische Projekt als eine Variante eines kapitalistischen Internationalismus beschreiben. Klar ist, dass das etwas anderes ist als der linke Internationalismus. Aber auch ein kapitalistischer Internationalismus kommt nicht umhin, den Menschen und Verhältnissen in anderen Ländern erst einmal positiv und freundlich zu begegnen. Aggressive Hetze gegen Ausländer, Fremde etc. ist kontraproduktiv. Deshalb ist es nicht unverständlich, wenn in »fortschrittlichen Kreisen« eine positive Beurteilung des europäischen Projekts überwiegt. Aber man darf nicht übersehen, welche Grenzen diesem Projekt von Anfang an gesetzt waren (Antikommunismus) und welche Grenzen, auf Betreiben der herrschenden Klassen, heute damit verbunden sind (Neoliberalismus).

Festzuhalten ist, den verschiedenen staatlichen Ebenen, kommunal/regional, nationalstaatlich und supranational (EU), kann nicht grundsätzlich Progressivität zu- oder abgesprochen werden. Welche Rolle eine Ebene in einem konkreten Zusammenhang spielt, hängt von den Umständen ab und vom Kräfteverhältnis der dort tätigen Akteure. Neben dem negativen Beispiel der Auseinandersetzung EU – Syriza/Griechenland gibt es andererseits auch die Beispiele EU – Orban/ Ungarn und EU – PiS/Polen. Genauso ist die eventuelle Abspaltung von Katalonien oder Schottland für sich genommen nicht progressiv, ebenso wenig wie deren Verbleib im größeren Staatsverbund. Gemeinsam ist solchen Fragen um Nationalität und Identität oft ein erhebliches Potential, von den entscheidenden (Klassen-)Fragen

abzulenken und zusätzliche Spaltungen in der politischen Auseinandersetzung zu erzeugen.

Sicher ist richtig, dass es den Neoliberalen gelungen ist mit der Ausgestaltung des europäischen Primärrechts Pflöcke einzuschlagen, die ein erhebliches Hindernis für eine linke Politik darstellen. Damit wurden Festlegungen erreicht, die schwer zu verändern sind und in den meisten Fällen weit über das hinausgehen, was auf nationaler Ebene verfassungsmäßig fixiert ist. Die größte Gefahr für die linke Bewegung besteht darin, dass politische Zuspitzungen nicht in vielen Ländern gleichzeitig auftreten, sondern nach und nach (mit größeren zeitlichen Abständen) in einzelnen Ländern. Dadurch könnten die Kämpfe auf einzelne Brennpunkte und Länder beschränkt und damit isoliert bleiben, während die Länder bzw. die dort kämpfenden Akteure sich nicht gegen die Übermacht der anderen EU-Mitglieder behaupten können, sei es wegen der Einbindung in das EU-Recht oder wegen bestehenden faktischen Abhängigkeiten.

Die spekulative Frage, was wäre ohne EU?

Wenn ernsthaft über einen Austritt aus der EU diskutiert wird, stellt sich die Frage: Was wäre ohne EU? Das ist eine weitgehend spekulative Frage. Es ist unmöglich konkrete Aussagen darüber zu machen, was etwa in Situationen wie der Griechenlandkrise geschehen wäre, wenn es keine (oder eine ganz andere) EU gegeben hätte.

Aber man kann feststellen: Durch einen Austritt ändert sich zuerst einmal nichts an realen in Jahrzehnten entstandenen Verflechtungen und sich daraus ergebenden Abhängigkeiten, materieller und finanzieller Art. Es ändert sich nichts an den Stärken und Schwächen der beteiligten Ökonomien. Durch einen Austritt kann sich ein Land der Vorgaben im EU Primärrecht entledigen. Ohne Zweifel hätte dies seine Bedeutung. Aber der Neoliberalismus hätte sich deswegen nicht aufgelöst, seine Hegemonie wäre nicht automatisch gebrochen. Die Verankerung des Neoliberalismus im Primärrecht war möglich, weil der Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten eine eindeutig hegemoniale Position innehatte, in der EU und in den (meisten) Nationalstaaten. Das Primärrecht ist eine Folge dieser Hegemonie, aber nicht unbedingt seine stärkste Bastion. Die Macht des Kapitals gründet sich nur teilweise auf Rechtspositionen. Durch einen Austritt allein würden sich die Machtverhältnisse noch nicht wirklich ändern.

Eine breite politische Abstützung durch eine starke Bewegung verschafft ihren Protagonisten Spielraum, auch gegenüber der EU. Paragraphen und Verträge können interpretiert werden, manchmal auch innovativ und kreativ. Allerdings zeigt das Beispiel Griechenland, wie begrenzt die Macht einer Regierung, trotz Unterstützung der Bevölkerung (Referendum), in der Realität sein kann. Aber die Macht und die Stärke der Position Schäubles (und seiner Unterstützer) lag nicht in den rechtlichen Gegebenheiten, sondern in der Möglichkeit Griechenland von der Geldversorgung abzuschneiden und in den Staatsbankrott zu treiben. Weiterhin war entscheidend, dass es Tsipras nicht gelungen war in anderen Ländern und/oder bei anderen regierenden Parteien nennenswerte Unterstützung zu finden. Solche realen Machtkonstellationen sind nicht unbedingt an eine Mitgliedschaft gebunden. Es gab schon etliche verschuldete Länder, die vom Kapital, vertreten durch den IWF, zu einem harten Sparprogramm gezwungen wurden.

Noch eine Bemerkung. Beim Lesen von Beiträgen linker EU-Kritiker, entsteht der Eindruck, die Autoren würden al-

lesamt die Möglichkeiten, durch staatliche Interventionen Ziele wie Vollbeschäftigung, Abbau von Armut und Ungleichheiten usw. zu erreichen, als groß einschätzen. Dies wird zwar nicht direkt behauptet, aber auch nie problematisiert, vermutlich weil es außerhalb des behandelten Themas (EU) liegt. Aber es gilt daran zu erinnern: Die Frage nach Chancen und Grenzen von Staatseingriffen und welche sozialen Ziele im Kapitalismus überhaupt erreichbar sind, ist keineswegs trivial. Traditionell gibt es unter den Linken dazu keine einheitliche Position. Und es gibt viel Raum für Illusionen.

Welche Folgerungen ziehen wir aus dieser Analyse?

Folgende Eckpunkte sollten bei der Formulierung einer konkreten Politik zum Umgang mit der EU als Basis dienen. (Es gibt dabei eine gewisse Ähnlichkeit mit Positionen, die ATTAC in Österreich erarbeitet hat.)

- Die EU ist kein Wert an sich, sie ist kein Friedensprojekt, sie ist kein übergeordnetes Ziel, das grundsätzlich anzustreben und/oder zu verteidigen ist.
- Andererseits ist auch ein Austritt kein Ziel an sich. Abgelehnt werden bei der EU nicht das Supranationale, sondern die neoliberalen Grundsätze, die Militarisierung, das Demokratiedefizit, Sozialabbau etc., genauso wie solches auch in den Nationalstaaten abgelehnt wird.
- Wenn sich Chancen ergeben, in der EU Veränderungen im linken Sinne zu erreichen, sind solche Bestrebungen selbstverständlich zu unterstützen. Ein weiterer Ausbau der EU wird nicht grundsätzlich bekämpft. Auch eine eventuelle Entwicklung hin zu einem Bundesstaat könnte prinzipiell akzeptabel sein, es sei denn, sie ist direkt mit Vorhaben wie etwa einer weiteren Militarisierung verbunden.
- Aber es sind Situationen denkbar, in der die Forderung nach einem Austritt sinnvoll und notwendig sein kann. Eine Beurteilung von solchen Alternativen kann nicht generell erfolgen, sondern immer nur in Hinblick auf eine konkrete Situation, konkrete Umstände und Kräfteverhältnisse.
- Was Deutschland betrifft, sind keine Kämpfe in Sicht, die eine Frage nach einem Austritt aufwerfen würden. Die Schwäche der Linken erlaubt uns keinen großen Entwurf a la Plan A und Plan B (ob das für Frankreich wirklich anders ist, sei dahingestellt).
- Die bereits jetzt vorhandenen Verflechtungen zwischen den Ländern, bestehende Lieferketten und sonstige Abhängigkeiten sind sehr groß. Eine eventuelle Austrittsstrategie muss ein klares und realistisches Bild von den Risiken, die damit verknüpft wären, besitzen. Eine Fehleinschätzung könnte verheerend sein.
- EU-Kritik bis zu Austrittsforderungen kommt auch von den Rechten. Es ist unbedingt darauf zu achten, dass sich Linke weder direkt noch indirekt in rechte Strategien einbinden lassen.
- Selbstverständlich setzen wir dem Internationalismus des Kapitals unseren solidarischen Internationalismus entgegen. Die internationale Zusammenarbeit von linken Organisationen (Parteien, Gewerkschaften etc.) in Europa und darüber hinaus ist auszubauen und zu vertiefen, soweit das in unseren Möglichkeiten liegt.

Juni 2019 ■



■ NACHDRUCK AUS DER »ARBEITERSTIMME«, NR. 205/2019

Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: Debakel im Osten

Überraschend waren die Wahlergebnisse im Osten nur in einem Punkt: Die AfD wurde in beiden Ländern nicht die stärkste Partei. Dabei hatten alle Prognosen dies, sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg, vorausgesagt. Wahlsieger war aber trotzdem in beiden Ländern die AfD. In Brandenburg legte sie um 12,2 Prozent auf 23,5 Prozent zu und in Sachsen um 9,7 Prozent auf 27,5 Prozent. Zugewinne hatten sonst nur noch die Grünen, zwischen 6,2 und 5,7 Prozent. SPD, Die Linke und CDU verloren massiv. Besonders dramatisch war es für die Linkspartei. In den vergangenen Wahlen 2014 lag sie in beiden Bundesländern bei fast 19 Prozent. Jetzt erreichte sie in Brandenburg 10,7 Prozent und in Sachsen 10,4 Prozent.

In den letzten Tagen vor der Wahl wurde prognostiziert, dass sowohl die SPD in Brandenburg als auch die CDU in Sachsen vor der AfD liegen würden. Der massive Einsatz der Spitzenkandidaten der Parteien und die entsprechende Berichterstattung in den Medien taten ihre Wirkung. Es kam zu einer Mobilisierung der Wähler. Das drückte sich nicht zuletzt in der gestiegenen Wahlbeteiligung aus. Lag diese bei den Wahlen 2014 in beiden Ländern unter 50 Prozent, so lag sie jetzt in Sachsen bei beinahe 67 Prozent, in Brandenburg bei 62 Prozent. Da sich im Wahlkampf gefühlt alles um die AfD drehte, muss man davon ausgehen, dass viele Wähler, um die AfD zu schwächen, die CDU wählten und nicht die von ihnen eigentlich präferierte Partei. Doch kann ein solches taktisches Wählerverhalten den dramatischen Absturz der Linkspartei alleine nicht erklären. Offensichtlich war sie nicht in der Lage, kritische Themen und soziale Forderungen im Fokus der Auseinanderset-

zungen zu platzieren. So wurde sie nur wenig beachtet und schließlich regelrecht aufgerieben.

Der Erfolg der AfD ist aus Gründen, auf die noch einzugehen ist, auch darauf zurückzuführen, dass sie durch den sächsischen Landeswahlausschuss in besonderer Art und Weise geradezu beglückt wurde. Der Ausschuss stellte Anfang Juli des Jahres fest: *»Die AfD in Sachsen kann nur mit 18 statt wie geplant 61 Listenkandidaten zur Landtagswahl am 1. September antreten«*. Der Landeswahlausschuss hatte nur die ersten 18 Plätze der Liste bestätigt. Die restliche Liste sei ungültig, so der Ausschuss, weil die Aufstellung nicht in einer einheitlichen Wahl erfolgt sei. Die Entscheidung des Landeswahlausschusses war nach den Buchstaben des sächsischen Wahlgesetzes bestimmt formal korrekt. Die AfD klagte natürlich gegen die Entscheidung des Landeswahlausschusses. Sicher hätte dieser auch Spielräume für eine andere Entscheidung gehabt, wie das später auch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs von Sachsen zeigte. Der Klage der AfD wurde vom Verfassungsgerichtshof stattgegeben und der Partei wurden 30 Listenplätze zugestanden.

Die Entscheidung des Landeswahlausschusses, nur 18 Listenplätze zuzulassen, war ein Paukenschlag und für die AfD ein Geschenk des Himmels. Plötzlich stand sie im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Der Landesvorsitzende Jörg Urban sprach sofort von einem *»verabredeten Komplott von Vertretern der im Landtag sitzenden Altparteien«*. Die Opferrolle nahm die AfD gerne an und setzte sie im Wahlkampf wirkungsvoll ein. Sie revitalisierte den Ruf: *»Wir sind das Volk«* und sprach in Brandenburg von der Wende 2.0. *»Jetzt erst recht!«* war schließlich sowohl

in Brandenburg als auch in Sachsen ihre Parole. Eine Parole, die, gepaart mit Fremdenfeindlichkeit, Hasstiraden gegen das Politikestablishment und gegen Flüchtlinge sowie völkische Deutsch- und Heimattümelei, am Wahltag ihre Folgen zeigte. Inhaltlich war der Wahlkampf der AfD wenig konkret. Auf ihren Plakaten konnte man alles Mögliche lesen: so, dass sie beispielsweise den Diesel retten wollen, dass sie für Tierschutz sind und deshalb das Schächten von Tieren verboten werden soll. Dann waren sie für »Landliebe« und für den »wirksamen Stopp der Entvölkerung« und für Ähnliches mehr. War auch die Aussagekraft der Plakate gering, so war die Verbreitung derselben auf den Straßen und Plätzen umso massiver. »Trau dich Sachsen«, war an jeder Ecke zu lesen. Und die Sachsen trauten sich. Die AfD mobilisierte ihre Anhängerschaft in ungeheurem Maße. So stimmten in Sachsen 246.000 ehemalige Nichtwähler für die AfD. 84.000 Stimmen kamen von vormaligen CDU-Wählern, gefolgt von 28.000 ehemaligen Wählern der Linkspartei.

Was ist los im Osten?

Diese Frage stellt sich natürlich, wenn man den raketenhaften Aufstieg der reaktionären Partei AfD in den beiden Bundesländern betrachtet. In der offiziellen Wahlanalyse ist die Rede von abgehängten Regionen und davon, dass große Teile der Bevölkerung immer noch nicht in der Bundesrepublik angekommen seien. Schauen wir uns diese Argumente genauer an. In der *Sächsischen Zeitung* konnte man in einem Leserbrief am 31. August folgendes lesen: »Und sie hatten (die Ostdeutschen) in der Tat völlig falsche Vorstellungen von dem, was auf sie zukommt. Sie glaubten nicht, dass die BRD die DDR nur als Markt, kaum als Produktionsstandort braucht. ... Spätestens seit 1991 wissen sie es besser. Diese Verlust-Erfahrungen sind etwas Bleibendes.« Und ein anderer Leserbriefschreiber meinte in der gleichen Ausgabe: »Für mich haben die Westdeutschen alles, was nur irgendwie ging, aus der ehemaligen DDR herausgeholt.« Leserbriefe dieser Art sind keine Einzelmeinungen; sie tauchen regelmäßig immer wieder in den Medien auf.

Wundern darf das im Grunde niemanden. Die Mehrzahl der Ostdeutschen hat mit der Übernahme der DDR durch die BRD zum Teil traumatische Erfahrungen gemacht, die bis heute nachwirken. Die noch 1990 vorhandenen Illusionen wurden auf brutalste Weise zerstört. Wer erinnert sich nicht mehr an das Transparent »Helmut nimm uns an der Hand und führ uns ins Wirtschaftswunderland«, das 1990 in Dresden bei einer Kundgebung mit Helmut Kohl gezeigt wurde? Damals versprach Kohl die blühenden Landschaften in Ostdeutschland und dass es niemandem schlechter gehen würde. Was dann allerdings kam, war nicht das Wirtschaftswunder, sondern die Zerschlagung der ostdeutschen Industrie und der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

So erlebten die Menschen im Osten ihre Entlassung, die Schließung der Betriebe und die Verschleuderung des DDR-Volkvermögens durch die Treuhand. Der Nutznießer dieser Politik war das westdeutsche Kapital, das hier Betriebe und Immobilien zu Schnäppchenpreisen bekam. Oftmals bekamen Konzerne und Mittelständler alles sogar geschenkt und für ein vages Versprechen, mit reduzierter Belegschaft den Betrieb weiterzuführen, auch noch Subventionen in Millionenhöhe. Die Politik der Treuhandanstalt schaffte es auf diese Weise, die ostdeutschen Länder weitgehend zu deindustrialisieren. Sie hinterließ Massen-

arbeitslosigkeit in noch nie gekannter Größe und einen Milliardenschuldberg, der den lohnabhängigen Steuerzahlern abgebürdet wurde.

Mit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit begann auch die verstärkte Abwanderung von hauptsächlich jungen, qualifizierten Arbeitskräften in Richtung Westen. Bis zum Jahr 2012 verlor das ehemalige Staatsgebiet der DDR rund 2 Millionen Menschen. Besonders die ländlichen Gebiete waren davon betroffen. Die Dörfer im Erzgebirge und der Oberlausitz sind heute sichtbar überaltert. Das führt und führte zu Konsequenzen. In vielen Orten gibt es heute keine oder nur eine mangelhafte kommunale Infrastruktur. Es fehlen Einkaufsmöglichkeiten und Ärzte. Die Dorfschule ist geschlossen und der öffentliche Nahverkehr ist eingeschränkt und manchmal gar nicht vorhanden. Die *Sächsische Zeitung* brachte nach den Wahlen eine Reportage über das Dorf Neißeau, in dem die AfD 48,8 Prozent der Stimmen holte. In dem Artikel wurden Einwohner zu der Wahl befragt. So meinte eine Einwohnerin: »Mehr Sicherheit ist wichtig, mehr auf Ausländer achten ebenso, vom Polen bis zum Syrer (Anm.: In Neißeau gibt es keine Flüchtlinge und Ausländer). Eine andere Frau sagt: »Sie will künftig nur noch AfD wählen. Aus Protest. Sie wisse nicht, was in deren Programm stehe, aber die CDU geht nicht mehr und die AfD sei mal eine andere Partei.« Und ein 60jähriger Frührentner begründet seine Entscheidung für die AfD so: »Ich habe 43 Jahre wie ein Ochse gearbeitet, auch an den Wochenenden und als Rente bekomme ich 780 Euro.«

Sicherlich gibt es auch in Westdeutschland eine ähnliche Entwicklung in vielen ländlichen Regionen mit der Folge, dass auch dort Unzufriedenheit und Frust besteht und wächst. Auch dort ist eine solche Entwicklung Wasser auf die Mühlen der Reaktion. So hat im Jahr 2016 bei den Wahlen in Baden-Württemberg die AfD 15,1 Prozent der Stimmen geholt.

Im Osten aber ist die Situation bei Weitem zugespitzter. Das zeigte sich spätestens, als Pegida im Dezember 2014 zum ersten Mal öffentlich auftrat. Seither ist nichts besser geworden. Pegida marschiert noch immer jeden Montag mit über 1.500 Personen durch Dresden. Diese Stimmungs- und Gemengelage ist der ideale Nährboden für offen faschistische Gruppierungen und Parteien, wie es die fremdenfeindlichen Ausschreitungen, Aufmärsche und Aktivitäten zeigen. Orte wie Freital, Heidenau, Bautzen und Chemnitz erlangten so eine zweifelhafte Berühmtheit. Dabei ist die AfD der Katalysator. Sie ist heute die Partei, welche Nazis unterschiedlichster Schattierungen in sich sammelt und kein Problem hat, wie es sich in Chemnitz vor einem Jahr zeigte, zusammen mit Skinheads, gewaltbereiten Hooligans und Reichsbürgern durch die Straßen zu ziehen. Der faschistische »Flügel« um Bernd Höcke bestimmt zunehmend die Marschrichtung der AfD. Laut Jens Maier, AfD-MdB, sollen in Sachsen dem »Flügel« 70 Prozent der Mitglieder angehören.

Eine Ursache für die schlechte Stimmung der Menschen in den ostdeutschen Ländern ist auch die Altersrente. Rund ein Drittel der Rentner muss von einem Geldbetrag von unter 800 Euro leben. Die Ursache liegt hier vor allem an den niedrigen Löhnen, die in der Nachwendezeit bis heute bezahlt werden. Die Unternehmer schafften es, ohne Widerstand der Beschäftigten, aus den Tarifen zu fliehen und die Bezahlung ihrer Beschäftigten nach ihrem Gusto festzulegen. Im Durchschnitt liegen deshalb die Löhne um mindestens 15 Prozent unter denen des Westens. Aber was sagt schon der Durchschnittswert? Man muss sich ihn ge-

nauer ansehen, denn bei sehr vielen Beschäftigten liegt das Entgelt weit unter diesen 15 Prozent. Die Ursache ist darin zu suchen, dass es nur noch in 39 Prozent der Betriebe eine Tarifbindung gibt. Tariflich geregelt sind die Löhne und Gehälter in den Betrieben der Automobilindustrie, im Öffentlichen Dienst, bei der Bundesbahn und in wenigen Betrieben, in denen die Gewerkschaften die Organisationsmacht aufbringen, den Unternehmer in die Tarifbindung zu zwingen. Das heißt, im Rest der gewerblichen Wirtschaft gibt es keine tarifliche Bezahlung. Bezahlt wird, was der Kapitalist bereit ist zu zahlen, und was der abhängig Beschäftigte gerade noch bereit ist hinzunehmen. Und es kommt noch etwas hinzu: In allen Betrieben, tariflich gebunden oder nicht, arbeiten die Beschäftigten offiziell 40 Stunden in der Woche.

Alleine die Entlohnungsfrage reicht aus, die weit verbreitete schlechte Stimmung der Menschen im Osten zu erklären.

Hinzu kommt noch ein weiterer Aspekt, der aber indirekt mit der Entgeltfrage zu tun hat: Nur eine Minderheit der Beschäftigten arbeitet in einem Betrieb mit einem Betriebsrat. Betriebsräte gibt es nur noch in 33 Prozent der Ostbetriebe, mit abnehmender Tendenz. Der DGB Sachsen berichtete, dass jede dritte BR-Wahl durch die Unternehmer aktiv verhindert wurde, oft unter Einbeziehung von professionellen Union-Bustern. In der Konsequenz heißt das: Besteht kein Betriebsrat, besteht keine betriebliche Mitbestimmung, so mangelhaft diese in der alltäglichen Praxis auch sein mag. Das heißt, die Beschäftigten sind schutzlos dem Diktat des Unternehmers ausgesetzt. Entsprechend ist das Betriebsklima in vielen Betrieben ausgesprochen mies.

Dabei zeigen Einzelbeispiele, dass es auch anders gehen kann. In der Firma *Teigwaren Riesa* gab es lange Jahre keinen Betriebsrat. Im Sommer 2018 war es dann so weit: Ein Betriebsrat wurde gewählt. Der hatte einiges zu regeln, was bei der Belegschaft gut ankam. Die Folge war, dass auch die Gewerkschaft NGG, im Betrieb mit 140 Mitgliedern vertreten, stärker wurde. Innerhalb von drei Monaten wurden mehr als 100 neue Mitglieder gewonnen. Trotz des Widerstands der Firmeneigentümer wurden Ende des Jahres Ta-

rifvertragsverhandlungen erzwungen. Seit Mitte Januar des Jahres haben die KollegInnen in Riesa einen Tarifvertrag.

Eine Belegschaft, die eine solche Entwicklung durchmacht, bekommt Selbstbewusstsein. Sie wird sich ihrer eigenen Macht bewusst und weiß, dass sich die Verhältnisse verändern lassen. Sie braucht keine Sündenböcke, auf die sich die eigene Misere abladen lässt. Leider sind Beispiele wie das der Nudelfabrik selten. Eine große Anzahl der Beschäftigten arbeitet zu Bedingungen, die Frust, Enttäuschung, Angst und Wut hervorbringen. Dasselbe gilt für die Menschen, die abgehängt in den ländlichen Gebieten leben. Für diese Menschen ist die AfD das Instrument, mit dem sie ihre Wut ausdrücken können. Die AfD liefert die Sündenböcke, die in den etablierten Altparteien, bei den »versifften 68ern«, den Ausländern und Flüchtlingen zu suchen sind. Indem man auf diese tritt, kompensiert man die scheinbare eigene Ohnmacht.

Die Rechtentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern ist nur scheinbar ein ostdeutsches Problem. Prekäre Arbeitsverhältnisse mit Niedriglohn und Befristungen, Betriebe ohne Betriebsrat, Arbeitsplätze mit unerträglichen Arbeitsbedingungen gibt es auch im Westen. Auch dort gibt es Frust und Wut, die sich im Wahlverhalten niederschlagen. Auch im Westen vermeldet die AfD bemerkenswerte Wahlerfolge. Dass sich das jetzt so krass bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg zeigte, liegt daran, dass die geschilderten Zustände weitaus zugespitzter sind als in den westlichen Bundesländern. Da die neoliberale AfD zur Lösung der Probleme auch rein gar nichts anzubieten hat außer Hetze und Hass, muss konstatiert werden, dass die Linke schlichtweg versagt hat. Es muss jetzt diskutiert werden, wie man sich künftig strategisch und taktisch aufstellt, um das verlorengegangene Terrain zurückzugewinnen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil das Land kurz vor einer Konjunkturkrise steht und mit der Digitalisierung der Wirtschaft auch vor einer Strukturkrise. Wenn dem von der Linken nichts entgegengesetzt wird, werden die Wahlerfolge der AfD, wie jetzt in Sachsen und Brandenburg, nicht nur auf Ostdeutschland beschränkt sein.

5. September 2019 ■



Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg
1945
Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg
September 1945, Gr. Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint
Zeitschrift Arbeiterpolitik
November 1948 bis Juli 1950, einschl. »Offene Worte an Kommunisten«
Gruppe Arbeiterpolitik 1975
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR



■ SKOLSTREJK FÖR KLIMATET – ENDE GELÄNDE – DIE KLIMAERWÄRMUNG MOBILISIERT DIE JUGEND:

Weltweite Massenproteste

Als sich die 15-jährige Schwedin Greta Thunberg am ersten Schultag nach den Ferien, den 20. August 2018, mit ihrem Schild »Skolstrejk för klimatet«, »Schulstreik für das Klima«, vor den schwedischen Reichstag setzte, ahnte sie wohl kaum, was für ein gewaltiges weltweites Echo ihre Aktion auslösen sollte. Motiviert von dem heißesten und trockensten Sommer in vielen Teilen Europas, vor dem Hintergrund der brennenden schwedischen Wälder, entschloss sie sich zu handeln.

Mit ihrer Haltung hatte sie offensichtlich den Nerv vieler junger Menschen auf der ganzen Welt getroffen. Angesichts einer sich immer deutlicher zeigenden kommenden Katastrophe sind diese Menschen empört über die Aktionen und die dahinter stehende Haltung der Mächtigen aus Politik und Wirtschaft. Sie fordern drastische Änderungen in Richtung Nachhaltigkeit und Konsumverzicht. Dies würde eine Verringerung von Produktion, Verkehr und Dienstleistungen bedeuten. Für die kapitalistische Produktionsweise, die von Wachstum und Raubbau abhängig ist wie ein Junkie von seiner Droge, sind das keine guten Nachrichten.

Mit dem Schulstreik werden Schülerinnen und Schüler zu Regelübertretungen aufgefordert: »Wir Kinder tun oft nicht das, was ihr Erwachsenen von uns verlangt. Aber wir ahmen euch nach. Und weil ihr Erwachsenen euch nicht für meine Zukunft interessiert, werde ich eure Regeln nicht beachten«, so Greta Thunberg im Tagesspiegel vom 3.12.2018.

Am erfolgreichsten dabei, politische Münze aus der Klimabewegung zu schlagen, sind bislang die Grünen. In ihren Genen tragen sie seit ihrer Entstehung Ende der 1970iger Jahre die Vorstellung, Ökologie und Kapitalismus miteinander versöhnen zu können. Doch ihre Mitgestaltung des Kapitalismus, die freundliche Haltung von Baden-Württembergs grünem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gegenüber der Autoindustrie, sprechen eine deutliche Sprache. Als Robert Habeck im September auf der »Me Convention« mit dem neuen Daimler-Chef Ola Källeni-

us über Klimaschutz, SUVs und Elektroautos diskutierte, war die Übereinstimmung so groß, dass Habeck im Scherz eine Stelle als Vertriebsleiter bei Daimler angeboten wurde. (FAZ, 12.09.2019) »Und ich mag es nicht, wenn Menschen das eine sagen und das andere machen.« (Greta Thunberg am 6.2.2019 im ZDF)

Wahrscheinlich wird ein Teil der heutigen fridays-for-future (fff)- Aktivistinnen und Aktivisten bei den Grünen landen oder befindet sich schon dort. Zumindest ein Teil der fff kommt nicht umhin, über den Zusammenhang von Kapitalismus und Klimakrise nachzudenken. Die Berge von Plastikmüll, das Artensterben, die brennenden tropischen Regenwälder zeigen den Raubbau-Charakter des Systems einer ungeheuren Zahl von Menschen täglich auf. Doch die Erhöhung des CO₂-Anteils in der Atmosphäre ist der Aspekt der allgemeinen Vermüllung des Planeten durch die kapitalistische Produktionsweise, der die schwersten Auswirkungen verursacht.

In ihrer Orientierung schon klarer als die Schülerinnen und Schüler von fff sind die KlimaschützerInnen in den Braunkohlerevieren am Hambacher Forst und die AktivistInnen der Anti-Automobilindustrie. Beispielhaft waren die Demonstration am 21. Juni dieses Jahres in Aachen und die am folgenden Tag durchgeführten Aktionen am Tagebaurand. Trotz heftiger Aufforderung der Polizei an die fff-AktivistInnen, sich von den Aktionen der Gruppe »Ende Gelände« fern zu halten und politisch zu distanzieren, wurden die Aktionen zu einem riesigen Erfolg für die Politisierung einer ganzen Generation.

Bisher können wir in Deutschland noch nichts über ein Zusammengehen einer sozialen Bewegung mit der Klimabewegung sagen, weil es soziale Bewegungen allenfalls in embryonaler Form gibt. Anders sieht es in Frankreich aus. Zwar sind beide Bewegungen dort bisher noch nicht in in-niger Liebe verbunden, die Akteure stammen soziologisch aus verschiedenen Milieus. Dennoch gab und gibt es ein Gefühl der Solidarität, ein Bewusstsein, das die gleichen



Strukturen und Personen von den immer unerträglicher werdenden sozialen und ökologischen Verhältnissen profitieren. Was heute schon auch für Deutschland gesagt werden kann: Sobald sich die Klimaerwärmung und die anderen Folgen der kapitalistische Zerstörung des Planeten ökonomisch auswirken, wird es den starken Versuch geben, die Lasten der Krise auf die lohnabhängigen Menschen abzuwälzen, während die Reichen versuchen werden, sich auf ihre Inseln und Festungen zu retten. Die ökologische Krise wird die soziale Krise befeuern.

Was bedeutet die Klimaerwärmung für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben?

In der Auseinandersetzung um den Klimaschutz steht heute bei uns die Verantwortung des Einzelnen im Vordergrund: Die CO₂-Steuer setzt beim Konsumenten an. In dem Land, dass die meiste Braunkohle (den intensivsten CO₂-Erzeuger) verstromt und dessen wichtigste Branche der Bau von Verbrennungsmotoren ist, werden die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge dabei in den Hintergrund gedrängt.

Mit der Ausbreitung der industriellen Revolution wurde verstärkt das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO₂) an die Atmosphäre abgegeben. Damit wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der die Natur als Quelle gesellschaftlichen Reichtums in Frage stellt. Heute ist die Klimaerwärmung um 1,5° Celsius mit ihren Folgen so deutlich, dass nicht mehr nur drum herum geredet werden kann, denn die Auswirkungen sind weltweit spürbar: In Deutschland u. a. vertrocknende

Wälder, ein gesunkener Heringsbestand in der Ostsee, weltweit immer neue Temperaturrekorde, Süßwassermängel, Artensterben, brennende Wälder, Gletscher schmelzen und der Meeresspiegel steigt stärker als bisher angenommen. Bei zu hoher CO₂-Konzentration in der Atmosphäre werden wir es mit unkontrollierbaren Folgen zu tun haben, die nicht mehr rückgängig zu machen sein werden.

Mitte Juni 2019 hat sich die Bundesregierung hinter das EU-Ziel, Europa bis 2050 treibhausgasneutral zu machen, gestellt. Politiker überbieten sich mit Klimaschutz-Konzepten. Sie verbreiten Blendwerk – wenn sie z.B. den Klimaschutz ins Grundgesetz aufgenommen wissen wollen – denn das ist ohne Konsequenzen. Es geht ihnen nur um Wählerstimmen. Industrielle suchen technische Schlupflöcher, um sich der Konsequenzen zu entziehen, und sich freizukaufen ist heute schon in Mode. Dies ist die letzten dreißig Jahre schließlich auch schon gutgegangen. Zwar gehört auch die Umwelt zu den wichtigsten Themen der großen Mehrheit der Bevölkerung, doch sie ist in der Masse bisher nur passiver Beobachter.

Nicht auf der Rechnung der bürgerlichen Politiker war jedoch die junge Generation. Schüler sind zum Aktivposten gegen die Klimaerwärmung geworden. Enttäuscht durch die Regierungen brechen sie eine Regel, weil sie um ihre Zukunft fürchten. Denn die Regierung hintergeht die Bevölkerung durch ihr Nichtstun, Verschleppen und Verschleiern, wenn es um den Klimaschutz geht. Durch die Schülerdemonstrationen bekommt Klimapolitik eine Aufmerksamkeit, die sie sonst nicht bekommen hätte. Auch Erwachsene schließen sich an. Die Schüler entziehen sich

Auszüge aus dem Aufruf der jungen Klimabewegung an die Welt

»Wir haben begriffen: Wenn wir nun nicht damit beginnen, für unsere Zukunft einzustehen, wird niemand anderes den Anfang machen. [...] Aber das ist keine Aufgabe für eine einzelne Generation. [...] Während der Französischen Revolution sind Mütter in Scharen für ihre Kinder auf die Straße gegangen. Heute kämpfen wir Kinder alleine für uns

selbst, während so viele unserer Eltern damit beschäftigt sind zu diskutieren, ob unserer Noten gut sind, [...] Emissionen rapide sinken, damit wir in unseren Mitt- und Spätzwanzigern in einer vollkommen anderen Welt leben. [...] Es ist Zeit für uns alle, massenhaft Widerstand zu leisten.«

(SZ, 24.5.19)

der politischen Umarmung der Parteien. Ihre konsequente Haltung, die sich über das Internet schnell über die Städte Deutschlands und über mehr als hundert Länder der Erde verbreitet hat, steckt an. Verbindung haben die Ortsgruppen untereinander über das Internet. Der Protest der Jugend ist moralisch. Doch seit ihrem Sommerkongress in Dortmund muss die fff ernst genommen werden. Im Gegensatz zur Bundesregierung hat sie herausgestellt, dass für sie nicht das Machbare, sondern das Notwendige zählt. Und das muss hier im Lande getan werden, anstatt sich hinter dem globalen Maßstab zu verstecken. Vielen Aktiven ist klar, dass eine notwendige Schlagkraft nicht alleine im privaten Umfeld erreicht werden kann. Um eine wirksame Kraft zu werden, müssen die Ursachen der Klimaerwärmung erkannt und die Lohnabhängigen dafür gewonnen werden, sie zu beseitigen.

Was gehört zu den Ursachen der Klimaerwärmung?

Seit 30 Jahren wird die Klimaerwärmung problematisiert. Als es bei Umweltfragen um die Entwicklung von Technik und ihren Verkauf ging, war die BRD an der Spitze – doch die Umsetzung, ihr Einsatz hier bei uns gegen den Treibhauseffekt, ist bestimmt durch Hinauszögerungen. Dabei kann der Astronaut Alexander Gerst davon berichten, dass Auswirkungen der Klimaerwärmung auf der Erde selbst aus dem Weltall zu sehen sind.

Bei Ackerbau und Viehzucht entstehen schädliche Treibhausgase. Bei der Massenviehhaltung entsteht alleine durch das Rindvieh eine erhebliche Menge an Methan. Durch Überdüngung der Äcker mit stickstoffhaltigem Kunstdünger wird ebenfalls eine erhebliche Menge Lachgas frei gesetzt. Des Weiteren wird viel Energie benötigt, um die Haltung, das Schlachten und den Transport dieser Massen zu gewährleisten. Und profitabel ist dieser Wirtschaftszweig besonders durch den Export der Produkte.

Müll wird verbrannt: Mehr als die Hälfte des getrennt gesammelten Plastikmülls wird nicht wiederverwertet, sondern verbrannt zu CO₂ – auch exportiert nach Südasien und Afrika und dort unter offenem Himmel verbrannt. Denn dort kann es als Mischmüll nicht wiederverwertet werden.

Eine weitere Ursache ist der Verkehr. Flugzeuge, immer größere Containerschiffe und Massenvergnügungskreuzer mit Schweröl-Antrieben und Autos erzeugen massenhaft CO₂. Bedingt durch den hohen Anteil von Autos am Gesamtverkehr, verursacht der Autoverkehr 60 % der Verkehrsemissionen. Durch die Just-in-Time-Produktion wird das Lager der Fabriken auf die Autobahnen verlegt: länderübergreifende Transporte von Einzelteilen, die zusammengesetzt werden müssen. Mit dem Fernverkehr von Konsumwaren, die in fast jeder Region produziert werden (können), wird der Konkurrenzkampf auf der Autobahn ausgetragen. Die Autobahnen wurden deshalb ausgebaut, der Bahnverkehr bewusst durch den Verkehrsminister vernachlässigt. Doch die Profitproduktion (nicht nur) der Automobilfirmen steht dieser Lösung im Wege: Selbst jetzt, wo die Staus auf den Autobahnen überhand nehmen und die Maut gescheitert ist, soll das Problem durch ihren weiteren Ausbau gelöst werden. Das bedeutet weitere Versiegelung von Natur und lässt die Klimaprobleme weiter wachsen, denn mehr und ausgebaute Straßen ziehen mehr Verkehr an. Die Lösung des Problems Treibhauseffekt wird weiter verschleppt. Zwar wurden Autos im Verbrauch sparsamer, doch gleichzeitig wurden sie größer und ihre Zahl wuchs.

Im Stadtverkehr haben sich ähnliche Szenarien entwickelt. Im Konkurrenzkampf der Geschäfte sind am Stadtrand liegende Einkaufszentren übrig geblieben, die fast nur noch mit dem PKW zu erreichen sind. Am Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wurde und wird gespart.

Noch immer steigt im Verkehrssektor der Ausstoß von CO₂. In Deutschland, dem Autoland, wird im Gegensatz zu unseren Nachbarländern der Schienenverkehr nicht genügend verstärkt. Seit dem Versuch, die Bundesbahn zu privatisieren, ist im Schienensektor massiv gespart worden. Und das heute noch. Heute bietet der Stand der Technik mit künstlicher Intelligenz, 5G-Vernetzung und einem leistungsfähigen Schienennetz eine Lösung über den Bahnverkehr an. Verursacht der Schwerlastverkehr auf der Straße auch hohe Kosten durch die Abnutzung der Straßen, die Profitproduktion der Automobilhersteller hat Vorrang. Zwar werden heute hohe Summen in das veraltete Schienennetz investiert, doch es wird nicht erweitert. Auch der Luftverkehr hat bisher Vorrang vor dem Schienenverkehr. Er wird durch niedrigere Steuern bevorzugt.

Wie soll das CO₂-Abgasproblem gelöst werden? Mit Biosprit konnte der CO₂-Ausstoß im Verkehr nicht gesenkt werden. Durch E-Autos? Die Rohstoffe – wie Kobalt und Lithium – die für die Akkumulatoren gebraucht werden, holen in Afrika Kinder aus der Erde – verbote- ne gesundheitsgefährdende Kinderarbeit, die gerne in Kauf genommen wird; in Südamerika leiden die von der Landwirtschaft lebenden Einwohner durch die Lithiumgewinnung. Und wohin mit den Akkumulatoren? Bisher sind verschiedenste Produktionsabfälle als Müll in afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern gelandet, wo sie z. T. nachts heimlich offen verbrannt werden. »Für die enormen Batteriemengen der Mobilitätswende gibt





Klimastreik in Wellington, Neuseeland

es noch gar kein Recycling-System. Die Hälfte aller in den Verkehr gebrachten Geräteakkumulatoren verschwindet spurlos. Das zeigt eine neue Studie des Öko-Instituts für die EU-Kommission. Statt aussortiert und wiederverwertet zu werden, landeten 2015 allein 35 000 Tonnen an tragbaren Batterien europaweit im Hausmüll.» (SZ, 29.11.18)

Ungelöst ist die Frage: Woher soll der Strom für die Akkus kommen? Alle heutigen Kraftfahrzeuge durch E-Autos zu ersetzen, ist kein wirkungsvoller Beitrag zur Verringerung der Treibhausgase.

In der Industrie entsteht rund ein Fünftel der CO₂ – Emissionen Deutschlands; allein die Eisen- und Stahlindustrie steht für gut 6%. Kohlenmeiler und Hüttenbetriebe, Chemie- und Zementfabriken entlassen jährlich Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. Bei den Hüttenbetrieben entsteht überflüssiger Energieverbrauch besonders durch die Stahlproduktion für Waffen- und Kriegsschiffe für den Export und für einen Individualverkehr etc., der in die Sackgasse führt.

Alternativen und technische Teillösungen

Als profitabel erkannt worden und damit Ziel und Praxis in der Chemieindustrie ist inzwischen das Nutzen des industriellen Abgases CO₂. Produziert werden elastische Textilfasern, in denen CO₂ zu einem kleinen Anteil festverbunden ist: Textilien aller Art wie z. B. elastische Bänder, sowie Möbel und Matratzen (Elastan, Cardyon). Damit wird ein kleiner Teil des industriellen Abgases nicht in die Atmosphäre abgegeben, das Problem Treibhausgase aber nicht gelöst.

Erneuerbarer Strom für die Erzeugung von Wärme und für den Verkehr wird gebraucht und immer mehr Unternehmen, wie z.B. Daimler, wollen klimaneutral produzieren. Durch eine umweltfreundliche, aber teure Wasserstofftechnologie kann überschüssige Energie die durch Wind- und

Solarenergie gewonnen wurde, leichter gespeichert und transportiert werden. Doch die Profitproduktion mit Windenergie stößt an Grenzen. Zum einen gibt es in der Bevölkerung Widerstand gegen die Verkleinerung der Abstandsgrenzen, gegen Lärmbelästigung oder Schattenwurf; zum Anderen stehen Natur- und Artenschutz gegen eine unkontrollierte Verbreitung von Windrädern (On-/ Offshore Windpark). Nicht nur seltene Vögel, wie Störche, Greife oder Eulen, sondern auch Fledermäuse sind durch tödliche Schläge großer Rotoren bedroht. Aufgrund der Klagen in Deutschland ist die Produktion von Windrädern seit 2018 stark gesunken. Viele Arbeitsplätze sind verloren gegangen. In der Branche kriselt es.

Von den erneuerbaren Energien bevorzugen die Energiekonzerne den Windstrom; denn hiermit wird die höhere Profitrate erzielt: Höher als mit Photovoltaik- und Biogasanlagen. Die Sonnenenergie würde den Strompreis senken, denn sie produziert in der Hauptverbrauchszeit – am Mittag – den meisten Strom. Biogasanlagen können die Schwankungen von Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen ausgleichen. Sie wurden deshalb von der EU finanziell gefördert. Das hatte zur Folge, dass auf vielen Brachflächen – Rückzugsorte für Vögel und andere Tiere – Energiepflanzen wie Mais und Raps angebaut wurden. In Afrika wurden mit diesem Anbau durch Konzerne Nahrungsflächen für die Bevölkerung verdrängt. Das Wachsen der Profite macht's möglich. Hier bei uns wie auch in Afrika führten diese Widersprüche zu Protesten: Gegen den Hunger in Afrika und gegen das Artensterben in Mitteleuropa. Die negativen Folgen der profitorientierten Produktion erneuerbarer Energien zeigen die Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Wirtschaft an. Energieerzeuger zögern Umstellungen hinaus. Steigt auch der Anteil erneuerbarer Energien – jetzt wieder von der Regierung gestützt – Braunkohlenkraftwerke produzieren Strom wie gehabt – nun für Profite durch den Export.

Zu den Folgen für die lohnabhängige Bevölkerung

Alle sind betroffen von extremen Hitze- und Trockenperioden. Die Böden in den Gärten trocknen aus, die Bäume in den Städten haben kaum Wasser: Die Luftqualität verschlechtert sich hier. Dadurch, dass der Grundwasserspiegel sinkt, sind Trinkwasservorräte für die Städte gefährdet. In den Braunkohlegebieten, besonders in der Lausitz, hat die Bevölkerung Angst um ihre Zukunft. Dort haben sie in der Geschichte bereits mehrfach erlebt, dass es bei einem Strukturumbruch keinen Ersatz gibt. Das war, als die Textilindustrie verschwand und als die Glasindustrie ging. Schließlich trieb es nach der Wende 300.000 Menschen fort. Heute fragen die Kumpel in der Lausitz: Gibt es für den Verlust unseres Arbeitsplatzes einen angemessenen Ersatz? Bis 2038 sollen Tausende Arbeitsplätze wegfallen. Zwar sollen von der Bundesregierung Milliarden Euro kommen, doch die große Frage bleibt: Wie soll die Abkehr von der Kohle als ein Ausstieg mit wirklicher Jobperspektive gelingen? Wie sollen also junge Menschen der Region unter diesen Bedingungen eine Zukunft haben?

Im ganzen Bundesgebiet macht die Einführung des E-Autos bisherige Arbeiten bei der Autoproduktion – wie z.B. den Verbrennungsmotor – überflüssig, d. h. Arbeitsplätze fallen weg; zusätzlich zum Personalabbau durch die Digitalisierung, auch bei Zulieferern.

Bei den Auflagen für CO₂-Abgase in der Industrie zieht der Unternehmer gerne die Belegschaft mit dem Argument auf seine Seite, es gehe um Arbeitsplätze. Und die Belegschaften lassen sich benutzen. Einen anderen Weg zu gehen, bedeutet Politisierung, die (noch nicht vorhandene) Voraussetzungen braucht. Arbeit für alle ist eine politische Aufgabe, die letztlich alle Lohnabhängigen betrifft.

Kollegen weisen immer wieder darauf hin, dass hier bei uns ja nur ein kleiner Teil des CO₂ in die Luft geblasen wird. Sie vergessen dabei, dass Unternehmen der Industriestaaten, also auch Deutschland, in den Entwicklungsländern emissionsstark, also mit CO₂ starkem Ausstoß profitabel produzieren lassen.

Weltweite Folgen:

Viel stärker bedroht von den Folgen des Klimawandels als die Industrieländer, die in den gemäßigten Zonen der Erde liegen, sind viele Entwicklungsländer in Südasiens, Afrika und Mittel- und Südamerika. Während die Gletscher auf der Erde schmelzen und die Permafrostböden tauen, werden immer noch Urwälder für die Profitproduktion der Agrarindustriellen abgebrannt bzw. abgeholzt, in Brasilien gegenwärtig in großem Umfang. Doch der Tropenwald verträgt keine großflächigen Abholzungen. Nicht nur, dass Menschen ihren Lebensraum verlieren; weniger Bäume entnehmen der Atmosphäre weniger CO₂. Dabei sind die Bäume ein unersetzlicher Faktor zum Ausgleich für unvermeidliches Produzieren von Treibhausgasen. Deshalb haben Anfang August Umweltaktivisten aus mehreren europäischen Ländern im Braker Hafen (Weser) gegen die Entladung von Soja protestiert. In der deutschen Massentierhaltung wird Soja überwiegend als Futter verwendet. Diese Urwaldflächen und Savannen fehlen für die Bindung von Kohlenstoffdioxid. Von der kürzlich beschlossenen Freihandelszone zwischen der EU und dem südamerikanischen Wirtschaftsbund Mercosur profitieren vor allem die Sojabarone und die Rinderzüchter, die zur Ausweitung ihren Wirtschaftsflächen den Wald abbrennen und roden

lassen. 80% der Entwaldung stehen in Brasilien in Zusammenhang mit der Viehwirtschaft. 2018 führte Brasilien Tierhäute im Werte von 1,4 Milliarden US-Dollar aus. Unter dem Druck wachsender Proteste in Europa wie in Brasilien gegen die Feuerlegung und die Brände in den Selvas setzt die brasilianische Regierung inzwischen das Militär ein. Denn die Agrarindustriellen fürchten nun um ihren Export nach Europa. Der schwedische Konzern H&M kauft in Brasilien kein Rindsleder mehr ein. Doch immer neue Brände werden im Urwald am Amazonas entfacht.

In vielen Regionen der Erde werden fruchtbare Weiden in Wüsten verwandelt, Ernten sind auch nicht mehr sicher. Besonders in Afrika wandern Bevölkerungsströme, weil die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört werden. In vielen Bereichen Afrikas ist das Wetter nicht mehr berechenbar, Ernten vertrocknen. Für eine wachsende Bevölkerung ist die Ernährung nicht mehr gesichert, denn gleichzeitig nutzen Konzerne der Industriestaaten Flächen armer afrikanischer und auch asiatischer Länder für den Konsum im Norden: Im Süden verhungern Menschen. Importierte Nahrungsmittel aus den Industriestaaten – nicht nur von Nestlé – verschärfen die Probleme. In Südasiens gibt es durch den Klimawandel Extremwetter, das kaum auszuhalten ist. Zusammen mit der Luftverschmutzung erkranken immer mehr Menschen.

Und die politischen Konsequenzen ?

Weltweit demonstrierten am 20.09.19 Millionen, nicht nur junge Menschen, und übten damit Druck auf eine Regierungspolitik aus, die den wachsenden Klimaproblemen nicht wirklich etwas entgegensetzt. Lokale Gewerkschaftsgliederungen, Umwelt- und Naturschutzverbände unterstützten in Deutschland die Demonstrationen, die GEW sah in ihnen einen außerschulischen Lernort. Auffällig war, dass viele Gewerkschaften den Protest nicht unterstützten. Weshalb, sagte Jörg Hofmann, Vorsitzender der IGM, in einem Interview der SZ vom 05.10.19 »Wer, wenn nicht die deutsche Industrie könnte den Beweis antreten, dass Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung keine Gegensätze sind? ... Politik und Unternehmen können dafür sorgen, dass die Beschäftigten Veränderungen mit Hoffnung und nicht mit Angst verbinden.« Das Regierungsprogramm bringt nicht die notwendige Reduzierung von Kohlenstoffdioxid. Dieses »Klimaschutzpäckchen« der Berliner Regierung soll niemandem weh tun und die Profitproduktion schützen, das geht aber nur zu Lasten der Lohnabhängigen Bevölkerung. Selbst das Bundesumweltamt bezweifelt die Wirksamkeit des Klimaprogramms der Regierung. Das Politikversagen dieses Tages sei gigantisch, erklärten die fff. Damit war der 20.09.19 der Einstieg in eine politische Entwicklung, die die Massen der Menschen ergreift; denn die Klimaprobleme wachsen weiter und erhöhen ständig ihren Druck. Im Kampf gegen die bürgerliche Klimapolitik wachsen der Individualisierung und dem Egoismus in der Gesellschaft ein neuer Zusammenhalt und ein Miteinander von Menschen entgegen. Auf der Abschlusskundgebung auf dem Bremer Marktplatz sagte Karen Wiltshire, führender Kopf der Scientists-for-Future Bewegung: »Wir haben das Wissen um die Technologie um an der CO₂-Schraube zu drehen.« Die weiteren konkreten Klimaerfahrungen und die Wirkungslosigkeit der Regierungspolitik werden die Klimabewegung weiter wachsen lassen.

Wie wenig die Regierung an eine Verkehrswende denkt, zeigt auch die unterschiedliche Unterstützung der For-

schung an den Universitäten: 1,2 Millionen Euro gehen in die Förderung von Fahrradprojekten, während Milliarden in die Autoforschung fließen. Wird auch verbreitet von Verzicht gesprochen, um einen Verzicht auf wachsende Profite geht es nicht. Alle erkennen die Gefahr und meinen, es müsste etwas geschehen. Doch sobald es an die Konsequenzen geht, also um schmerzhaft Einschnitte für die Aktionäre, werden die Lobbyisten der Stahl-, Öl-, Kohle- und Autoindustrie in den politischen Gremien vorstellig. Dann wird der Unterschied zwischen Wort und Tat deutlich.

In der Jugend wächst die Ungeduld und ist nach den Vorschlägen des Klimakabinetts auf einem Höhepunkt. Wie kann der Druck auf die Regierenden erhöht werden? Dazu

muss die Zielsetzung Klimaschutz auch an die aktiven kritischen Gewerkschafter herangetragen und mit ihnen diskutiert werden. Vor fast 30 Jahren hat der Kapitalismus der industriell hoch entwickelten Staaten beim Scheitern des Versuchs, im Bauernland Russland den Sozialismus aufzubauen, triumphiert. Heute stehen außer dem Klimawandel auch Umweltzerstörung, Digitalisierung der Wirtschaft und wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft als Herausforderungen vor uns. Es zeigt sich, dass die Profitwirtschaft das entscheidende Hemmnis ist, den Klimawandel aufzuhalten und die anderen Hemmnisse zu überwinden.

Oktober 2019 ■



Über 200.000 Teilnehmer sammelten sich am 20. September in Berlin ...

■ KORRESPONDENZEN: »GLOBALER KLIMASTREIK« AM 20. SEPTEMBER

Der Klima-Protest in Paderborn

Zu den Protesten waren 600 Teilnehmer erwartet worden, es kamen dann 1700, aus dem Kreis der Organisatoren war sogar von 2700 die Rede. Gegenüber den 30 Teilnehmern an der ersten Kundgebung im Februar diesen Jahres kann auch für Paderborn eine sehr deutliche Ausweitung festgehalten werden. Damit war sie sicherlich nicht die größte Protestveranstaltung der letzten Jahrzehnte, erreichte aber durchaus die Größenordnung von Veranstaltungen der Friedensbewegung oder derjenigen aus dem Antifa-Spektrum.

Auffällig gegenüber den bisherigen FfF-Veranstaltungen war die stärkere Beteiligung Erwachsener – insbesondere fielen auch die Älteren auf -, »Eltern« und »Omas« haben inzwischen ihre eigenen Vorbereitungsgruppen installiert. Die mittlere Altersgruppe blieb wohl wegen der Arbeitsverpflichtungen nur gering repräsentiert. Die ganz überwiegende Mehrzahl wurde von Kindern/Jugendlichen gestellt, unter denen (wie seit Beginn der Aktionen) die Mädchen mit sicherlich mehr als 60% dominierten. Die Schülerinnen

kamen fast ausschließlich aus den Gymnasien, Haupt-, Real- oder Berufsschüler blieben die Ausnahme ebenso wie Studenten.

Die Eltern der Mitglieder des Organisationskomitees kommen durchgängig von den Grünen bzw Umweltgruppen, die Grünen hielten sich als Partei jedoch offensichtlich bewusst im Hintergrund. Die Organisation der bisherigen Protestveranstaltungen lag wechselnd jeweils in den Händen eines Gymnasiums. Zudem beteiligten sich an jeder neuen Demonstration 10% erstmalig.

Dass da nichts von außen gesteuert wurde, zeigte sich an den Protestplakaten. Während bei anderen Demonstrationen professionell aufgemachte dominieren, sind es hier handgemalte, auf Pappe, damit sie leichter recyclebar sind. Bei den Parolen gab es im Laufe der Protestwelle eine merklige Veränderung. Denn zu Anfang waren die Slogans ganz überwiegend auf Englisch formuliert, inzwischen sind das nur noch ein Drittel. Wenn dann aber die Hauptparole wiederum auf Englisch geschrieben war, weist das auf eine zumindest kulturelle Klassendistanz hin.



... mehr als 100.000 waren es in Hamburg

Die Specherinnen kamen von der Linksjugend, den Falken und den Grünen, zudem durfte die Gründerin eines Unverpackt-Ladens ihr Beispiel für aktuelle Veränderungsmaßnahmen präsentieren. Der Kapitalismus wurde durchgängig für viele Umweltprobleme verantwortlich gemacht und ein anderes Wirtschaftssystem gefordert. Gleichzeitig blieben die konkretisierten Maßnahmenkataloge ganz überwiegend auf individuelle Veränderungen orientiert.

Das Ausmaß der prinzipiellen Kompromissbereitschaft zeigte sich eine Woche später bei einem Termin des Organisationsteams mit dem CDU-Bürgermeister, einem Hobby-Imker. Von den Planungen der Stadt wie Ausbau von Radwegen und des ÖPNV oder der Festlegung der Stadt (mit Eigenbetrieben und Gesellschaften) auf CO₂-Neutralität bis 2035 waren die Schüler beeindruckt. Sie selbst organisierten Müll-Räumaktionen im Stadtgebiet und entsprechen damit sicherlich einer verbreiteten Grundausrichtung vieler Bürger.

Bezeichnend ist auch das Verhalten der Polizei. Mit dem Orga-Team besteht ein unproblematischer Arbeitskontakt. Die Polizei korrigierte die Teilnehmerzahlen keineswegs nach unten, sondern stützte die Zahlenangaben im oberen Bereich. Auf Seiten der Schüler führte das zu bewusstem Ordnungs-Verhalten: Keine Sticker auf Privatautos oder Müll wegräumen, andererseits aber auch zu Demo-Pausen vor dem Rathaus oder auf Kreuzungen.

Von den Schulleitungen gab es keinen relevanten Druck, denen wurde allerdings mit Veranstaltungsterminen ab 13 oder 14 Uhr entgegengekommen, so dass Drohungen und Disziplinarmaßnahmen bisher unterbleiben konnten. Als Alternativ-Unterricht, Schulausflug oder Exkursion deklariert, gaben die Schüleraktionen, die obendrein von vielen Lehrern wohlwollend begleitet wurden, dazu auch keinen Anlass. Etwas anders die Situation an den Schulen im Umland, da die unvermeidliche Fahrzeit weiteren Stundenausfall bedeutet hätte. Die Interventionen der Schulleitungen hatten dann kleinere lokale Demonstrationen zu Folge.

Auf Konfrontationskurs ging eindeutig die Mehrzahl der CDUler, insbesondere aus dem Handwerksbereich, ähn-

liches gilt für FDP-Mitglieder. Unterschiede zur AFD sind da nur im Tonfall auszumachen, deren Anhängerschaft verteuflte die Schüler in Leserbriefen regelrecht. Anscheinend finden solche Positionen bei Beschäftigten und Hartz IV-Beziehern durchaus Unterstützung.

Die hiesigen Gewerkschaften ließen zwar ihre prinzipielle Sympathie erkennen, hielten sich ansonsten weitgehend zurück. Zum Mitmachen aufgerufen hatte nur ver.di, allerdings mit der wenig überraschenden Ausschließung eines politischen Streiks und der Vorgabe: Teilnahme nur als Privatperson und in der Freizeit. Das Ergebnis war entsprechend, wäre aber wohl auch z.Z. kaum anders vorstellbar. Einige Freiberufler (Ärzte oder Rechtsanwälte) haben ihre Praxen dichtgemacht, in Bielefeld allerdings hielten die Kinderärzte lediglich einen Notdienst aufrecht. Die Schüler haben die Gewerkschaften für diese Vorgehensweise bislang nicht kritisiert.

Mitglieder von »Aufstehen« und Attac nehmen natürlich auch an den Demonstrationen teil, bleiben auf die Anzahl gesehen aber sehr überschaubar.

Die Proteste werden sicherlich noch eine Weile anhalten, denn wenn selbst in den Ferien Aktionen organisierbar waren, dürfte eine schnelle Aufgabe nicht zur Debatte stehen. Die weitere Entwicklung vor dem Hintergrund sehr moderater Klimabeschlüsse auf Bundesebene bei gleichzeitig heftigem Widerstand der Arbeitgeberseite und der gewerkschaftlichen Fixierung auf den Dreiklang Soziales-Ökonomie-Ökologie wird durch genau diese Rahmenpositionen und die Auseinandersetzung mit ihnen vorgegeben werden.

Kapitalismuskritischer Ansatz in Darmstadt

Am 20.9.2019 fanden weltweit Demonstrationen für Klimaschutz statt. Aufgerufen dazu hatten Aktive aus der mittlerweile international vernetzten Bewegung »Fridays for Future«. Bekannt geworden ist sie einerseits durch die schwedische Schülerin Greta Thunberg, andererseits durch immer wiederkehrende Schulstreiks am Freitag mit

zum Teil überraschend großem Zulauf. Da einige der SprecherInnen auf Bundesebene Mitglied der Grünen Jugend sind, steht die Bewegung bei vielen Linken im Verdacht, grüne Inhalte zu transportieren. Interessant sind deshalb Entwicklungen, die es im Vorfeld der Demonstration vom 20.9. in Darmstadt gab.

Schon frühzeitig bildete sich ein Bündnis, in dem sich die SchülerInnen von Fridays for Future, andere von Jugendlichen geprägte Umweltinitiativen und Leute aus dem linken Spektrum zusammenschlossen. Ein Anliegen war es, die Proteste gegen die Klimapolitik zu verknüpfen mit anderen Bewegungen und Themen. Zu diesem Zweck wurden drei Demonstrationzüge mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten angemeldet, die sich dann zu einer gemeinsamen Abschlusskundgebung mit anschließendem Fest vereinigen sollten.

Ein Demonstrationzug hatte das Motto »Sozialer und Ökologischer Wandel«, forderte »Klimagerechtigkeit«, kritisierte Freihandelsabkommen wie CETA oder Mercosur und formulierte eine Kapitalismuskritik, die allerdings mit den Alternativen »systems-change« und »climate justice« sehr schwammig blieb.

Der zweite Demonstrationzug sollte die Verbindung mit feministischen und antirassistischen Initiativen (Klimazerstörungen als Hauptfluchtgründe) herstellen.

Schließlich gab es noch einen Zug unter dem Motto »Demokratie für Alle«, in dem kritisiert wurde, dass die »wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen« die Forderungen der Klimabewegung ignorieren.

Diese Orientierung ging manchen Gruppen zu weit, die es wichtig fanden, die »bürgerliche Mitte« mit einzubeziehen: traditionelle Naturschutzverbände oder ökologisch ausgerichtete Unternehmen. Sie wollten den Demonstrationaufruf ausschließlich auf das Thema Klimaschutz beschränken, was aber vom Bündnis abgelehnt wurde. »Parents for Future« und der DGB beteiligten sich daraufhin nicht am Bündnis und auch bei »Fridays for Future« gab es heftige Diskussionen über den Aufruf. Aus dem gewerkschaftlichen Spektrum schloss sich lediglich ver.di dem Bündnis an.

DGB und andere Einzelgewerkschaften (außer IG BCE) riefen dennoch zur Demonstration auf, verbreiteten jedoch

eigene Aufrufe, meistens abgeschrieben von den Aufrufen ihrer Zentralen und ganz klar sozialpartnerschaftlich ausgerichtet. Auch Organisationen wie der BUND, Nabu, Kirchengemeinden und die GRÜNEN forderten ihre Anhänger auf, an der Demonstration teilzunehmen. Sie orientierten alle zum Demonstrationzug »Demokratie für Alle«, der ihnen als der unpolitischste galt. Mit etwa 6.000 Personen war er auch der mit Abstand stärkste Zug. Die anderen hatten 1.500 bis 2.000 TeilnehmerInnen. Kämpferische und kapitalismuskritische Reden und Transparente prägten das Erscheinungsbild der Demonstrationen. Mit insgesamt etwa 10.000 Menschen war es die mit Abstand größte Demonstration in Darmstadt seit vielen Jahren, wenn nicht sogar nach 1945.

Den GRÜNEN wurde wegen ihrer inkonsequenten Klimapolitik ein Infostand auf dem Fest verweigert. Intern wurde an dieser Regelung wohl heftige Kritik geäußert und auch gegenüber Einzelnen aus dem Bündnis beklagten sich führende Grüne. Nach außen wurde aber keine Kritik am Bündnis geäußert. So konnten sie sich weiter als Bestandteil der großen Demonstration präsentieren. Und den meisten DemonstrantInnen blieben die Differenzen zwischen dem Bündnis und grün-bürgerlichen Positionen wahrscheinlich sowieso verborgen. Kapitalismuskritische Positionen waren zwar sehr präsent, drückten aber keineswegs das Bewusstsein der Masse aus. Das zeigt auch das Ergebnis einer Umfrage von Soziologiestudenten der TU Darmstadt. Sie konnten 450 Fragebögen auswerten, in denen auch die »Sonntagsfrage« gestellt wurde. Demnach würden 62 der Teilnehmenden die Grünen wählen.

Angesichts der hohen und unerwarteten Zahl von Teilnehmenden nicht nur in Darmstadt herrscht bei einem Teil der AktivistInnen geradezu Euphorie. Sie sehen in der Bewegung die Möglichkeit, den herrschenden Konsens in Frage zu stellen und fordern weitergehende Schritte: Sie erhoffen sich noch mehr TeilnehmerInnen und fordern Steigerung der Aktionen zivilen Ungehorsams.

Dass die Bewegung organisatorisch auf schwachen Füßen steht und die kapitalismuskritischen Inhalte in der Bewegung nicht verankert sind, wird nicht geleugnet. Aktionismus scheint bei den meisten AktivistInnen aber die vorrangige Perspektive zu sein



Darmstadt am 20. August 2019



■ KORRESPONDENZ: RÜCKBLICK AUF EINE BEISPIELHAFTE AUSEINANDERSETZUNG IN BERLIN

Die letzte Betriebsversammlung im Wombat's Hostel

Am 31. August 2019 erschien im »Tagesspiegel« ein Artikel unter dem Titel »**Unternehmen gegen Betriebsräte. Mitbestimmung? Dann schließen wir eben.**« Weiter heißt es dort: »In Berlin schließt ein Hostel, weil die Mitarbeiter zu sehr auf Mitbestimmung pochten. Dieser Konflikt ist kein Einzelfall. [...] Eigentlich sollte alles besser werden. Keine Doppelschichten mehr, kein Durcharbeiten ohne Pause. Keine Anrufe im Urlaub, die den Urlaub prompt beenden. Zermürbt von all diesen Umständen erkämpften die Mitarbeiter von Wombat's den allerersten Betriebsrat in einem deutschen Hostel. Vier Jahre ist das her. Jetzt verliert dort jeder seinen Job. [...] Das Hostel sei zwar wirtschaftlich erfolgreich. Aufgrund der schlechten Presse und der ‚offenen Feindschaft innerhalb und außerhalb‘ des Hostels hätten sich die Wombat's-Gründer entschieden, das Haus zu schließen.«

Um noch einmal ein Zeichen zu setzen und um ihre Forderungen zu bekräftigen, hatten Betriebsrat, betroffene Kolleg*innen und Unterstützer*innen für den letzten offiziellen Arbeitstag zu einer Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Als Sammelpunkt war der Charité-Standort in Berlin-Mitte ausgewählt worden. An der größten Universitätsklinik Europas kämpfen die ausgelagerten Beschäftigten der CFM (Charité Facility Management) seit 13 Jahren für die Wiedereingliederung in die Charité, einem zu 100% dem Land Berlin gehörenden Klinik-Konzern. Aus den Reihen der CFM-Belegschaft hatten die Beschäftigten des Wombat's in ihrem Kampf Unterstützung und Solidarität erhalten. Die Abschlusskundgebung fand dann direkt vor dem Hostel statt. Wie zu solchen Anlässen gewohnt, wurde es durch die Polizei mit Absperrgittern vor ungebeten Gästen und einer befürchteten Besetzung geschützt. Nach der offiziellen Beendigung der Kundgebung zogen die Einsatzkräfte der Polizei ab; die Bewachung des Gebäudes übernahm eine private Sicherheitsfirma.

Menschenleer blieb das Hostel an diesem Abend allerdings nicht. Der Betriebsrat hatte für 19.30 Uhr noch zu einer letzten Betriebsversammlung eingeladen, bei der bekanntlich der Betriebsrat das Hausrecht ausübt. Im Foyer des Hostels trafen sich Beschäftigte und die von ihrer Interessenvertretung zahlreich geladenen Referenten und Gäste. Es wurde keine der üblichen Betriebsversammlungen. Sie diente dem Rückblick auf einen beispielhaften gewerkschaftlichen und politischen Kampf der kleinen Belegschaft und wurde zu einem Treffen von Aktivist*innen,

die sich in den letzten Jahren und Monaten zusammengefunden hatten. Sie nutzten die Gelegenheit für eine gewerkschaftspolitische Debatte, in der es um Schlussfolgerungen und Perspektiven aus den gesammelten Erfahrungen ging.

Internationale gewerkschaftliche Solidarität

Einem kurzen und letzten Rechenschaftsbericht des Betriebsrates, um den Formalitäten zu genügen, folgten zwei kurze Video-Clips. Streikende Hotelangestellte aus Marseille und Putzfrauen aus Spanien übermittelten unter großem Beifall der Versammelten ihre Solidaritätsbotschaften. Es folgte der Dank des Betriebsrates an alle Unterstützer*innen ihres langjährigen Kampfes um eine Belegschaftsvertretung und um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung.

Der BR-Vorsitzende Raphael Kamps lobte in diesem Zusammenhang auch die Rolle der NGG und ihres zuständigen Sekretärs Sebastian Riesner. Ohne sein unermüdeliches Engagement zur Wahl einer betrieblichen Interessenvertretung, insbesondere aber während der langwierigen Tarifverhandlungen, hätten sie die Auseinandersetzung nicht so erfolgreich führen können. Kollege Riesner gab in seiner Antwort den Dank an die Mitglieder des Betriebsrates zurück. Er berichtete von seinen Zweifeln, ob denn die Interessenvertreter*innen die bevorstehenden Konflikte über einen so langen Zeitraum würden durchhalten können. Die Zweifel, aber auch die Anerkennung stiegen, nachdem die Beschäftigten des Wombat's die Aufnahme von Tarifverhandlungen forderten, sich dafür in der Gewerkschaft NGG organisierten und in den Arbeitskampf traten. Wird das nicht – wie so häufig – mit einer betrieblichen Abmachung enden, wo zwar Tarifvertrag drauf steht, aber nur der gesetzliche Mindestlohn drin steckt? Diese Zweifel bewahrheiteten sich nicht. Die Belegschaft konnte mit ihren Streiks die Anerkennung des NGG-Flächentarifvertrages durchsetzen.

Kollektive Verpflegung, gemeinsame Erfahrungen

Mit großem Jubel wurden vier Kolleg*innen empfangen, die für das leibliche Wohl der Versammelten sorgten. Sie lieferten sehr schmackhafte Pizzen. Bis vor kurzem waren sie »freiberuflich« tätig für den Auslieferer Deliveroo. Das Unternehmen hat seinen Sitz in London und ist in 13 eu-

ropäischen Ländern aktiv. Ende August stellte Deliveroo seine Tätigkeit in Deutschland ein. Die vier Kolleg*innen aus Berlin haben mit dem Aufbau eines Kollektivs »koly-ma2« begonnen, um so weiterhin ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Essenspause wurde genutzt, um sich über die Arbeitsbedingungen bei Lieferdiensten und die Gründung des Kollektivs zu informieren, zielt doch auch die Forderung der Wombat's-Belegschaft in die gleiche Richtung, die Weiterführung des Hostels in Eigenregie der Belegschaft.

Fortgesetzt wurde die Betriebsversammlung mit einem Beitrag des Betriebsratsvorsitzenden des Botanischen Gartens, Lukas Schmolzi, der sich von der Kreativität und Standfestigkeit des Betriebsrates bei Wombat's beeindruckt zeigte. In jahrelangen Auseinandersetzungen sei es der Belegschaft des Botanischen Gartens gelungen, ihre Ausgliederung aus der Freien Universität rückgängig zu machen. Sie haben ihre Erfahrungen festgehalten und in einem kleinen Buch veröffentlicht: »Der Aufstand der Töchter«. Schon die Ankündigung der Veröffentlichung führte bei der Geschäftsleitung zu Unruhe. Für die beteiligten Kolleg*innen hätte die Mitarbeit an dem Buch eine wichtige Funktion gehabt; sie haben die Dokumentation ihres Arbeitskampfes selbst übernommen und die Berichterstattung nicht allein den üblichen Medien und den bezahlten Journalist*innen überlassen. Das stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein sondern trägt dazu bei, Streik- und Kampferfahrungen zu bewahren und in den Gewerkschaften zu diskutieren. Er hoffe, dass auch der Kampf bei Wombat's von den Beteiligten dokumentiert werde, so der Appell non Lucas an die Versammelten.

Widerständig: Eine Reihe im VSA-Verlag

Im Anschluss an den Betriebsrat des Botanischen Gartens ergriff der Anwalt für Arbeitsrecht, Benedikt Hopmann, das Wort. Er ist der Initiator und Herausgeber der kleinen Buchreihe »Widerständig«, die seit 2010 im VSA-Verlag erscheint. Er wies auf die Defizite in den Gewerkschaften hin.

Arbeitskampferfahrungen würden nur selten und unzureichend reflektiert, um daraus politische Schlussfolgerungen für zukünftiges gewerkschaftliches Handeln zu ziehen. Stattdessen bestimme das sozialpartnerschaftliche Aushandeln von Vereinbarungen und Tarifverträgen sowie die immer stärkere Anpassung an die vom Kapital gesetzten Rahmenbedingungen das Wirken von allzu vielen Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten. Dem wolle er mit der Buchreihe entgegentreten. Ziel sei es die Kolleg*innen, die unter schwierigen Bedingungen die Kraft zum Widerstand aufbrachten, selbst sprechen zu lassen. Ihre Berichte und Interviews sind nicht nur spannend zu lesen; sie sollen auch anderen Beschäftigten Mut machen. Deshalb auch die Begrenzung der Seitenzahlen in dieser Buchreihe; so soll sie vor allem für den betrieblichen gewerkschaftlichen Alltag brauchbar sein.

Initiative »Arbeitsunrecht in Deutschland«

Von der Initiative hatte die Belegschaft in den letzten Monaten tatkräftige Unterstützung erhalten. Elmar Wigand stellte deren Ziele und Aktivitäten dar. Zwei oder drei Mal im Jahr gibt es einen Freitag den 13. Zu diesem Anlass stellt die Initiative besonders skrupellos handelnde Unternehmen an den Pranger, begleitet von entsprechenden öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Am Freitag, den 13. September 2019, traf es den größten Schlachtbetrieb Deutschlands, die Tönnies Holding ApS & Co.KG. (siehe auch <https://aktion-arbeitsunrecht.de/freitag13-toennies>).

Durch ihre Aktivitäten ist die Initiative konfrontiert mit Rechtsanwälten, die rabiat Unternehmensinteressen verteidigen, wie die Medienkanzlei Schertz Bergmann, die versuchen eine kritische Berichterstattung zu verhindern. Andere haben sich auf das Union Busting spezialisiert. Zu ihnen gehört die Kanzlei Buse Heberer Fromm, mit dessen Arbeitsrechtler Tobias Grambow sich auch der Betriebsrat des Wombat's auseinandersetzen musste.



Auf der letzten Betriebsversammlung: Benedikt Hopmann stellt die Buchreihe »Widerständig« vor.

»Gemeinsam gegen Outsourcing, Befristungen und Union Busting!«

Ein Flugblatt mit dieser Überschrift hatten die Kolleg*innen während ihrer Demonstration zum Hostel an Passanten und Interessierte verteilt. Auf der Betriebsversammlung machte die Belegschaft nochmals deutlich: Sie konnte die Schließung nicht verhindern, aber sie bleibt gewerkschaftlich und politisch aktiv. So strebt der Betriebsrat weiterhin an, das Hostel in Eigenregie zu übernehmen und fordert ein Vorkaufsrecht für die Beschäftigten, wenn Eigentümer ihr Unternehmen schließen oder die Produktion einstellen. Die Aktivist*innen aus der Belegschaft werden ihre Forderungen auch in kommenden Auseinandersetzungen

einbringen und von ihren Erfahrungen berichten – damit zukünftige Arbeitskämpfe erfolgreicher geführt werden können. »Wir wollen unsere Kämpfe zusammen führen und zeigen, dass wir mit der Wombat's-Schließung noch langen nicht am Ende sind,« schrieben die Kolleg*innen in ihrem Flugblatt. Die gewerkschaftspolitischen Beiträge auf der Betriebsversammlung unterstrichen dieses Anliegen. Wenn auch nur als symbolischer Akt – die Betriebsversammlung dauerte bis nach Mitternacht. Gegen 0.30 Uhr wurden die Teilnehmer*innen des Hauses verwiesen, denn zu Punkt 24.00 Uhr hatte das Wombat's-Unternehmen in Berlin seine Tätigkeit eingestellt, um eine gewerkschaftlich organisierte Belegschaft und ihren Betriebsrat los zu werden.

A/B, Oktober 2019 ■

Die Reihe WIDERSTÄNDIG

Im Mittelpunkt soll das konkrete Beispiel widerständigen Handelns im Betrieb stehen. Es geht vor allem um das gemeinsame, gewerkschaftlich orientierte widerständige Handeln, aber auch um das widerständige Handeln Einzelner. Die Reihe WIDERSTÄNDIG entsteht in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Immer sollen die Handelnden und Betroffenen selbst zu Wort kommen. Das Beispiel soll Andere zum widerständigen Handeln ermutigen.

Zum besseren Verständnis sollen ökonomische, juristische und historische Erläuterungen gegeben werden. Ökonomie als Kritik an den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen. Geschichte als Geschichte der abhängig Beschäftigten. Recht als Widerstandsrecht. Jedes Buch der Reihe soll auch für Seminare und Bildungsarbeit verwendbar sein. Die Lehren aus der Geschichte sollen nicht vergessen werden. Deshalb wird die Reihe WIDERSTÄNDIG zusammen mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) herausgegeben. Jedes Buch enthält ein Vorwort des VVN-BdA.

Der Faschismus löste die Gewerkschaften auf und beseitigte alle kollektiven Rechte, die sich Gewerkschaften erkämpft haben. Das Tarifrecht, das Betriebsrätegesetz – alles wurde mit einem Federstrich zunichtegemacht. Eine »Deutsche Arbeitsfront« mit den Unternehmern als »Betriebsführer« und den Beschäftigten als »Gefolgschaft« wurde etabliert. »Nie wieder Faschismus« heißt dagegen Stärkung der Gewerkschaften und Ausbau der Rechte der abhängig Beschäftigten. Widerständiges Handeln im Betrieb ist in diesem Sinne immer auch antifaschistisches Handeln. »Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern brauchen.« (Bertolt Brecht)

Die Überlebenden des Konzentrationslager Buchenwald schworen 1945: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und Freiheit ist unser Ziel.« Wir haben die historische Funktion des großen Kapitals als Wegbereiter des deutschen Faschismus nicht vergessen. Wir haben das Ziel nicht aufgegeben, einem Wiederaufleben des Faschismus diese ökonomische Grundlage zu entziehen. Die Bücher der Reihe WIDERSTÄNDIG und das Handeln, das in diesen Büchern beschrieben wird, sind ein Beitrag im Kampf um dieses Ziel.

Die erschienenen Bändchen der Reihe WIDERSTÄNDIG

herausgegeben von Dr. Ulrich Schneider und Benedikt Hopmann

Brigitte Heinisch/Benedikt Hopmann
Altenpflegerin schlägt Alarm
Über das Recht, Missstände anzuzeigen.

Barbara Emme/Benedikt Hopmann/Reinhold Niemerg
»Emmely« und die Folgen
Über kleine »Siege« dank großer Solidarität: Der Fall »Emmely« machte bundesweit Schlagzeilen: Barbara Emme – genannt »Emmely« – wurde wegen der Einlösung von zwei Flaschenpfandbons im Wert von 130 Cent fristlos gekündigt. Emmely gewann und sorgte für eine höchst richterliche Wende in der Rechtsprechung zu Bagatellkündigungen.

Karl Kamp/Klaus Schröder/Benedikt Hopmann
»Wir sind keine Schnäppchen«
Auch Beschäftigte in sozialen Diensten brauchen Tarifverträge. Der Kampf von Beschäftigten der »Lebenshilfe« in Berlin um ein besseres Gehalt, gewerkschaftliche Interessenvertretung und einen Tarifvertrag war auch ein Kampf um ihre Anerkennung.

Anton Kobel (Hrsg.)
»Wir sind stolz auf unsere Kraft«
Der lange und phantasievolle Kampf um die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel

Gerhard Kupfer (Hrsg.)
Streik und Menschenwürde
Der Kampf Bremer Mercedes-Arbeiter gegen Werkverträge und Leiharbeit

Jana Seppelt, Reinhold Niemerg u.a.
Der Aufstand der Töchter
Botanischer Garten Berlin: Gemeinsam staatlich organisierte prekäre Beschäftigung überwinden.



Interview mit dem BR-Vorsitzenden Raphael Kamps

Erläutere uns doch bitte kurz die Eigentumsverhältnisse und die Aktivitäten der Wombat's-Hostels in europäischen Städten.

Wombat's Hostels gibt es mittlerweile in einer ganzen Reihe europäischer Städte: London, Budapest, München, Wien, Venedig – und bis vor kurzem eben auch noch in Berlin. Es handelt sich dabei jeweils um eigenständige GmbHs, die einer Holding-Gesellschaft mit Sitz in Wien zugeordnet sind. Inhaber und Geschäftsführer der einzelnen Hostels – wie auch der Holding selbst – sind meines Wissens nach noch immer Sascha Dimitriewicz und Marcus Praschinger. Allerdings bedienen sich die Beiden wohl zu Steuervermeidungszwecken einem verworrenen Geflecht von Unternehmens-Neugründungen. So lassen sich in den einschlägigen Handelsregistern Spuren von Unternehmen mit so sprechenden Namen wie Wombats Solutions GmbH, Thymus S.E., Wombats Partners S.A. etc. finden, die allesamt Geschäftsbeziehungen mit wombat's Hostels unterhielten und halten. Wenn man die Unternehmenssitze recherchiert, sind das nicht selten irgendwelche Briefkästen in Luxemburg. Bei diesen Firmen tauchen dann auch noch andere Namen in der Geschäftsführung auf, wie beispielsweise Edward Nicholson oder Paul Le Marquand. Über deren anderweitige Aktivitäten geben unter anderem die Panama Papers Aufschluss. Ich kann mir gut vorstellen, dass es sich lohnen würde, hier mal ein bisschen genauer hinzuschauen.

Wie war die Atmosphäre zwischen GL und Belegschaft, welche Arbeitsbedingungen führten zur Wahl eines BR in Berlin?

Die Geschäftsleitung tritt in den einzelnen Betrieben kaum in Erscheinung. Es gibt eine örtliche Hausleitung, die Ansprechpartner für Belange der Belegschaft ist, aber über so gut wie keine Entscheidungskompetenzen verfügt. Man gibt sich betont kumpelhaft, streicht, wann immer es hilft, heraus, dass man ebenfalls abhängig beschäftigt sei und nur Anordnungen aus Wien umzusetzen habe. So könne man zwar an den schlechten Löhnen nichts ändern, fühlt

sich aber zugleich auch nicht daran gehindert, Arbeiten über die vertraglich geregelten Tätigkeit und den zeitlichen Umfang hinaus als Gefälligkeiten einzufordern.

Diese Form organisierter Unverantwortlichkeit gepaart mit irgendeiner diffusen Firmenphilosophie findet sich so heutzutage in nicht wenigen kleinen und mittleren Unternehmen. Ein Großteil der Beschäftigten des wombat's hatte da keine Lust mehr drauf, wünschte klare und transparente Verhältnisse, sowie eine Gleichbehandlung aller, unabhängig vom persönlichen Verhältnis zu den Vorgesetzten. Dafür ist ein Betriebsrat sicher das richtige Instrument.

Konnte durch den BR Verbesserungen für die Kolleg*innen durchgesetzt werden und wenn ja, welche?

Den größten Zugewinn sehe ich darin, dass sich die Beschäftigten mit ihrer Rolle im Betrieb und ihren Rechten auseinandersetzten. Dass der Betriebsrat zu einer Schnittstelle der einzelnen Abteilungen wurde, über die man Informationen sammelte, sich über Arbeitsbedingungen austauschte und eigene Erfahrungen mit denen von Kolleg*innen abglich.

Betriebsversammlungen wurden zu Treffpunkten, wo man kollektiv entschied, welche Probleme anzugehen sind, und diskutierte, was das Instrument Betriebsrat zu deren Beseitigung beitragen kann – das hat dazu geführt, dass wir unter anderem Vereinbarungen zum Bau eines Pausenraums und zum Schutz von Beschäftigtendaten abgeschlossen haben, dass Kolleg*innen nur mehr mit monatlich zu erteilender Erlaubnis in ihrer Freizeit zwecks Übernahme zusätzlicher Schichten kontaktiert werden durften, und dass Wünsche zur zeitlichen Lage einzelner Arbeitsschichten verbindlich bei der Dienstplanerstellung zu berücksichtigen waren. Auch haben wir durch den Aufbau eines verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz einen Hebel gefunden, die Personaldecke in der Nacht zu verdichten.

Hat die GL versucht die Wahl zu beeinflussen oder zu verhindern, welchen Angriffen sah sich der BR ausgesetzt? Kannst du uns die markantesten Vorfälle nennen?

Bei der ersten Wahl 2015 versuchte man, die Beschäftigten durch Androhung unbestimmter Konsequenzen und Diffamierung der Mitglieder des Wahlvorstands einzuschüchtern. Im Wahljahr 2018 ist unser Arbeitgeber dann mit einer eigenen Liste, vornehmlich aus Abteilungsleitern bestehend, angetreten. Es wurde das Gerücht gestreut, dass bei einer Mehrheit für die oppositionelle Liste der bereits ausverhandelte Tarifvertrag endlich unterschrieben werden würde – da wir uns zu diesem Zeitpunkt seit einem dreiviertel Jahr im Arbeitskampf befanden und unser Arbeitgeber seine Unterschrift hinauszögerte, eine durchaus attraktive Aussicht. Um sein Interesse zu unterstreichen, hat unser Arbeitgeber auch noch eine Wahlparty für seine Kandidaten finanziert, Werbung inklusive.

Mehrheitlich erkannte man die Wahlkampagne unseres Arbeitgebers aber als das, was sie war: ein erneuter Ausdruck der Geringschätzung der Beschäftigten. Um so dringlicher wollten die Kolleg*innen den Tarifvertrag daraufhin mit gewerkschaftlichen Mitteln erstreiten.

Auch die Wahlparty lief nach Verkündung der Ergebnisse letztendlich ein wenig anders ab, als sich unser Arbeitgeber das vorgestellt hatte.

Wie habt ihr es geschafft, die Mehrheit der Belegschaft in der NGG zu organisieren und zur Durchsetzung eines Tarifvertrages zu mobilisieren?

Die Menschen haben sich selbst organisiert. Man empfand die ungleichen Löhne für identische Arbeit als ungerecht. Kolleg*innen sind an den Betriebsrat herangetreten, ob wir nicht für Lohngerechtigkeit sorgen könnten; stattdessen haben wir dann aber die Möglichkeit diskutiert, mit der Gewerkschaft NGG bessere Löhne für alle zu erstreiten. Die Idee hat sich verselbstständigt. Gründe, sich den Gewerkschaftsaktivisten anzuschließen, reichten dabei von finanziellen Vorteilen, Solidarität mit den Kolleg*innen, politischen Idealen hin zu einer rein ästhetischen Motivation; man fand es einfach schön, mit den Kolleg*innen zusammen vorm Haus zu stehen.

Wie verlief der Arbeitskampf und wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Funktionären der NGG?

Wir haben größtenteils auf Warnstreiks gesetzt, bis zu drei an einem Tag. Insbesondere an Wochenenden, wenn die Hausleitung nicht vor Ort war, oder frühmorgens, wenn Reisegruppen abreisen wollten. Die Rezeption hat Ausweisdokumente der Gäste als Schlüsselpfand verwahrt; durch zeitlich abgestimmte Streiks an der Rezeption konnten wir mit minimalem Aufwand großen Druck ausüben.

Die NGG hat uns nach Kräften unterstützt. Dass unsere Gewerkschaft einen derart energie- und ressourcenzehrenden Kampf in einem kleinen Betrieb wie unserem aufnahm, find ich toll. Schließlich sind wir nicht nur zahlenmäßig wenig Beschäftigte gewesen, wir haben auch alle in Teilzeit für sehr geringe Löhne gearbeitet. Vielleicht zeigt sich hier der Vorteil kleinerer Gewerkschaften oder wir hatten einfach irres Glück mit unserem Gewerkschaftssekretär Sebastian Riesner.

Welche Unterstützung aus anderen gewerkschaftlichen und politischen Bereichen habt ihr erhalten?

Es waren hauptamtliche Gewerkschafter der NGG, ver.di und GEW bei unseren Protesten – es sind auch immer wieder Vertreter der Linkspartei aufgetaucht. Schön wäre es gewesen, wenn unsere Aufrufe von politischen Parteien

und branchenfremden Gewerkschaften noch breiter gestreut worden wären.

Die größte solidarische Unterstützung haben wir von anderen organisierten Belegschaften erfahren. Insbesondere bei den Protesten gegen die Ausgliederung der Reinigung, die unser Arbeitgeber als Antwort auf unsere Forderung nach Tariflohn beschlossen hat. Die Relevanz dieses Themas, die Zerschlagung gewachsener Belegschaften als Union Busting Strategie und der notwendige Widerstand dagegen, scheint mir an der Basis wesentlich präsenter zu sein. Beschäftigte vom Botanischen Garten sind gleich nach der Ankündigung des Gesellschafterbeschlusses zu einer unserer Betriebsversammlungen gekommen, um den Kolleg*innen Mut zu machen, sich zu wehren.

Die Proteste gegen Ausgliederung und Betriebsabwicklung hat dann wesentlich die Aktion gegen Arbeitsunrecht mit organisiert. Ohne deren Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit wäre das Thema niemals so groß geworden. Es braucht meiner Meinung nach mehr Recherche bezüglich Union Busting-Strategien und der dahinter stehenden Akteure. Der Aufruf an eine starke Zivilgesellschaft, dass sie genauer hinsieht, was sich heutzutage in den Betrieben abspielt, halte ich ebenfalls für enorm wichtig; insbesondere dort, wo Maßnahmen nicht bestreikt werden können. Das werden die Branchengewerkschaften alleine nicht hinbekommen.

Die Erfahrungen von Kolleg*innen aus anderen Branchen, z.B. von der CFM, mit den Berliner Parteien der Senatskoalition sind oft negativ. Gemachte Zusicherungen werden, wenn überhaupt, nur unter dem Druck der Betroffenen eingelöst. Habt ihr Unterstützung aus der SPD, Linkspartei und den Grünen erhalten? Gab es offizielle Stellungnahmen des Senats?

Für die Beschäftigten der CFM ist der Senat genaugenommen Arbeitgeber; da liegt es auf der Hand, dass sie sich mit ihren Forderungen dorthin wenden. Wir haben erst angefangen Politiker zu kontaktieren, als die Geschäftsleitung uns mitteilte, dass man beabsichtigt, den Betrieb stillzulegen. Und das nicht etwa, weil das Unternehmen in eine wirtschaftliche Schieflage geraten war, sondern allein »weil man auf diese Art und Weise nicht weiter machen [wollte]«. Wo Menschen existentiell bedroht werden, weil sie ihre Grundrechte in Anspruch nehmen, da sehe ich die Politik in der Verantwortung einzuschreiten. Linkspartei und SPD haben uns zwar zu Gesprächen eingeladen; eine rechte Idee, wie man unsere Arbeitsplätze retten kann, hatte aber niemand. Sollten sich Sascha Dimitriewicz und Marcus Praschinger doch nochmal entscheiden, ein Hostel in Berlin zu eröffnen, kann ich mir aber vorstellen, dass sich einzelne Politiker*innen nochmal einmischten.

Nun ist die Geschichte des wombat's aber ja leider bei weitem kein Einzelfall. Landauf, landab lassen sich vergleichbare Ereignisse beobachten. Deshalb halte ich die Verabschiedung eines Vorkaufsrechts für Belegschaften bei Betriebsstilllegungen, angelehnt an das italienische »Legge Marcora« für eine wichtige Maßnahme zur Stärkung gewerkschaftlich organisierter Belegschaften.

Wir stehen, was dieses Thema anbelangt, weiterhin mit der Politik in Kontakt. Außerdem organisieren wir mit der Aktion gegen Arbeitsunrecht eine Konferenz hierzu im nächsten Jahres in Berlin.



»Personal und Patienten in Gefahr«, Plakat der streikenden Beschäftigten in den Notaufnahmestationen der Krankenhäuser

■ KORRESPONDENZ: STREIKS IN KRANKENHÄUSERN, WUT IM BILDUNGSBEREICH UND BEI DER FEUERWEHR, SPONTANE ARBEITSNIEDERLEGUNGEN BEI DER FRANZÖSISCHEN BAHN:

Die Lage in Frankreich bleibt explosiv

Ein Zug entgleist

Am Mittwoch, den 16. November, stieß ein Regionalzug TER auf einem Bahnübergang in Saint-Pierre-sur-Vence im Departement Ardennen nahe der belgischen Grenze mit einem LKW zusammen. Der Zug entgleiste und die Verbindung zur Leitstelle war unterbrochen. Der Zugführer musste, den Vorschriften gemäß, mit einer Signallampe 1.500 Meter am Bahndamm entlang laufen, um einen Folgeunfall zu verhindern, obwohl er Quetschungen am Bein hatte. Es war kein Zugbegleiter an Bord, so dass sich niemand um die 70 Fahrgäste kümmern konnte, von denen 11 ebenfalls verletzt waren, darunter schwangere Frauen, die unter Schock standen. Der Vorfall wurde unter den Beschäftigten der SNCF bekannt und zwei Tage später nahmen etliche Zugführer ihr »droit de retrait«, ein im Code du Travail verbrieftes Recht in Anspruch: Das Recht, die Arbeit zu verweigern, wenn Personal oder Fahrgästen eine schwere und unmittelbare Gefahr droht. War keine Zugbegleitung an Bord, weigerten sich die Lokführer, die Arbeit aufzunehmen. Diese in der Geschichte der SNCF bisher einmalige Aktion führte zu erheblichen Zugausfällen am ersten Wochenende der französischen Herbstferien. Nach Angaben der Regierung fuhren in Frankreich nur 25% der Regionalzüge. Der Verkehr im Großraum Paris war ebenfalls beeinträchtigt, ebenso einige TGV.¹ In den Regionen Okzitanien und Provence-Alpes-Côte d'Azur fuhr kein einziger TER. Die Regierung behauptete, es handele sich um einen wilden Streik und übte Druck auf die Direktion der SNCF aus, um jeden einzelnen Zugführer arbeitsrechtlich zu belangen. Dazu wird es nicht kommen.

Während die Arbeitsverweigerung der Zugführer abebbte, kam es am Montag, dem 21. Oktober, zu einer weiteren spontanen Arbeitsniederlegung: Im Wartungszentrum für die TGV der Atlantik-Linien (Bretagne, Westen und Südwesten) in Châtillon im Departement Hauts-de-Seine nahe Paris. Von 700 Beschäftigten des »technicentre

SNCF« streikten 200, was zum Ausfall von 70% der TGVs auf den Atlantik-Linien führte. Auslöser war die Ankündigung der Direktion, 12 Ruhetage zu streichen. Schon am Mittwoch nahm die Direktion die angekündigten Maßnahmen zurück. Der Streik drohte sich dennoch auf andere Wartungszentren auszuweiten. Gefordert wird der Verzicht auf Sanktionen gegen die Streikenden, die Bezahlung der Streiktage, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ein Ende mit der unaufhörlichen Ausdehnung der Arbeitszeit, mit den mangelhaften Arbeitsmitteln. »Wir schämen uns, mit anzusehen, wie die SNCF für Fragen der Flexibilität und Rentabilität mit der Sicherheit und dem Komfort der Fahrgäste spielt« schrieben die Streikenden im Betrieb in Châtillon.²

Explosive Mischung

Die explosive Stimmung bei den Beschäftigten der SNCF ist auch der Direktion nicht verborgen geblieben. Der 1. Januar 2020, der das Ende des Statuts für die dann neu Eingestellten bringt, die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und die Öffnung für die Konkurrenz, macht allen Angst, so Bruno Poncet, Sprecher von Sud-Rail.³ Neben der allgemeinen Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen in Frankreich, etwa durch die Verschärfung der Arbeitslosenunterstützung sehen sich die Beschäftigten kampfstarker Betriebe wie der Électricité de France (edf), des Pariser Nahverkehr, der RATP, oder der SNCF einem verschärften Angriff auf ihre spezifischen Rentenregelungen ausgesetzt.

Wie in allen unter »Reorganisation« leidenden Unternehmen gibt es auch bei der SNCF einen hektischen Rhythmus des Wechsels von Aufgaben, Arbeitsorganisation und

2 Martine Orange in Mediapart, 31.10.2019. Um die SNCF-Reform fürs Personal schmackhafter erscheinen zu lassen, waren Karrierechancen durch größere Mobilität versprochen worden. Jetzt entdecken die Beschäftigten, „dass die SNCF in fünf Aktiengesellschaften umgewandelt wird und dass sie nicht von da weg können, wo sie angegliedert sind.“

3 so Bruno Poncet, Sprecher von Sud-rail

1 Éric Béziat in Le Monde, 18.10.2019

Tod einer Vorschuldirektorin

Am 21. September 2019 hat sich Christine Renon, Direktorin einer école maternelle (Vorschule) an ihrem Arbeitsplatz in Patin in Seine-Saint-Denis umgebracht. Die 58-jährige, die am Montagmorgen, vor dem Einlass der Kinder, erhängt in der großen Halle dieser Vorschule gefunden wurde, schrieb: „Heute, Samstag, bin ich in einem Zustand grauenvoller Müdigkeit erwacht, erschöpft nach nur drei Wochen seit dem Ende der Sommerferien.“

In der Sendung „être et savoir“, „Sein und Wissen“, am folgenden Sonntag wurde der Soziologe Vincent de Gauléjac, Experte für Leiden und Unwohlsein durch Arbeit, interviewt: „Dieses Drama illustriert das Leiden, das viele Beschäftigte öffentlicher Institutionen erleben, sei es in der Erziehung, im Krankenhaus, bei der Polizei, bei der Sozialarbeit. [...] Man tötet sich in all diesen Einrichtungen, die man ‚modernisiert‘: France Télécom, die SNCF, die RATP usw. [...]“

In ihrem Brief spricht Christine Renon von diesen kleinen Nichtigkeiten, die 200% ihrer Zeit fressen. Ich habe das ebenfalls an der Universität festgestellt. Man hat den Eindruck, dass man mehr und mehr Zeit damit verbringen muss, um Bedingungen zu schaffen, um besser arbeiten zu können. Viele Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes haben das Gefühl, dass dies alles zu nichts führt: Zielvereinbarungen erfüllen, Dossiers ausfüllen, Prozeduren anwenden, Standards gehorchen usw. Dieser

Managementansatz ist total instrumentalisiert und vereinnahmt eine Wahnsinnszeit. Am Beginn meiner Karriere als Wissenschaftler bestand meine Arbeit aus Lehre und Forschung. Am Ende meiner Karriere verbringe ich 80% meiner Zeit damit, mich um Management zu kümmern, an Stelle der Aufgaben meiner Einrichtung. Diese Gefühl wird einmütig von allen Beschäftigten geteilt, die mit diesen Reformen konfrontiert sind, sei es in den Krankenhäusern, der Bildung, der Universität. All das hat das Ergebnis, den Beschäftigten das Gefühl zu geben, dass der größte Teil ihrer Zeit nicht für die Erfüllung der Aufgaben ihrer Einrichtungen dient, sondern nur die Verwaltungsmaschine und die Leitungsanforderungen füttert.“

Paradoxiertweise, so Gauléjac, wird von den Beschäftigten „bienveillance“ verlangt, also Wohlwollen, Gefälligkeit und Achtsamkeit gegenüber den ihnen Anvertrauten. Weil aber die objektiven zeitlichen und personellen Mittel dafür fehlen, haben die Beschäftigten das Gefühl, verrückt zu werden, dieses Gefühl macht sie krank. Die Verfasser der neuen Vorgaben hätten den Kontakt zur realen Arbeit komplett verloren: „Der Brief von Christine Renon ist großartig, weil sie sich bei allen bedankt, die essentiell für die Einrichtung sind: Die Eltern, die Schüler, die Lehrer. Sie drückt in dem Brief ihre Liebe zu ihrem Beruf aus, und die Tatsache, dass sie sich ‚komplett erledigt‘ fühlt, weil sie ihn nicht mehr ordentlich ausfüllen kann.“

-zuweisung. Seit der Reform von 2018 agiert die Direktion brutal, ohne Absprachen oder Erklärungen mit den Gewerkschaften oder den Gebietskörperschaften: Schließung von Bahnhöfen und Streichung von Strecken oder Direktverbindungen wie Paris-Lille, die von einem Tag auf den anderen gestrichen wurde, Wegfall sämtlicher Schalter im Großraum Paris und Ersatz durch eine Internet-Seite, kein Personal am Bahnsteig bei der Abfahrt der Züge oder eben die Streichung der Zugbegleiter.

Es war offenbar Teil des Deals zwischen Regierung und SNCF, dass die Übernahme von 35 Milliarden Euro Schulden der SNCF mit einem positiven Cash-Flow ab 2024 bezahlt werden soll. Wir erinnern uns an die Vorbereitungen für den Börsengang bei der Deutschen Bahn, die im Dezember 1993 von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde, und die Auswirkungen bis heute: Ein Unternehmen am Rand des Kollapses. Der angeblichen Rentabilität wurden bei der SNCF in weniger als 20 Jahren 65.000 von 220.000 Beschäftigten geopfert, seit 2008 mehr als 2.000, Jahr für Jahr. Um in 2024 Gewinne zu erzielen, reicht all das nicht aus. Von der Basis werden drastische Einsparungen gefordert, die sich die Spitze des Unternehmens natürlich nicht auferlegt. Wer erinnert sich noch an Bahn-Chef Mehdorns Gehalt für das Jahr 2006?⁴

Angst, Depressionen, Suizid: Die schöne neue Welt der Arbeit

Alle Gesprächspartner bei der SNCF nannten als Referenz die Ereignisse bei der France Télécom während der Umstrukturierung unter Thierry Breton von 2002 bis 2005, so

Martine Orange.⁵ Bei der Brutalisierung und Privatisierung kam es zu einer Selbstmordwelle, die bis heute ein juristisches Nachspiel hat. Thierry Breton ist genau jener Mann, den Macron wegen seiner Tatkraft gerade als EU-Kommissar vorgeschlagen hat. Im letzten Jahr wurden unter den SNCF-Beschäftigten 50 Selbstmorde gezählt.⁶ Die Kolleg*innen erzählen von Sinnverlust, vom Verschwinden ihrer Welt, in der Regeln strikt eingehalten wurden, die heute als Nebensächlichkeiten gelten. »Die Pünktlichkeit der Züge war der kategorische Imperativ, heute ist sie nur noch relativ. Der Service für die Fahrgäste, die Versorgung der Fläche: weggefegt im Namen der Konkurrenz. Viele wissen nicht mehr, wofür sie arbeiten.« Die Ingenieure der SNCF beispielsweise waren früher die Kapazitäten für alle Belange der Bahn in Frankreich. Heute werden die Studien an »private Experten« ausgelagert. Die Ingenieure der SNCF dürfen nur noch externe Studien kontrollieren, die schlechter gemacht und teurer sind als das, was sie selber können. Als Dreingabe für den Sinnverlust ihrer Arbeit werden die Beschäftigten noch vom Neusprech der Direktion genervt, Worte die ihre Stupidität und Armut hinter einer modern wirkenden Fassade verbergen: »vernetzt«, »Mobilität«, »Internet«, »Anschlüsse«.

Bérenger Cernon, Generalsekretär der CGT am Bahnhof Gare de Lyon in Paris, erzählt, dass er Kollegen beobachtet, die versuchen den Mangel dadurch auszugleichen, dass sie manchmal zwei oder drei Aufgaben übernehmen, damit der Betrieb läuft, und die schließlich zusammenbrechen. »Und dafür werden wir als privilegierte Nichtsteuer beschimpft«, empört er sich.⁷ Tatsächlich läuft seit der Ankündigung der

4 3,18 Millionen Euro, so der Spiegel am 28.03.2007. Das macht bei 46 Arbeitswochen und 40 Stunden pro Woche einen **Stundenlohn von 1.728,26 Euro**. In diesen Dingen gilt es, genau zu sein.

5 Mediapart, 31.10.2019

6 Zu den Selbstmorden bei der SNCF siehe die Studie von Mathilde Goanec.

7 Mediapart, 31.10.2019



Arbeitskampf der Eisenbahner



Feuerwehrleute in Wut, 15. Oktober 2019, Platz der Republik, Paris

»Reform« der SNCF eine Medienkampagne gegen die »Cheminots«, die Bahnerinnen und Bahner in Frankreich, um sie der Öffentlichkeit als »Wohlhabende« oder »Nichtstuer« zu diffamieren. Regierung und Mainstream-Medien brauchen Sündenböcke um Neid auf die Errungenschaften der Beschäftigten zu wecken, die ihnen nicht geschenkt wurden, sondern hart erkämpft werden mussten. Selbst nach dem Unfall in Saint-Pierre-sur-Vencein wurde dem verletzten Zugführer von Guillaume Pepy, bis Ende diesen Jahres Präsident der SNCF, nicht gedankt. Stattdessen wurde mit Sanktionen gedroht. Die Wut über all diese Beleidigungen bricht sich manchmal in gemeinsamen und solidarischen Aktionen Bahn.

Die Demütigung der Gewerkschaften

Der französische Historiker Stéphane Sirot erinnert daran, dass Ronald Reagan die Bewegung der Fluglotsen brechen musste, Margaret Thatcher den Streik der Bergarbeiter, um der Bevölkerung zu zeigen, dass der neoliberale Umbau der Gesellschaft unausweichlich sei. Macrons Gesellenstück war die öffentliche Demütigung der Cheminots und ihrer Gewerkschaften.⁸ Aber das makroökonomische Umfeld ist 2019 ein anderes als das Ende der 1970iger – Anfang der 1980iger Jahre. Der damals initiierte Boom des deregulierten Finanzkapitals konnte die Verwerfungen im Vereinigten Königreich und den USA eine Weile überblenden. Nach der Krise von 2008 funktioniert das nicht mehr. Auch das hochgelobte Modell Deutschland mit seiner Exportlastigkeit beginnt an Glanz zu verlieren. Die Tristesse eines neoliberalen Frankreichs à la Macron ist nur mit Mühe zu überschwemmen.

Die Demütigung und Schwächung der Gewerkschaften, auch der sozialpartnerschaftlichen, am DGB orientierten, wie der CFDT, ist klar beabsichtigt. Nach der Annahme der SNCF-»Reform« wurde die Zahl der Delegierten der örtlichen Gewerkschaftsgliederungen stark reduziert, die Direktion weigerte sich zu verhandeln, weder vor, noch während oder nach einem Streik, so Laurent Brun, Generalsekretär der CGT-Cheminots. Diese Demütigung scheint eine unbeabsichtigte Spätwirkung zu entfalten. Um das Bündnis mit CFDT-cheminots und UNSA-ferroviaire nicht zu gefährden, hatte die Führung der CGT-cheminots vor dem April 2018 darauf verzichtet, zu einem unbefristeten Streik aufzurufen, so wie die kleine, aber entschlosseneren SUD-rail das getan hatte. Stattdessen bestand die Taktik des

Gewerkschaftsbündnisses aus einem Perlenkettenstreik mit je zwei Streiktagen, gefolgt von drei Arbeitstagen. Die mögliche Dynamik von Streikversammlungen war damit von vornherein gebrochen, die Gegenseite und die Fahrgäste konnten den Streik unterlaufen. Trotz erheblicher finanzieller Opfer der Streikenden, sie bekamen in dem drei Monate dauernden Arbeitskampf nur wenig Streikgeld von den Gewerkschaften und konnten auch die Bezahlung der Streiktage durch die SNCF nicht durchsetzen, lief die Kampagne ins Leere.

Die Probleme nach dem Streik beschreibt Roger Dillenseger, ehemals Generalsekretär und heute Berater der UNSA in Fragen der Bahn: »Die Lohnabhängigen wissen, dass sie auf die Gewerkschaften nicht mehr zählen können. In diesem Zusammenhang muss man zukünftig wilde Streiks befürchten.« Und Bérenger Cernon⁹ bemerkt: »Früher war es nur für das rollende Personal und die Kontrolleure notwendig die Aufrechterhaltung des Services zu garantieren. Aber diese Verpflichtung wurden praktisch auf das gesamte Personal ausgedehnt. Das erlaubt der Direktion sich zu organisieren, die Bewegung unsichtbar werden zu lassen und ihre Wirkung zu begrenzen. Also gehen die Lohnabhängigen in einen wilden Streik und nehmen lieber Sanktionen in Kauf, als bei einem Streik mitzumachen, der zu nichts führt.«

Ab dem November 2018, vier Monate nach der Niederlage der Bahner, zeigte eine andere soziale Bewegung, wie Erfolge erzielt und die Mächtigen zu Zugeständnissen gezwungen werden können. Stéphane Sirot nennt als Faktoren des Erfolgs der Gelben Westen die Mobilisierung, die unabhängig von jeder Organisation stattfand, die lange Dauer der Bewegung und ihre Fähigkeit den Entscheidungsträgern Furcht einzuflößen: »Das bedeutet nicht, dass systematisch Gewalt angewendet werden muss, aber es ist zwingend, Bedingungen für Aktionen zu finden, die den üblichen Rahmen sprengen.«¹⁰ Das erste Mal seit 2006 waren Präsident und Regierung im Dezember 2018 gezwungen, vor einer sozialen Massenbewegung zurückzuweichen. Macron kündigte an, 17 Milliarden Euro zu mobilisieren, um die Massenkaufkraft zu fördern. Weil weiter privatisiert wird¹¹ und die antisozialen Reformen nur zeitlich verschoben und nicht gestoppt werden, kann Geld allein die soziale Wut nicht löschen.

⁹ Generalsekretär der CGT am Gare de Lyon in Paris. Mediapart, 31.10.2019

¹⁰ Mediapart, 1.11.2019

¹¹ So die Flughäfen von Paris (ADP) oder die nationale Lottogesellschaft Française des jeux (FDJ), beides äußerst gewinnbringende Unternehmen

⁸ Mediapart, 01.11.2019. Interview: Mathilde Goanec

Soziale Konflikte überall

An Konflikten mangelt es nicht. Die »Reform« des öffentlichen Dienstes, Ende März angekündigt, sieht den Abbau von 120.000 Stellen vor, soll den Kündigungsschutz schwächen, »leistungsgerechte Bezahlung«, Auslagerungen und Werkverträge begünstigen. Der Bildungssektor war im Frühling außerdem mit der geplanten Zusammenlegung von Vor-, Grund- und Mittelstufenschulen konfrontiert, gegen den sich lokal Widerstand organisierte. Die Reform des baccalauréat durch Bildungsminister Michel Blanquer führte zu einem Notenstreik Ende Juni, Anfang Juli: Etwa tausend Korrektor*innen hatten sich geweigert, die Prüfungsergebnisse ans Bildungsministerium weiterzuleiten. Dadurch musste bei ca. 10% des Jahrgangs »improvisiert« werden, also wurden Jahresnoten herangezogen oder es wurde schlicht geraten, oft zugunsten der Prüflinge. Eine Störung des baccalauréats hatte es zuletzt 1968 gegeben, das Ministerium reagierte mit Repressionen. Die Streikenden wurden wie Held*innen gefeiert.¹²

Wegen Unterbesetzung und zunehmenden Anfeindungen demonstrierten am 15. Oktober wütende Feuerwehrleute in Paris vom Platz der Republik zum Platz der Nation. Es kam zu Verkehrsblockaden, dann zu Zusammenstößen mit der Polizei und zum Einsatz von Wasserwerfern gegen die Feuerwehrleute. Steine flogen. Am Ende des Tages waren drei Polizisten verletzt, sechs Demonstranten wurden festgenommen.¹³

Die Bewegung im Gesundheitssystem, die im März von Streiks in Notaufnahmen in Paris ausging und sich rasch über das ganze Land verbreitete, wird nicht schwächer, sondern weitet sich immer weiter aus. Gesundheitsministerin Agnès Buzyn hatte im Juni 70 Millionen zusätzlicher Mittel versprochen, die Bewegung ging weiter. Im September sagte sie 754 Millionen für die Periode von 2019 bis 2022 zu, die Bewegung weitete sich auf den gesamten öffentlichen Krankenhausbereich und die medizinischen Universitätseinrichtungen aus. Ärzt*innen der Pariser Krankenhäuser AP-HP traten in einen Codierungsstreik, grève du codage, indem sie sich weigerten, über das Codierungssystem T2A die Behandlungsdaten an die Krankenkassen zu übermitteln.

Am 13. November veröffentlichten 70 Direktoren medizinischer Universitätseinrichtungen einen Alarmbrief, in dem sie vor dem Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitssystems warnten. Sie nennen hunderte stillgelegter Betten, zig stillgelegte Operationssäle, jede Woche kommen weitere dazu. Die Wartezeiten für die Patient*innen seien nicht mehr zu verantworten, von den Beschäftigten seien 49% einem Burn-out-Risiko ausgesetzt. All dies führe zu einem Punkt, an dem das System irreversibel kollabieren werde. Die dahinter stehende Logik: »Die jährliche Minderung des finanziellen Wertes der Krankenhausaufenthalte hat dazu gezwungen, ständig mehr Aufenthalte zu ‚produzieren‘ und ihre Dauer zu verkürzen. Die Lage wurde durch die aufeinander folgenden jährlichen Effizienzpläne verschlimmert, mit der zunehmenden Reduzierung des medizinischen Personals der Abteilungen um die Budgetziele jedes Krankenhauses zu erreichen. (...) Außer den Notstandsmaßnahmen ruft das Ärztekollektiv zu einer **kompletten Neuge-**

staltung der Krankenhausfinanzierung und der Stellung des Krankenhauses in unserem Gesundheitssystem auf.«¹⁴

Am 14. November gab es in ganz Frankreich Demonstrationen von tausenden Pflegehelfer*innen, Krankenschwestern und -pflegern, Ärzt*innen, Dozent*innen und Medizinstudent*innen, die Präsident Macron die Zusage eines Notstandsplans mit »starken Entscheidungen« abtrotzen konnten. Während die Zustimmung zu den Aktionen der Gelbwesten im Oktober auf 47% gefallen ist, stehen um die 90% der Bevölkerung hinter den Aktionen der Feuerwehrleute und der Beschäftigten von Notaufnahmen und Krankenhäuser.¹⁵

Jour J (Tag X): Donnerstag, der 5. Dezember 2019

Was Präsident, Regierung und Bourgeoisie am meisten fürchten, ist das Zusammenlaufen der verschiedenen Kämpfe. Die Regierung hat erneut die Bahner*innen als bevorzugtes Ziel auserkoren, um die öffentliche Meinung gegen sie auszuspielen, damit die Bevölkerung die »Rentenreform« schluckt, so Martine Orange in ihrem Artikel in Mediapart: »Wir müssen vor dem 5. Dezember ein Maximum an Themen entminen, gangbare Wege mit so vielen Berufsgruppen wie möglich finden, damit nur die SNCF und die RATP am Tag X mobilisieren, und es nicht zu einer Zusammenballung zwischen den 42 Gruppen mit spezifischem Rentensystem kommt‘, erzählte ein Mitglied der Regierung *Le Monde*, um deren Strategie der Sündenböcke zu erklären.«¹⁶

Einen Vorgeschmack auf den 5. Dezember, den Tag der gewerkschaftlichen Massenmobilisierung gegen die »Rentenreform«, gaben die Beschäftigten des Pariser Nahverkehrs, der RATP, am Freitag, den 13. September. Aufgerufen von den Gewerkschaften UNSA, CGT und CFE-CGC¹⁷ wurde der Verkehr in Paris erheblich gestört, etliche Metro-Linien fahren überhaupt nicht mehr. Die Beschäftigten würden nach der geplanten Rente »nach Punkten« nach jetzigem Stand 30% ihrer Rentenansprüche verlieren. Bereits Ende September hatten fünf Gewerkschaften der RATP zu einem unbefristeten Streik ab dem 5. Dezember, also zu einer politischen Machtprobe mit der Regierung aufgerufen: UNSA, CFE-CGC, SUD, FO und Solidaires. Die CGT-RATP zog am 21. Oktober nach.

Und auch die Beschäftigten der SNCF haben die Schnauze voll davon, als Sündenbock und Punching-Ball in der öffentlichen Meinung herhalten zu müssen. Sie haben für den 5. Dezember noch etliche Rechnungen mit der Direktion und der Regierung offen. Auf mittlere Sicht stellt sich nicht nur für die Beschäftigten in Frankreich die Frage, ob sie den in der Krise der Kapitalakkumulation immer stärker werdenden Druck, die Aggression und die Angst weiter nach innen, gegen sich selber, richten wollen, oder damit beginnen, das Problem an seiner Wurzel zu packen.

G.B., 18.11.2019 ■

12 Süddeutsche Zeitung, 9.7.2019
13 Le Parisien, 15.10.2019

14 Directeurs médicaux des départements médico-universitaires. *Le Monde*, 13.11.2019

15 Umfrage von Elabe für BMFTV, aus: *Nice Matin*, 3.10.2019. Gegen die Gelben Westen sprechen sich 41% aus, 12% sind unentschieden. Die Gewaltbilder des black-bloc, die in den Medien immer mit den Gelben Westen assoziiert werden, haben der Bewegung sicherlich nicht geholfen.

16 Mediapart, 31.10.2019

17 Bei den Berufswahlen der RATP 2018 kamen UNSA und CGT auf je 30%, die Gewerkschaft der leitenden Angestellten CFE-CGC auf über 10%



■ KORRESPONDENZ: EIN WEITERES BEISPIEL GEWERKSCHAFTLICHER SOLIDARITÄT

So geht's – Streik bei der finnischen Post

Am 11. November legten ca. 10.000 Beschäftigte der staatlichen finnischen Post ihre Arbeit nieder. Der Streik ist für den Zeitraum von vier Wochen geplant. Grund dieser Arbeitsniederlegung ist die geplante Senkung der Löhne durch den Übergang in eine neue Tarifgemeinschaft, von der Post- und Logistikunion (PAU) in die der Industriegewerkschaft. Dieser Übergang ist mit einem Lohnverlust von 30 bis zu 50 Prozent verbunden. Beide Gewerkschaften sind Mitglied des finnischen Gewerkschaftsbundes SAK. Die Post begründet diesen Schritt mit der notwendigen Einsparung von 60 Millionen Euro, da die Verluste durch die Digitalisierung – geringere Papierpost, bei Aufrechterhaltung der Pflicht auch weit auseinander liegende Orte zu beliefern, enorm seien.

Bereits Anfang September legten an neun Orten Finnlands Beschäftigte für einige Tage die Arbeit nieder. Auslöser dieser Streiks war die Ankündigung, 700 Beschäftigte aus der Postsortierung in eine neue Gesellschaft zu überführen, die Postdienste, die dann den Tarifen der Industriegewerkschaft unterworfen waren. Statt 2.100 Euro sollten sie dann, wie oben schon angemerkt, dreißig bis fünfzig Prozent weniger Lohn erhalten. Nicht nur die 700 Betroffenen gingen in den Streik, sondern auch ihre Kollegen aus dem weiteren Postbereich. Zeitgleich wurde bekannt, dass sich der Vorstandsvorsitzende der Post innerhalb kurzer Zeit den Lohn um vierzig Prozent erhöht hatte; er verdient im Monat über 80.000 Euro. Die Veröffentlichung dieser Dreistheit brachte die Regierung mit dem Ministerpräsidenten Antti Rinne und der zuständigen Ministerin Sirpa Paatero in Verlegenheit. Sie mussten das Verhalten des Postvorstandes kritisieren. Noch während der Diskussion um die Gehälter des Vorstandes wurde bekannt, dass nicht nur 700 Postbeschäftigte der Sortierung, sondern 8.000 der insgesamt 20.000 Beschäftigten von der Verschlechterung durch den Übergang in den Tarifvertrag mit der Industriegewerkschaft betroffen sein sollten.

Es kam zu einem »Timeout«, einer Unterbrechung des Streiks, der nun, wie einleitend beschrieben, am 11. September durch neue, das ganze Land umfassende Streikmaßnahmen wieder aufgenommen wurde. Mit der Ausrufung des Streiks, der für vier Wochen geplant ist, erklärten die Gewerkschaften der Transportarbeiter AKT, die mit dem Gütertransport beschäftigten Eisenbahner der Gewerkschaft des Öffentlichen Sektors JHL und der RAU, die Gewerkschafter der Luftfahrtsunion IAU, dass sie mit Streiks ihrerseits, den Transport von Post verhindern wollen. Die Mitglieder der Seemannsunion MMU wollen mit

einer schrittweisen Steigerung der Aktivitäten in den Arbeitskampf eingreifen:

- Ab dem 18. November 6 Uhr wird keine Post mehr verladen; das betrifft Last- und Passagierfahrzeuge mit Postsendungen im Auslandsverkehr.
- Am 21. November wurden die Unterstützungstreiks ausgeweitet. Lediglich Autos und Busse (Personenverkehr) werden an Deck von Passagier- und Ropax-Schiffen gelassen, Lastwagen, Tankfahrzeuge und Anhänger müssen an Land bleiben.
- Die gewerkschaftlich Organisierten (das ist die überwiegende Mehrheit) der Eisbrecherbesatzungen werden ebenfalls Solidaritätsstreiks unternehmen.
- Ab Montag, dem 25. November sollen bei Fortdauer des Streiks alle Schiffe unter finnischer Flagge im Hafen verbleiben.

Die Unterstützung endet nach Aussage der Seemannsunion erst mit einem Abkommen zwischen der Postgewerkschaft PAU und der Post. Nachdem am 15. und 17. November die ersten Schlichtungsgespräche scheiterten, erklärte die Führung der Gewerkschaft PAM (Servicegewerkschaft im Privaten Sektor), dass ihre Mitglieder ab Montag dem 25.11. für den Fall, dass es bis dahin zu keiner erfolgreichen Schlichtung kommt, keine Servicestationen der Post mehr aufrechterhalten werden. Die Bevölkerung steht nach Aussage der Gewerkschafter mehrheitlich hinter dieser Maßnahme. Die Transportarbeitergewerkschaft AKT hat die organisierten Mitglieder aufgefordert, ab dem 25. November den öffentlichen Busverkehr im südfinnischen Landesteil Uusimaa (Region Helsinki) zu bestreiken.

Dieser Streik ist ein politischer Streik, der in die Regierungszeit einer sozialdemokratisch geführten Regierung (Sozialdemokraten, Zentrumsparterie, Linksverband, Grüne, Schwedische Volkspartei) fällt, geführt von Gewerkschaften eines durchaus sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes, des SAK. Der Streik wird erneut zu einer Diskussion über die Legitimität von Solidaritätsstreiks führen. Die letzten politischen Solidaritätsstreiks richteten sich gegen die Massnahmen zur Disziplinierung von Arbeitslosen der bis zum März 2019 amtierenden konservativen Regierung unter Führung des Zentrumspolitikers Sipilä (siehe arpo 5/6 2018). Deren Legitimität wurde von einer knappen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet.¹

18. 11.2019 ■

1 Politische Streiks sind im Gegensatz zur deutschen Rechtsprechung in Finnland zulässig. Lediglich Arbeitskämpfe für Tarifforderungen, die in die Laufzeit von Tarifverträgen fallen, sind untersagt.

»Lohnkämpfe sollen nicht Schule machen«

Wir dokumentieren hier den Bericht und den Spendenaufruf der gewerkschaftlichen Soli-Gruppe, die im Oktober 2019 Griechenland besucht hatten.

Am 19. Oktober trafen wir zwei Kollegen des Arbeiterkomitees (betrieblicher Gewerkschaftsvorstand) von Sidenor in Thessaloniki, u.a. den Gewerkschaftsvorsitzenden Lefteris. »Sidenor ist einer der führenden Stahlherzeuger in Europa für die Fertigung von gewalzten Langprodukten in Edelbaustahl und ein weltweit bedeutender Hersteller von Stahlguss- und Schmiedeteilen.« Die Marke SIDENOR ist der VIOHALCO S.A. untergeordnet. Vorsitzender des Konzerns ist der Oligarch Nikos Stasinopoulos. Der Konzern hat seinen Sitz im Jahr 2013 von Athen nach Brüssel verlegt. Zusammen mit dem Oligarchen Evangelos Mytilineos beherrscht er die griechische Stahl-, Metall- und Aluminiumbranche. Die Niederlassung von Sidenor im westlichen Industriegebiet Thessalonikis wurde als erster Betrieb des Unternehmens bereits 1964 gegründet. Der Gewerkschafter Lefteris arbeitet seit über 37 Jahren in der zweiten Generation in diesem Betrieb. Das Arbeiterkomitee besteht aus sieben Personen.

Nachdem die Verhandlungen über Lohnerhöhungen gescheitert waren, trat am 7. Juni dieses Jahres die Belegschaft in einen Streik. Gefordert wurde ein Stufenplan; im ersten Jahr sollten die Löhne um 6 und im zweiten Jahre um 8 Prozent erhöht werden. Zusätzlich sollte die Produktivitätsprämie im ersten Schritt um 10 Prozent, im zweiten um 20 und im dritten um 30 Prozent erhöht werden. Nach 2008, dem Beginn der Finanzkrise, wurden die Löhne um 30 bis 35 Prozent gesenkt, zuletzt nochmals im Jahre 2013 um 15 Prozent. Der Bonus in Höhe von 350 Euro wurde komplett gestrichen. Dies ist deshalb bedeutsam, weil zuvor Lohnerhöhungen immer nur über die Bonusprämien realisiert wurden.

2012 waren in Griechenland mehrere Stahlbetriebe geschlossen worden. Auch bei Sidenor in Thessaloniki wurden 100 Kolleg*innen mit Abfindungen entlassen. Derzeit arbeiten noch 270 Leute im Betrieb. Von 2008 bis 2017 hat der Betrieb rote Zahlen geschrieben; seit 2017 ist er wieder in der Gewinnzone. Deshalb wurden 2019 die Forderungen erhoben.

Die erste vierstündige Arbeitsniederlegung hat am 17. Juni 2019 stattgefunden. Das Unternehmen reagierte mit einer Aussperrung am 23. und 24. Juni (100% Kurzarbeit). Das Gesetz in Griechenland erlaubt den Arbeitgebern bis zu drei Monaten im Jahr auszusperrten. Die neue Taktik der Gewerkschaft bestand nun darin, jeweils zwei Stunden zu streiken und dann wieder zwei Stunden die Arbeit aufzunehmen. In einem Stahlwerk führt dies zum Stillstand.

Es gab Demos vor dem Werkstor mit externer Unterstützung durch politische Aktivist*innen. So wurde die Nationalstraße von Thessaloniki nach Veria am 17. September blockiert. Bei jeder Kundgebung war die Polizei massiv präsent. Der Kommissar (Einsatzleiter) hatte auf den illegalen Charakter der Veranstaltungen hingewiesen. Außerdem wurden zwei Grillfeste veranstaltet; beim zweiten Mal waren auch die Familien der Streikenden dabei.

Wegen der Blockaden hat es zwei Strafanzeigen gegeben. Das Unternehmen hat die Gewerkschaft wegen des Produktionsausfalls auch auf Schadensersatz verklagt. Es wurden jeweils 5000 Euro pro ausgefallene Arbeitsstunde gefordert.

Die Gesamtforderung beläuft sich inzwischen auf 60.000 Euro! Das Gericht hat den Charakter der Streiks zwar als rechtswidrig bewertet; die Streiks seien nicht zweckgerichtet und daher illegal. Aber auf der anderen Seite konnte sich auch das Unternehmen mit seiner Forderung nach einem sofortigen Verbot des Arbeitskampfes nicht durchsetzen.

Bis heute hat der Sidenor-Vorstand alle Forderungen kategorisch abgelehnt. Er war nicht einmal zu Verhandlungen bereit. Sein Argument: »Ihr seid nur 300, aber im ganzen Land würden danach auch andere Belegschaften ihre Ansprüche erheben.« Ein erfolgreicher Streik soll nicht Schule machen. Erfolg oder Niederlage in diesem Arbeitskampf, das hat Bedeutung nicht nur für die Kolleg*innen in der griechischen Stahlbranche.

Die Kolleg*innen beschlossen, wegen der Blockadehaltung von Sidenor mit Bussen nach Athen zur Unternehmenszentrale zu fahren. Just für diesen Tag hatte die Werksleitung wichtige Termine angesetzt, um die Protestfahrt zu behindern, so dass nicht alle Beschäftigten teilnehmen konnten. Die ganze Strecke über wurden die Busse von »Security« begleitet. Die Streiks gingen dann im Juli weiter. Trotz der Drohungen der Unternehmensleitung gab es nur wenige Streikbrecher. Die streikbedingten Stillstandszeiten wurden vom Unternehmen für Wartungsarbeiten genutzt. Eine finanzielle Streikunterstützung durch die Gewerkschaften gibt es in Griechenland nicht. Ab August bröckelte der Streik deshalb ab, denn vielen Familien fehlte schlicht das Einkommen zum Überleben. Im August wurde eine Schlichtungskommission aus Vertretern von Gewerkschaft, Unternehmen und Staat eingesetzt. Die Schlichtung dauert nun schon über zwei Monate – ohne Ergebnis.

Der Regierungswechsel hat die Bedingungen erschwert. Die Pläne für die neuen Arbeitsgesetze unter dem Ministerpräsidenten der Nea Dimokratia stellen einen weiteren Angriff auf das Streikrecht dar. Solidarität ist notwendig, um Sidenor Zugeständnisse abzurufen

Der Arbeitskampf hat die Kolleg*innen zusammengeschnitten. Unterstützung aus Griechenland kam u.a. von der Kommunistischen Partei (KKE); auch Varoufakis, der ehemalige Finanzminister, war schon da und ein Vertreter des Arbeitsministeriums. Aus Großbritannien kamen Solidaritätserklärungen von der Labourparty.

Zum Schluss betonte Lefteris nochmals, wie wichtig für ihn das Gespräch mit uns war. Sie sind bereit, den durch die Schlichtung ausgesetzten Arbeitskampf wieder aufzunehmen. Dabei sind sie auf Solidarität angewiesen. Er hofft, dass die öffentliche Berichterstattung in Deutschland und die Solidarität der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, den Druck auf die Unternehmensleitung verstärken und die Moral der Belegschaft heben könnte. Nicht zuletzt unterstrich Lefteris einen weiteren Aspekt seiner Streikmotivation: »Ich möchte, dass mein Sohn nicht auswandern muss, sondern auch in Griechenland eine bessere Zukunft für sich findet.«

Zur Unterstützung des Streiks und für Prozesskosten übergaben wir eine Spende aus dem Solidaritätskonto.

Weitere Spenden sind erwünscht unter dem Stichwort

»Sidenor« an: Manfred Klingele-Pape,

IBAN DE81 2005 0550 1211 4789 10, BIC HASPDEHHXXX

Solidaritätsadressen bitte an: somatiosidenor@gmail.com,

cc elkiose@gmail.com.